

Heute in der WELT



Jubel um Kaiser und Komponist

Vom Berliner Gastspiel seines Wagner-Ensembles erhoffte sich Impresario Neumann volle Kassen und ein starkes publizistisches Echo. Beides bekam er: Die Leute saßen vor dem Victoria-Theater auf den Bäumen, um den Kaiser und den Komponisten Richard Wagner vorzuführen; der Jubel war unbeschreiblich. Seite 6

Frauen als Unternehmerinnen

Immer mehr Frauen wagen in den letzten Jahren den Sprung in die unternehmerische Selbstständigkeit. Allein in Nordrhein-Westfalen sind es rund 40 000 pro Jahr. Jedes dritte Unternehmen in der Bundesrepublik, so hat das Institut für Mittelstandsforschung auf der Basis der Gewerbe-Anmeldungen ermittelt, wird von einer Frau gegründet. Seite 3

POLITIK

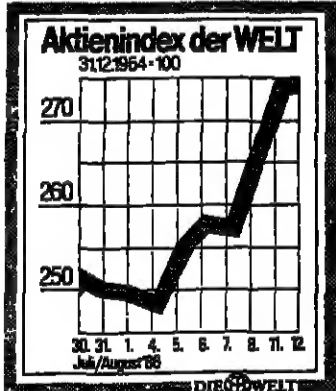
Weizenlieferung: Die EG wird möglicherweise schon in den nächsten Tagen mit dem Verkauf von eingelagerten Weizenbeständen an die UdSSR beginnen. Die Gemeinschaft reagiert damit auf die von den Vereinigten Staaten angekündigte Lieferung von vier Millionen Tonnen Weizen an die Sowjetunion.

Polizeischulung: Über die herkömmliche Entwicklungshilfe hinaus will die Bundesregierung Länder Lateinamerikas verstärkt in der Schulung und Ausrüstung ihrer Polizeikräfte unterstützen. Die Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit warnen.

Neue Heimat: Mit einem Verfahrensstreit begann gestern in Bonn die Ausschüttung zur Klärung der Vorgänge um den angeschlagenen gewerkschaftsfeindlichen Wohnungskonzern Neue Heimat. Die Sitzung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

WIRTSCHAFT

Schneller Brüder: Gegen eine Bereitstellung weiterer Forschungsmittel für den Schnellbrüterreaktor SNR 300 hat sich der forschungspolitische Sprecher der CDU, Lenz, ausgesprochen. Die Überlegungen von Forschungsminister Riesenhuber, 100 Millionen Mark zur Überbrückung von Zeitverzögerungen beim Schnellen Brüder bereitzustellen, weckten nur Begehrlichkeit, meinte Lenz. (S. 9)



KULTUR

Geburtsstunde: Wo immer es an Europas Bühnen eine Vokanz gab oder ein stattdessen Posten zu vergeben war, war Giorgio Strehler der erste, dem man die Position anbot. Jetzt feiert der promovierte Jurist seinen 65. Geburtstag. Der Schöpfer des Volkstheaters mit Weltreife gilt als Europas bedeutendster Theatermann. (S. 15)

SPORT

Leichtathletik: Gaby Bußmann aus Hamm lief über 800 m die zweitbeste Zeit, die eine Läuferin aus der Bundesrepublik erreichte. Beim Grand-Prix-Sportfest in Budapest siegte sie in 1:58,42 Minuten. (S. 7)

AUS ALLER WELT



Liechtenstein: Seine Durchlaucht Fürst Franz Josef II. von und zu Liechtenstein (Foto) wird 80. In seiner fast 50jährigen Regentschaft gelang es ihm seinen Kleinstaat unbeschadet durch alle historischen Wirren zu lenken. (S. 16)

Rom: Italiens Hauptstadt hat scheinbar unlösliche Probleme. Innerhalb von 15 Jahren verdoppelte sich die Bevölkerung, der Autoverkehr gehört zu den chaotischsten Europas und der 'Wildbau' wuchert. Nun hofft Rom auf Umwelt-Sondergelder. (S. 18)

Leserbriefe und Personalien Seite 7
Fernsehen Seite 8
Wetter: Mäßig warm Seite 16

Spekulationen um Senkung der Zinsen verstärken sich

Dollarkurs zieht an / Erwartungen vor der Sitzung des Zentralbankrates

CLAUS DERTINGER, Frankfurt
Die Spekulationen auf eine deutliche Leitzinssenkung, die im Zusammenhang mit dem dreistündigen Gespräch von Bundesbankpräsident Pöhl und seinem Vize Schlesinger mit dem amerikanischen Notenbankchef Volcker am Vorabend der Beerdigung des früheren Bundesbankpräsidenten Emminger aufgetaucht waren, halten an. In gut informierten Bankkreisen wird nicht ausgeschlossen, daß sich der Zentralbankrat morgen auf seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause zu einem solchen Schritt durchdringt, obwohl der Zins von unverändert 4,35 Prozent für die gestern von der Bundesbank über ein Wertpapiergeschäft in das Kreditgeschäft geschleuste Liquidität eher für eine Fortführung des bisherigen geldpolitischen Kurses zu sprechen scheint.

Für wahrscheinlicher halten es Frankfurter Beobachter der geldpolitischen Szene allerdings, daß sich der Zentralbankrat, der morgen über das Thema diskutieren wird, erst auf einer der nächsten Sitzungen zu einer Leitzinssenkung entschließt. Ein Zinssenkungsbeschluss schon morgen könnte allzu leicht den unerwünschten Eindruck aufkommen lassen, als ließe sich der Zentralbankrat von Washington unter Druck setzen, wobei, wie von der Bundesbank betont wird, der US-Notenbankchef mit seinen Zinssenkungsforderungen in erster Linie auf Japan und die anderen europäischen Länder abzielt, deren Zinsen wesentlich höher sind als die deutschen. Die Bundesrepublik nimmt allerdings im Rahmen einer weltweiten Zinssenkungsrunde, die den USA selbst eine Zinssenkung erleichtern soll, eine Schlüsselposition ein; aus Furcht vor einem Druck auf die Wechselkurse ihrer Währungen wären viele Länder nicht bereit, ihre Zinsen ohne ein Mitziehen der Bundesbank zu senken.

Auch von der Bundesbank erwartet man in Finanzkreisen nicht, daß sie ihre Leitzinsen im Alleingang erniedrigt, weil dann mit einer Abschwächung der D-Mark gerechnet werden müßte. Man verweist darauf, daß auch die letzten deutschen Leitzinssenkungen im Rahmen einer koordinierten Aktion der wichtigsten Notenbanken vorgenommen wurden. Am Devisenmarkt wird darauf spekuliert, daß Washington als Gegenleistung für ein internationales Entgegenkommen in der Zinsfrage bereit sein könnte, darauf zu verzichten, den Dollarkurs mit Drohungen amerikanischer Politiker noch weiter zu drücken.

Hamburger Polizeichef abgelöst

Pawelczyk zieht Konsequenzen / Kontrollen für Anwälte bei Gefängnisbesuchen

UWE RAHNSEN, Hamburg
Der neue Hamburger Innensenator, Alfons Pawelczyk, hat eine einschneidende personelle Konsequenz aus der Krise gezogen, in die die Hamburger Polizei nach der unstrittigen Einkesselung von demonstrierenden Kernkraftgegnern und nach der Bluttat des Gewaltverbrechers Werner Pinner im Sicherheitsstrakt des Polizeipräsidiums geraten war.

Mit sofortiger Wirkung wurde der bisherige Landespolizeidirektor Alfred Honka abgelöst und durch den Leitenden Kriminaldirektor Otto Werner Müller ersetzt, der noch vor kurzem wegen Differenzen mit Honka über die richtige Kriminalitätsbekämpfung um seine Veretzung an die Spitze der Landespolizei gebeten hatte. Statt Müller übernimmt nun Honka die Leitung der Polizeischule. Damit führt zum ersten Mal ein Kriminalbeamter die Hamburger Polizei.

Weitere personelle Veränderungen in der Polizeiführung sind, wie Pawelczyk mitteilte, nicht zu erwarten.

Londoner Goldrausch legt Pause ein

Experten unsicher über weitere Entwicklung, aber der Handel ist zuversichtlich

WILHELM FURLER, London
Hält der Goldrausch der letzten Tage an oder kommt es zu einem scharfen Gegenstück mit wieder fallenden Preisen für das Edelmetall? Das ist die Frage, die im Augenblick kein noch so gewiefter Gold-Experte beantworten kann. Nach der Goldpreiserstürzung vom Montag ist gestern am Goldmarkt Ruhe eingekehrt. Das Edelmetall wurde im Vormittags-Fixing zu 386,10 Dollar gehandelt.

Tage zuvor hatte der Goldpreis im Vormittags-Fixing, das jeweils in London von fünf Banken und Goldhändlern festgesetzt wird, 394,50 Dollar je Feinunze erreicht. Dies war die höchste Notierung seit März 1984. Hochgetrieben wurde der Preis durch Befürchtungen, die Regierung Südafrikas könnte möglichen Sanktionen des Auslands mit einer Exportbeschränkung seiner Edelmetalle begegnen. Südafrika stellt 50 Prozent des Gold-Angebots der westlichen Welt und liefert rund 65 Prozent des begehrtesten Edelmetalls, Platin.

Entsprechend stieg am Montag auch der Platin-Preis so stark wie nie zuvor. Im Vormittags-Fixing notierte Platin zu 565 Dollar je Unze und damit um 59,75 Dollar höher als zum Wochenschluss, bevor am Nachmittag aufgrund von Gewinnmitnahmen ein Preis von 544,5 Dollar festgelegt wurde.

Traditionell besteht zwischen den Preisen von Platin und Gold eine gewisse Beziehung. Außerdem haben, wie der Londoner Gold-Experte der WELT erklärte, die Überkäufe der Opec-Länder zur Produktionsbeschränkung und der sich anschließende Anstieg im Preis von Rohöl die Erwartung ausgelöst, daß sich die Ölpreise im Herbst weiter festigen. Davon würden insbesondere die reichen Opec-Länder profitieren, die früher nicht selten einen Teil ihrer Überschüsse in Gold investierten.

Darüber hinaus profitiert der Goldpreis schon seit einigen Tagen von der Dollar-Schwäche, von fallenden Zinsen und von Befürchtungen über eine sich verschärfende Baisse an einigen führenden Aktienbörsen. Auch

ein Teil der erheblichen Gewinnmitnahmen bei hohen Aktienkursen dürfte in Gold investiert worden sein.

Doch der sprunghafte Goldpreisanstieg wird im wesentlichen auf Spekulationen zurückzuführen sein, die plötzlich kalte Füße bekamen. Um ihre offenen Positionen abzudecken, mußten sie so rasch wie möglich, zu einem noch relativ billigen Preis, Gold kaufen, um ihre Verluste so niedrig wie möglich zu halten.

Auch wenn sich der Goldpreis möglicherweise schwer tun wird, in nächster Zeit die psychologischen wichtigen Barriere von 400 Dollar in London zu übersteigen, deutet doch vieles auf ein Ende der Goldpreidepression hin. Eines der bedeutendsten Gold-Häuser, Consolidated Gold Fields in London, sieht sich jedenfalls veranlaßt, seine noch im Frühjahr abgegebene Prognose über eine Goldpreis-Bandbreite für dieses Jahr von 330 bis 380 Dollar nach oben zu revidieren: „Wir glauben für den Rest des Jahres an eine Bandbreite von 350 bis 400 Dollar.“

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt betonte, eine lokale und nationale Perspektive zur Überwindung der Mauer gebe es nicht. Er sehe weiterhin keine bessere Perspektive als eine europäische Friedensordnung.

DER KOMMENTAR

Eine Geste

CLAUS DERTINGER

Zwischen den USA und ihren Partnern in Japan und Europa, speziell der Bundesrepublik, herrscht ein „Zinskrieg“. Diesen Eindruck läßt jedenfalls die öffentliche Diskussion aufkommen. Aufforderungen Washingtons, die Zinsen zu senken, werden hierzulande mit Argumenten wie „schädlich und geldwertgefährdend“ konteriert. Im Prinzip ist es ein erfreuliches Phänomen, daß so viele unserer Bundesbank den Rücken stärken wollen.

Gewiß, niedrigere Zinsen in Japan und Europa können der Weltkonjunktur kaum Dampf machen und auch das Hauptproblem der USA, die riesige außenwirtschaftliche Schieflage, nicht aus der Welt schaffen. Washington muß bei der Haushaltsanpassung ansetzen. Doch im Kern geht es den Amerikanern bei ihrem Druck auf ihre Partner weniger um kurzfristige ohnehin nicht erzielbare Erfolge an diesen Fronten, sondern vielmehr darum, den bei flauer Konjunktur immer stärker werdenden Protektionisten im eigenen Lande den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Daß dies gelingt, liegt auch in unserem Interesse, da ein weltweit um sich greifender Protektionismus gerade der exportabhängigen Bundesrepublik schweren Schaden zufügen würde. So wäre denn zu fragen, ob unsere Geldwerthüter nicht trotz einiger Bedenken über eine Leitzinssenkung nachdenken sollten, und zwar in einer koordinierten Aktion mit den anderen wichtigen Partnern, die einer Zinssenkung ohnehin nicht abgeneigt sind, aber einen solchen Schritt nicht ohne uns riskieren würden. Die deutschen Zinsen sind zwar schon die niedrigsten aller großen Länder; aber die Bundesrepublik ist nun einmal Zinsführer in Europa.

Als Geste genüge auch schon ein kleiner Schritt, der die Zinssenkungsphantasie nicht sofort abtötet. Mit einer halbprozentigen Senkung des Lombardzins würde sich die Bundesbank überhaupt nichts vergeben. Und auch eine halbprozentige Diskontsenkung im Rahmen einer international koordinierten Aktion würde weder den Wechselkurs der Mark gefährden noch den inflationären Kräften in Besorgnis erregendem Maße Auftrieb geben.

Das dies gelingt, liegt auch in

USA werfen Neuseeländer aus dem Anzus-Bündnis

Kontroverse bei Außenminister-Treffen in San Francisco

with Washington
Die Vereinigten Staaten haben formell ihre Sicherheitsverpflichtungen gegenüber Neuseeland eingestellt. Auf dem jährlichen Treffen des Anzus-Paktes, dem die USA, Neuseeland und Australien angehören, erklärte der amerikanische Außenminister George Shultz gestern in San Francisco: „Neuseeland hat sich selbst aus unseren Sicherheitsbeziehungen ausgeschlossen.“ Shultz ließ jedoch die Tür für die Rückkehr Neuseelands in den seit 35 Jahren bestehenden Pakt offen. „Es ist jederzeit willkommen, wenn es seine Politik ändert.“ Neuseeland war auf der Konferenz nicht vertreten.

Die Erklärung von Shultz in Anwesenheit des australischen Außenministers, William Hayden, ist der Höhepunkt eines seit über einem Jahr andauernden Konflikts zwischen Neuseeland und der Reagan-Administration. Anlaß dazu ist die Weigerung der neuseeländischen Regierung, stromgetriebene oder mit Atomkraft ausgerüstete Kriegsschiffe in ihren Häfen vor Anker gehen zu lassen.

Shultz und Hayden gaben in San Francisco eine gemeinsame Erklärung

heraus, in der sie diese Politik der neuseeländischen Regierung bedauern. Hayden betonte jedoch, daß die Sicherheitsbeziehungen seines Landes mit Neuseeland von dieser Affäre nicht bebeeinträchtigt wurden.

Das australisch-amerikanische Treffen, an dem außer Shultz auch Verteidigungsminister Weinberger teilnahm, war überschattet vom jüngsten Konflikt zwischen beiden Ländern, der über die Entscheidung Reagans, staatlich subventionierten amerikanischen Weizen an die Sowjetunion zu liefern, ausgebrochen ist. Diese Maßnahme, mit der die Preise der bisherigen Weizenlieferanten wie Australien, Kanada und Argentinien weit unterboten werden, habe in Australien Empörung ausgelöst, erklärte Hayden.

Er befand sich mit seiner Kritik jedoch an der falschen Adresse, da sowohl Shultz wie auch Weinberger die Entscheidung Reagans kritisierten. Reagan hatte diese Entscheidung im Vorfeld der Kongresswahlen unter dem Druck republikanischer Abgeordneter aus den weizenproduzierenden Staaten der USA gefällt.

Polens Jugendliche lassen die Partei links liegen

Kilometerlange Wallfahrtsmärsche nach Tschenschow

RENATE MARSCH, Warschau
Die Scharen von jungen Polen, die gegenwärtig zum Wallfahrtsort Tschenschow pilgern, um am Freitag Mariä Himmelfahrt zu feiern, zeigen eindrucksvoll, daß die Partei mit ihren Versuchen, die Jugend zu gewinnen, auf verlorenem Posten steht. Der „Warschauer Zug“ ist traditionell in einzelne Gruppen eingeteilt. Die letzte Gruppe, nämlich die siebzehnte, besteht aus Tausenden von Studenten und Akademikern. In diesem Jahr gibt es erstmals eine symbolische „Gruppe 18“. Sie ist den Gefangenen, im Untergrund Lebenden und Emigrierten gewidmet.

Die sonst nicht gerade obrigkeitstönen polnischen Jugendlichen nehmen Strapazen auf sich und zeigen sich sehr diszipliniert. Um vier oder fünf Uhr morgens wird geweckt. Tagsüber werden kilometerlange Fußmärsche mit Rucksäcken zurückgelegt. Abends werden Vorträge gehalten. Übernachtet wird in Scheunen oder Zelten. Es gilt absolutes Rauch- und Alkoholverbot. Seit der Jugend der Partei 1980/81

scharfweide davonlieft und sich für die „Solidarität“ begeisterte – Pfadfinder hatten 1981 in Danzig den Kuirdienst beim „Solidaritäts“-Konferenz übernommen –, bemüht sich die Partei krampfhaft um mehr Zugriff auf die junge Generation. Die Autonomie der Hochschulen wurde eingeschränkt, und die neue Bildungsmministerin, Joanna Michalska-Gumowska, soll für mehr „sozialistische Rechtsgläubigkeit“ sorgen. So führt sie zur Zeit an einigen Oberschulen das Fach „Religionswissenschaft“ ein, um der Kirche ideologisch das Wasser abzugraben. Die Bischöfe haben in einem Hirtenbrief gegen diese Art von „Kampf gegen die Religion“ und den Versuch, „das Gewissen zu brechen“, protestiert.

Den größten Jugendverband bilden die national geprägten Pfadfinder mit knapp zwei Millionen Mitgliedern. Sie bekennen sich zwar offiziell zum Sozialismus, aber in ihren Ferienlagern merkt man davon nur wenig. Nicht selten gehen sie in Uniform zur Kirche. (dpa)

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Lehr-Stück

Von Hans Baumann

Längst hat sich dieses Land daran gewöhnt, daß rot-grüne Politik auf dem Fell der Wirtschaft ihre Parolen ins Land trommelt. Doch wie es so ist mit Geräuschen dieser Art - sie werden monoton, stopfen das Ohr und ersticken sich selbst. So verhält der Wirbel um den sauren Regen, Ozon ist kein Thema mehr, von schwedischen Seen, die angeblich sterben, hat man schon lange nichts gehört. Das Spektakel um die Kernenergie wird ebenso versanden, weil noch niemand neue Technologien aufgehalten hat und die Vernunft auch nicht zum Feuer zurückkehren kann, wenn nach moderner Energie gerufen wird.

Ein klassisches Beispiel dafür, daß es rot-grüne Argumentation nicht um die Sache geht, sondern um die Diffamierung der freiheitlichen Wirtschaftsstruktur, ist die Ausbildung von Lehrlingen. Kaum hatte die neue Koalition den in dreizehn Jahren aufgehäuften Berg aus sozial- und wirtschaftspolitischen Trümmern geerbt, da setzte die Kampagne gegen die Wirtschaft ein, die angeblich nicht daran interessiert sei, das Lehrstellenproblem zu lösen. Tatsächlich hat die freie Wirtschaft durch energische Anstrengungen einen - auch gesellschaftspolitisch wichtigen - Kraftakt vollbracht: Die Zahl der Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchen, geht zurück, die Zahl der offenen Lehrstellen steigt. Die rot-grünen Trommeln werden damit verstummen.

Aber: wer erinnert sich in so schnellleibigen Zeiten noch an den Beginn der siebziger Jahre, als Systemveränderer die betriebliche Ausbildung aufs Korn nahmen und die Unternehmer als Ausbeuter diffamierten? „Willst du einen billigen Arbeitsmann, schaff dir einen Lehrling an!“, schrie es von Plakaten ins Volk.

Man darf sicher sein, daß dieselben, die damals gegen die Ausbildung von Lehrlingen durch die Wirtschaft trommelten, heute der Wirtschaft vorwerfen, ihrer Ausbildungspflicht nicht nachgekommen zu sein. Das Schicksal junger Menschen interessiert sie nicht, sondern nur die Frage, wie sie die jungen Menschen für ihre (politischen) Geschäfte ausbeuten können.

Neuer Anfang mit Taba?

Von Peter M. Ranke

Seit vier Jahren wird die Rückgabe des einen Quadratkilometers großen Grenzstreifens im Sinai, der Taba genannt wird und außer Steinen und Schirmakazien lediglich ein israelisches Luxushotel und den Strandclub von Rafi Nelson als Attraktion ausweist, von den Ägyptern als politische Prestigefrage behandelt. Nun ist internationale Schlichtung vereinbart, die letzten Problemchen dürften bald geklärt sein; dennoch ist nur von Hoffnungen auf ein besseres ägyptisch-israelisches Verhältnis zu reden, nicht von sicheren Anzeichen.

Der israelische Regierungschef Peres will die Taba-Vereinbarung als Erfolg verkaufen. Doch schon hat sein Likud-Partner Schamir dazwischengefunkt und betont, das Abkommen brauche nicht ratifiziert zu werden, da es sich im Rahmen des Friedensvertrages halte. Peres aber will den Ägyptern verstoßen Tee reichen, denn er hofft über Taba zu einem Gipfeltreffen mit dem ägyptischen Präsidenten Mubarak zu kommen. Da die Schlichtung viele Monate dauern wird, ist wenigstens die Entscheidung eines neuen ägyptischen Botschafters nach Tel Aviv wahrscheinlich. Peres hätte dann den „Durchbruch“, den er nach dem Machtwechsel im Oktober als neuer Außenminister für seine Politik mit den Arabern nutzen will.

Aber gerade mit Taba will Ägypten demonstrieren, daß Israel auch nicht den letzten Wüstenstreifen im Sinai behalten darf. Auch soll es keinerlei Zusammenarbeit oder gar Zusammenleben an der Grenze zwischen Ägypten und Israel geben. Nicht zuletzt deshalb schickt Kairo die Palästinenser von Rafah, die gern ägyptische Pässe hätten, über die Grenze in den Gaza-Streifen zu den Israelis zurück.

Mubarak sagt mit Taba den anderen arabischen Regierungen: So muß auch eine Lösung für die anderen besetzten Gebiete, Westjordan-Ufer und Gaza-Streifen, aussehen. Die Israelis müssen alles räumen, bis zum letzten Wadi mit drei Akazien. Er wird allerdings betroffen sein, falls die Israelis in der Schlichtung obliegen sollten. Denn Kartenfunde im britischen Verteidigungsministerium aus dem Ersten Weltkrieg zeigen, daß die Engländer damals die Sinai-Grenze zugunsten der Ägypter verschoben haben. In Taba.

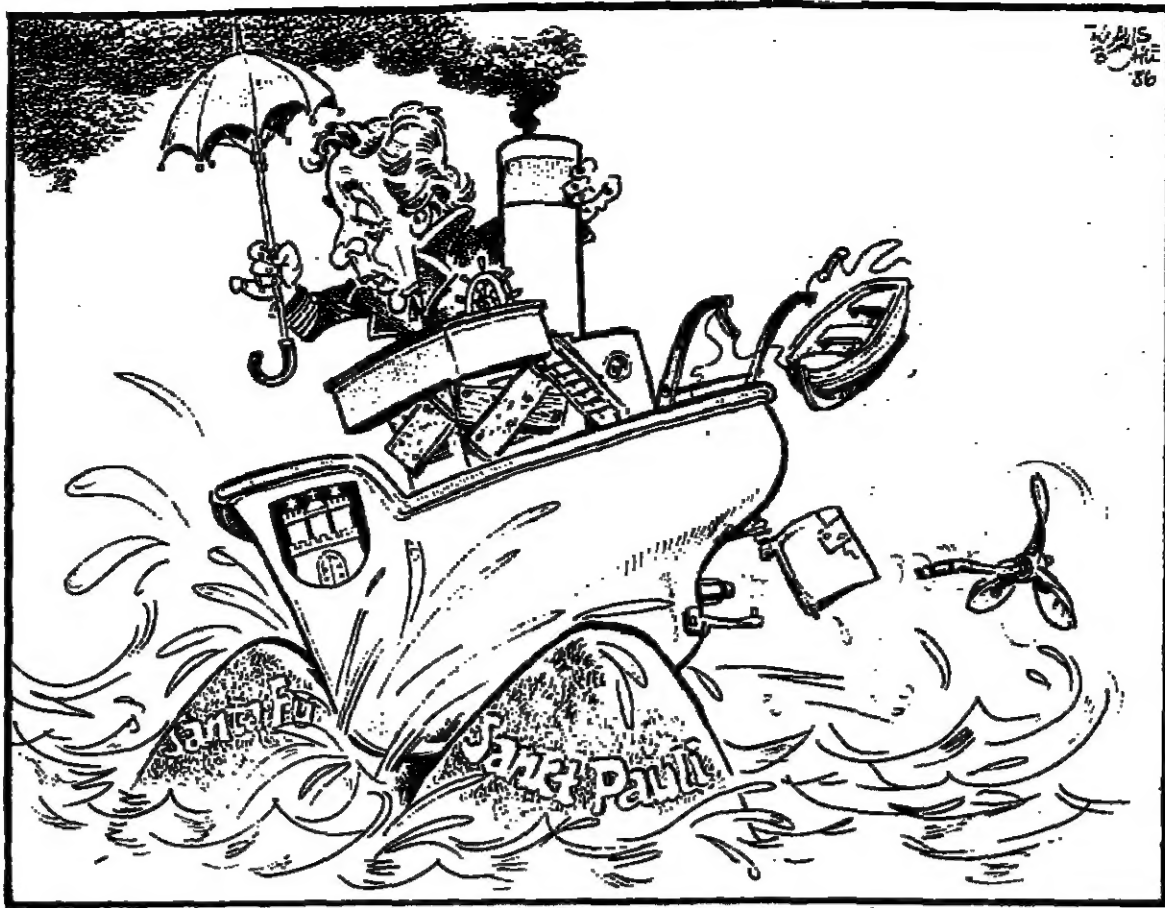
Nordisches Eigentor?

Von Gottfried Mehner

Skandinavien scheint sich international zum Bannerträger des Boykottkampfes gegen die südafrikanische Politik der Rassentrennung aufzuschwingen: Nachdem Dänemark im Juni ein umfassendes Handelsverbot mit Gesetzeskraft verabschiedete, Norwegen einen analogen Schritt für den Herbst anvisierte und Finnlands Südafrika-Handel de facto zum Erliegen kam, scheint nur noch Schweden sich mit weitergehenden Boykottmaßnahmen zu zieren. Aber das Bild einer konzertierten nordischen Südafrikapolitik trägt. Auch wenn der dänische Ministerpräsident Poul Schlüter nach dem Treffen der fünf nordischen Ministerpräsidenten als gemeinsamen Nenner die übereinstimmende Auffassung nannte, daß der internationale Druck gegen Südafrika erhöht werden müsse.

Schweden hat im Spannungsfeld zwischen politischen Überzeugungen und wirtschaftlichen Interessen bislang eine Südafrika-Politik mit Augenmaß verfolgt: Investitionsstopp auf Empfehlungsbasis, ein Importverbot für Früchte und Gemüse sowie eine Lizenzierungspflicht sind bislang die Stationen seiner Sanktionsspirale. Weitergehende Handelsverbote, die etwa auch die Einfuhr des für die Stahlveredelung wichtigen südafrikanischen Chroms tangierten, würden die schwedische Wirtschaft schwerwiegend beeinträchtigen. Überhaupt hat im Norden nur Schweden substantielle Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika.

Noch etwas gilt es in Erinnerung zu rufen. Dänemark habe die Politik der Rassentrennung immer kritisiert. Ein Handelsboykott sei aber ein untaugliches Mittel, um die Apartheid zu beseitigen. „Dänemark, nicht Südafrika wird durch den Handelsboykott isoliert“, hatte Schlüter im Juni noch erklärt. Der dänische Boykottbeschluss war damals gegen die regierende Minderheitsregierung zustande gekommen. Dieses Dilemma gilt auch für das kleine Schweden, das keine Rolle als Boykottvorreiter übernehmen kann. Aber der innenpolitische Druck eskaliert. Wenn es keine breite internationale Bannpraxis bis zum Jahresende gibt, so der schwedische Ministerpräsident Ingvar Carlsson, wird es ab dem Jahreswechsel eine geschlossene nordische Boykottphalanx geben. Koste es, was es wolle?



„Hauptsache, wir gehen nicht unter!“

KLAUS BÖHLE

Genscher unter Kohl II

Von Herbert Kremp

Aus der mit Turbinenpolitik getriebenen Asylantragspolitik der Sowjetunion und Ost-Berlin spricht eine einzigartige Verachtung der Bundesrepublik Deutschland. Die politische Klasse der Republik reagiert darauf nach Art des Hühnerhofs: Man kann sich nicht auf Abwehrmaßnahmen einigen und flattert in eine Krise. Diese Krise ist - das mag überraschend klingen - außenpolitisch. Nur.

Der geschleuste Menschenstrom richtet sich gegen den Status von Berlin. Die Russen wollen erreichen, daß die Bonner, die sich auf eine Grundgesetz-Ergänzung nicht einigen können, in West-Berlin eine zweite Mauer bauen. Die „besondere politische Einheit“ dieser Stadt soll um drei Werten näherkommen, der Peitsche, eine neue Seite im Buch der deutsch-sowjetischen Beziehungen? Vielleicht hat Genscher einen Buchstaben gewechselt, denn wir sehen, daß Gorbatschow neue Saiten in Berlin aufzieht.

Darin erschöpft sich das Urteil über das Verhältnis zwischen Bonn und Moskau freilich nicht. Politik ist komplex. Aber der Außenminister folgte auch in diesem Fall seinem innenpolitischen Trieb, ein sehr gemischtes, im wesentlichen trübes Ergebnis zu einem (persönlichen) Erfolg hochzustilisieren. Um die eigene Frohbotschaft zu verbreiten, bewegt er sich im transkontinentalen Schmetterlingsstil. Der Koalition in Bonn ist das im Augenblick ganz recht, und es wäre auch in der Sache nicht falsch, stimmte die Selbstdarstellung mit dem erreichten Ergebnis überein. Ist das aber nicht der Fall, schmettert die Trompete die Weise einer geschönten Partitur - auf die der Dirigent das tausendköpfige Orchester seiner Behörde unter Androhung zeitlichen Instrumentenverzugs eingeschwenkt hat - können Fehleinschätzungen die Folge sein. Sie betören den Bürger und führen in der Politik zu falschen Berechnungen. Der ungenau optimistische (er ist schlimmer als ungenauer Pessimismus) geht nach Art eines Computersignals in alle weiteren Denkopoperationen und Handlungen ein.

Die Überforderung des Moskauer Ergebnisses ist ein Beispiel, an dem seriöse Kritik an der deutschen Außenpolitik ansetzen kann. Der Fall ist typisch: Genscher betont die Grundlinie der Westpolitik. Er verbindet sie mit europäisch akzentuierter Entspannungspolitik. Aus der balancierten Mischung entstehen Elemente der Detail-Kritik an Washington (SDI, Silt II, Libyen). Der Minister erklärt sie für marginal, die Amerikaner halten sie für substantiell, die Sowjets sehen in ihnen ein „Signal“ dafür, daß die Bonner vielleicht doch in eine Mittlerposition bugstürzen können. Zur Klarheit der Atmosphäre trägt der Halbschatten der Vermutungen nicht bei. Keine Seite weiß genau, woran sie mit dem Außenminister ist, der über die Fähigkeit zu verfügen scheint, an mehreren Orten gleichzeitig aufzutreten und dort Nuancenreichtum zu verkünden. In Bonn selbst läuft, ebenfalls zeitgleich, die Amts-, Fraktions- und Partei-Maschine der Interpretationen an, mahlt murrend oder brummt gefächelt. Die Koalition teilt sich schnittgerecht in solche, die von Genscher „genug“ haben, und in solche, die von ihm nie genug kriegen können.

Die Positionen im Streit um die Besetzung des auswärtigen Amtes sind bekannt, der Streit ermüdet. Mit Stressemann ist Genscher nur insofern zu vergleichen, als er ähnlich wie dieser sein Amt beherrscht, Koalitionen überdauert und bisher unter zwei Staatsoberhäuptern diente. Der Einfluß der



Nobelpreis für den Nuancenreichtum? Genscher (mit Shultz)

FOTO: DPA

Union im Auswärtigen Amt tendiert zu Null, der Einfluß auf die Außenpolitik beschränkt sich auf den Kanzler. Die Behauptung, der Schulterschluss zwischen Kohl und Genscher sei so eng, daß kein Blatt Papier dazwischenschieben sei, stimmt nicht; man kann Postpakete bequem plazieren. Das ändert aber nichts an Genschers stabiler Position, die in Kohls Dankbarkeit für die Wendehilfe, der Status des Ministers und im Prestige- und Besitzdenken der FDP begründet ist.

An dieser Konstellation werden die Wahlen nichts ändern. Werden sie gewonnen, sind sie ein Wahlsieg der Koalition, und Hans-Dietrich Genscher bleibt dann zunächst wie ein schon etwas antik amtierendes Versatzstück unverrückbar auf der Bühne. Daß die Union 1987 bereits im dritten Jahrzehnt von der administrativen Außenpolitik getrennt ist, bedeutet für sie eine folgenreichere Ausübung der Kompetenz. Man kann die Möbelpackerstimmung, die dort mit Blick auf das auswärtige Amt aufgekommen ist, gut verstehen: Die Wende hat das Tausendseidenhaus an der Bonner Adenauerallee nicht erreicht.

Aber nach 1987 wird sich, wenn Kohl weiterregiert, doch manches ändern: Der Bundeskanzler behält sich heute bereits die operativen Kontakte zu Washington und Paris vor. Nach einer gewonnenen Wahl besitzt er auch größere zeitliche Spielräume für die Außenpolitik. Die Bestätigung weitet auch Kohls politischen Spielraum. Er und Franz Josef Strauß werden sich nicht mehr mit flüchtigen Koalitionsabsprachen über die Grundzüge der auswärtigen Politik begnügen. 1983 wurde gesündigt; 1987 wird eingebunden. Der Kanzler wird die Abteilung seines Hauses, die sich mit Außenpolitik beschäftigt, verstärken. Er wird die Schachzüge des Auswärtigen Amtes überwachen und, um dies gewährleisten zu können, die Personalpolitik des Amtes beeinflussen.

Kohl II ist nicht mehr Kohl I - er ist der Kanzler der eigenen Kontinuität. Das weiß die FDP des Ministers bangen, der ja auch eine eigene Kontinuität entwickelt. Sie orientiert sich an Kanzler. Wenn es schließlich gelingt, den verdienten Außenminister mit dem Friedensnobelpreis auszustatten - Bemühungen sind im Gange - wird man sich auch um die Kontinuität der deutschen Außenpolitik nicht mehr lange Sorgen müssen.

IM GESPRÄCH Erdal Inönü

Erbe eines großen Namens

Von Volker S. Stahr

Vor sechs Jahren haben die türkischen Militärs gegen das „Versagen“ der demokratischen Parteien losgeschlagen. 1983 ließen sie Wahlen mit weitgehend handverlesenen Kandidaten zu. Doch von den drei zugelassenen Parteien setzte sich ausgerechnet die von den Militärs an die dritte Stelle „gesetzte“ Anap des heutigen Premiers Özal durch. Zweieinhalb Jahre später haben neben der Anap fünf Gruppierungen Einzug in das Parlament gehalten. Und die Verantwortlichen von einst sind fast ausnahmslos wieder am Ruder - wenn auch ihre Parteien neue Firmenschilder erhalten haben und in den offiziellen Positionen Vertrauensleute fungieren. Genau genommen hat das „Großreinemachen“ neben der Anap nur eine neue Gruppierung hervorgebracht: die Sodepop (Sozialdemokratische Volkspartei). In ihr firmiert der einzige neue Kopf in der türkischen Politikerlandschaft: Erdal İnönü (60), seit einigen Wochen Vorsitzender.

Inönü trägt einen großen Namen - was bei dem mehr auf Personen denn auf Parteiprogramme fixierten türkischen Wähler nicht ohne Bedeutung ist. Sein Vater war der ehemals engste Weggefährte Atatürks und dessen Nachfolger, İsmet İnönü. Im Gegensatz zu dem visionären Volkstribun Atatürk galt İnönü als nüchternen Technokrat, dem die notwendigsten Alltagsgeschäfte stets näher lagen als epochale Umwälzungen. Dazu fehlte ihm wohl auch das unerschütterliche Charisma Atatürks.

Erdal wurde erzogen nach den Idealen Atatürks und İnönüs, die den Anschluß an Europa im Sinne hatten: west-europäisch, modern, laizistisch, in einem fast preußischen Pflicht- und Arbeitsethos. Erdal spricht fließend Deutsch, Französisch und Englisch. Aus dem Präsidentensohn wurde einer der führenden Naturwissenschaftler seines Landes. Er lehrte Physik an der Technischen Mittelschule in Ankara und der Bosphorus-Universität Istanbul.



Partei- und Pflichtgefühl: Erdal İnönü. FOTO: AP

Mit der Politik hingegen schien der zurückhaltende und sensible Intellektuelle wenig im Sinn zu haben - bis 1982 der Ruf nach „neuen Köpfen“ laut wurde. Viele meinen, es sei das anezogene Pflichtgefühl gewesen, das ihn bewegte, sich an die Spitze der sozialdemokratischen Sodepop zu stellen. Doch den Militärs schien der Gedanke an eine starke Linkspartei suspekt. Bei allem Respekt vor dem Namen İnönü verhinderten sie dessen Teilnahme an den Wahlen. İnönü zog sich aus der vordersten politischen Linie zurück.

1985 schaffte seine Partei doch den Sprung ins Parlament. Sie fusionierte mit der 1963 „erlaubten“ Volkspartei zur Sodepop, der heute mit rund achtzig Abgeordneten stärksten Oppositionspartei. Ein Dreivierteljahr später wählten die Mitglieder Erdal İnönü an ihre Spitze - wohl nachdem sie sich einiger Zeit mit der Partei der Demokratischen Linken konfrontiert sahen. Hinter der Expremier-Essvit steht der hochgeschätzte Professor hatte allerdings keinen guten Start: er konnte den Fahnwechsel einiger Sodepop-Abgeordneter nicht verhindern.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Handelsblatt

Die Düsseldorf-Zeitung schreibt zum NS-Verfolgten:

Der Anspruch auf Aktenherausgabe hat Verfassungsrang, hat das Bundesverfassungsgericht im Streit um die Steuerakten zur Flick-Affäre entschieden. Gleichwohl hat der Neue Heimat-Untersuchungsausschuß des Bundestages, der die Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG zur Offenbarung von Geschäftsinteressen aufgefordert hat, kaum die Karlsruher Richter im Rücken. ... Ein schrankenloses Untersuchungsrecht, das sich zudem nicht in erster Linie gegen Regierung und Verwaltung, sondern unmittelbar gegen Unternehmen richtet, kann es nach unserer Rechtsordnung nicht geben.

Frankfurter

Neue Presse

Sie meint zum rückläufigen Interesse an Deutschland als Fremdsprache:

Als Kulturation sind wir in der Nachkriegszeit nicht aufgefallen. Wir sind nicht nur demokratischer und politisch vernünftiger geworden, sondern auch banaler. Die ganz besondere Attraktivität der Deutschen, nämlich die Mischung aus Furcht, Mißtrauen und Bewunderung, mit der die meisten Nationen uns beäugten, ist dahin.

Nordwest-Zeitung

Das Oldenburger Blatt kommentiert Leitens Stern ist längst erloschen:

Leitens Stern ist längst erloschen; sein Ruhm zerronnen. Der Aldeemonstrant lockt keine Wähler mehr an, er vergaßt sie nur noch. Und dennoch bleibt er im Amt. Die Frage, warum

der Ministerpräsident der Leinen die Kabinetswürde verliehen hat, ihm nicht endlich den Stuhl vor die Tür setzt, ist leicht beantwortet: ... Der Abgeordnete Leinen verfügt über die Stimme, die dem Regierungschef die Mehrheit sichert.

Wiesbadener Kurier

Er bemerkt an Baufürs Atomprogramm:

Gerecht wird man der Sache wohl nur dann, wenn man sie im Kontext zur größeren Distanz sieht, mit welcher auch die Union inzwischen die Zukunft der Kernkraft hierzulande beurteilt. Forschungsmittel Riesenhüter will inzwischen immerhin den schnellen Bruttoreaktor wenigstens überprüfen lassen. Hilfreich ist der Bericht der Energiekommission der SPD gleichwohl, weil er die Konturen des überfälligen neuen Reaktorkonzepts der Bundesrepublik schärfer zeichnet. Kernkraft kann in jenem Maße begrenzt bleiben, in dem weitere Einsparungen vor allem beim Verbrauch elektrischer Energie gelingen.

Eine Leistung, auf die die Deutschen stolz sein können

Mehr als 74 Milliarden Mark Entschädigung für NS-Verfolgte / Von Eberhard Nitschke

Bis zum 1. November dieses Jahres wird die Bundesregierung dem Bundestag Auskunft über 74,2 Milliarden Mark geben, die bisher an Opfer des Nationalsozialismus gezahlt wurden. Bis zur Jahrtausendwende werden es 91 Milliarden sein - nur von der Bundesrepublik, die „DDR“ zahlt nichts. Das Parlament möchte über den Stand der Wiedergutmachung informiert werden, weil dreißig Jahre nach Inkrafttreten des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG) Sprecher verschiedener Gruppen immer wieder auf Härtefälle hinweisen, für die eine Einbindung in das Gesetz gefunden werden müsse.

Am Beginn dieser Wiedergutmachung stand ein damals in Israel, dem späteren Hauptempfänger, als Belohnung empfundenes Angebot von Bundeskanzler Adenauer im November 1949. Er bot Israel als erstes unmittelbares Zeichen dafür, daß den Juden in aller Welt zugetriggtes Unrecht wiedergutmacht werden müsse, Waren zum Aufbau des jungen Staates im Werte von zehn Millio-

nen Mark als Gabe der Deutschen an. Aus dieser Geste, mit der die späteren Zahlungen ja nur eingeleitet werden sollten, wurden Wiedergutmachungsleistungen an eine Million Menschen, die 4,5 Millionen Entschädigungsanträge gestellt hatten.

Der Autor einer kurz vor der Vollendung stehenden Historie der Wiedergutmachung, der in der Schweiz lebende jüdische Rechtsanwalt Walter Schwarz, meint, die Deutschen könnten stolz auf diese Leistung sein. Das im Auftrag des Bundesfinanzministeriums unter dem Titel „Die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts durch die Bundesrepublik Deutschland / Der Werdegang des Entschädigungsrechts“ geschriebene Werk umfaßt sieben Bände.

Doch was auf den letzten Seiten stehen wird - darum geht es bei dem Bericht, zu dem die Bundesregierung jetzt aufgefordert wurde. Ausgelöst hat den von CDU/CSU, SPD und FDP angeforderten Text eine Partei, die ihn jetzt gar nicht sehen will. Die Grünen hatten für die Sitzung des Bundestages am 26. Juni 1986 zwei

Anträge eingebracht, mit denen der Kreis Anspruchsberechtigter nach dem BEG unter anderem dahingehend ausgedehnt werden sollte, daß nun auch Menschen, die in der NS-Zeit als „nicht ausreichend Nützlich“ erschienen, in den Kreis der Leistungsempfänger miteinbezogen werden sollten.

Das Anerkennungsverfahren stellen sich die Grünen vereinfacht vor: „Teilen Verfolgte einen Sachverhalt mit, der geeignet ist, Ansprüche zu begründen, und machen sie ihre Angaben glaubhaft, spricht eine Vermutung für die Richtigkeit der Angaben. Der Behörde obliegt der Beweis des Gegenteils.“

Der Bericht der Bundesregierung, den dagegen alle anderen Parteien anforderten, soll die Einzelfälle erkennen lassen, die noch auf Entschädigung warten. Mehr als eine erträgliche Lösung werden wir nicht mehr schaffen“, sagte die FDP-Bundestagsabgeordnete Hildegard Hamm-Brücher dazu in der Bundestagsdebatte. Sie handelte sich um eine „von Jahr zu Jahr kleiner werdende Grup-

pe“ von überlebenden Opfern des Naziterrors, denen man „diese kleine Entschädigung bisher schuldig geblieben“ sei.

Das stellt sich je nach Betrachtungsweise auch etwas größer dar. Romani-Rose, der Sprecher der Sinti und Roma, die sich unter der Bezeichnung Zigeuner diskriminiert vorkommen, kämpft für eine Rente für „rund 2000“ über 60jährige Direktbetroffene - wobei die Schwere der Verfolgung keine Rolle spielen dürfte.

Professor Klaus Dörner vom Westfälischen Landeskrankenhaus in Gütersloh, der eine umfangreiche Dokumentation des „Menschenrechtskampfes“ um die öffentliche Anerkennung der im Dritten Reich Zwangssterilisierten oder wegen „Behinderung“ Ermordeten zusammengestellt, spricht von 300 000 bis 400 000 Familien, in denen zwischen 1933 und 1945 ein Familienangehöriger sterilisiert worden sei. Sie seien die letzten, die noch aus der Anerkennung als Verfolgte ausgenommen blieben.

Im Wege der außergesetzlichen Vergleichsregelung hat die Regierung Schmidt an jeden, der einen solchen Eingriff an sich glaubhaft machen konnte, eine einmalige Entschädigung in Höhe von 5000 Mark gezahlt. Nach Ansicht der CDU/CSU-Fraktion (Brief vom 4. April 1985 an Dörner) ist eine völlige Wiedergutmachung des hier entstandenen Unrechts nicht möglich: „Die Entschädigung kann und soll daher auch keine Abfindung darstellen, sondern den Charakter einer symbolischen Geste haben. Mit dieser Maßgabe muß die Geste der Wiedergutmachung nunmehr allerdings ein abschließender Charakter beigegeben werden.“

Ob der 7. Band der Geschichte der Wiedergutmachung dahingehend, darüber wird nach dem 1. November im Bundestag gesprochen werden. Nicht nur die unmittelbar Betroffenen werden die Debatte mit Interesse verfolgen, sondern auch viele Millionen Opfer des Kommunismus, die von „ihren“ Regierungen keine Kompensation erhalten bekommen haben.

Frauen mit Firma - immer mehr suchen ihre Chance

Jedes dritte neue Unternehmen in der Bundesrepublik wird von einer Frau gegründet, jede fünfte Firma von einer Frau geleitet. Es ist Bewegung in die Szene geraten, mehr als bei den Männern. Da gibt es besondere Gründe, da gibt es besondere Probleme.

Von SABINE SCHUCHART

Wenn Edith Flach abends Kassensturz macht, geschieht das neuerdings auf eigene Rechnung. Die 45jährige ist Inhaberin eines Tapeten- und Farbengeschäfts im Bonner Stadtteil Duisdorf. Bei meinem letzten Chef brauchte ich oft zwei Jahre, um im Geschäft eine Neuerung durchzusetzen, die sich später dann meist als Riesenerfolg erwies. Oft genug hat sich Edith Flach, Mutter von zwei erwachsenen Töchtern, darüber geärgert. Heute kann sie jeden Tag auf 400 Quadratmetern Verkaufsfläche ihre Ideen in die Tat umsetzen.

Beruflich ihr „eigener Herr“ sein, das wollte auch Cornelia Schanzmann, als sie sich im April in der Kölner Rheingalerie als Fotografin niederließ. „CS-Foto-Studio“ prangt seitdem in großen Buchstaben über dem Eingang. Die langhaarige, mädchenhaft wirkende Blondine schätzt an der Unabhängigkeit vor allem auch die Unabhängigkeit von ihrem Freund, der in der Werbebranche arbeitet. Und sie setzt auf bessere Verdienstmöglichkeiten: „Dafür kann man dann auch eine ganze Menge mehr an Arbeit und Stress ertragen“, meint die 32jährige.

Immer mehr Frauen wagen in den letzten Jahren den Sprung in die unternehmerische Selbstständigkeit. Allein in Nordrhein-Westfalen sind es rund 40 000 pro Jahr. Jedes dritte Unternehmen in der Bundesrepublik, so hat das Institut für Mittelstandsforschung auf der Basis der Gewerbeanmeldungen ermittelt, wird inzwischen von einer Frau gegründet. Bemerkenswert ist, daß sich die Zahl der Neugründungen durch Frauen erheblich dynamischer entwickelt als die durch Männer.

Darin kommt sicher auch ein Nachholbedarf zum Ausdruck. Noch bis in die sechziger Jahre machte die Erbin, die quasi gewohnheitsmäßig durch den Tod des Vaters oder Ehemanns an die Unternehmensspitze gelangte, die typische Unternehmerin aus. Heute sind es die vielen kleineren Unternehmen mit relativ geringem Umsatz und wenigen Mitarbeitern, die das Gros der von Frauen geführten Firmen kennzeichnen, wie eine vom Berliner Senator für Wirtschaft in Auftrag gegebene Untersuchung ergab.

Frauen an der Spitze von Großunternehmen wie die Mode-Designerin Jil Sander oder wie Viola Hahmann, die in Hagen eine Stahlfirma mit mehr als 1000 Beschäftigten leitet, sind immer noch die Ausnahme. Aber immerhin, so schätzt die Vereinigung von Unternehmerinnen in Köln, wird heute rund ein Fünftel der 3,2 Millionen Unternehmen in der Bundesrepublik von Frauen geführt.

Fast jede zweite mit Bundesmitteln geförderte Firmengründerin entscheidet sich für den Handel. Bevorzugt werden die Branchen Textil, Bekleidung und Leder. Deutlich stärker



Eine Existenz auf eigene Rechnung: Christa Cooper beschäftigt zehn Angestellte an ihrer Tankstelle. FOTO: KLEMENS MÖLLENBECK

als früher treten weibliche Gründer auch im Handwerk in Erscheinung, wobei deutlich das Friseur-Gewerbe dominiert. Im Dienstleistungs-, Verkehrs- und produzierenden Sektor stellen Frauen dagegen im Vergleich zu den Männern noch relativ selten einen Förderantrag.

Doch auch in dieser Beziehung scheint sich allmählich eine Trendwende zu vollziehen, berichten die Industrie- und Handelskammern. „Schon bald werden Frauen in großem Umfang Selbstständigkeit ausüben, von denen heute noch gar nicht die Rede ist“, zeigt sich ein Fachberater überzeugt.

Daß es dazu des Mutes einzelner engagierter Frauen bedarf, zeigt das Beispiel von Christa Cooper. Die sympathische Mittvierzigerin leitet in Düsseldorf als einzige Frau in der Bundesrepublik eine BP-Tankstelle. Offensichtlich so gut, daß heute auch weitere Frauen eine Chance dazu bekommen. „Ganz am Anfang waren die Bedenken groß“, meint die Chefin von zehn Angestellten. „Aber das haben Männer-Hierarchien eben so an sich. Heute kommt es einzig und allein darauf an, daß man seine Arbeit genauso gut macht wie ein Mann.“

Auffallend selten stöhnen selbständige Frauen über Hindernisse, die ihnen in den Weg gelegt werden. Das Klagegeld vieler Frauen im Angestellten-Dasein, für dasselbe Ergebnis weit mehr leisten zu müssen als ein Mann, ist ihnen scheinbar fremd.

Eine Chefin braucht mehr Fingerspitzengefühl

Allerdings ist immer wieder zu hören, daß Chefinnen vor einer besonderen Schwierigkeit stehen: Der Umgang mit Mitarbeitern, Lieferanten, Klienten und Verhandlungs-Partnern erfordert von ihnen weit mehr Fingerspitzengefühl als von einem männlichen Chef.

Diese Erfahrung hat auch Edeltraut Schmidt gemacht. Sie steuert seit zwei Jahren in Siegburg eine zwölköpfige Metall-Firma durch die schwierige Baubranche. Man glaubt ihr bei aller warnherzigen Ausstrahlung leicht, daß sie schon oft in Verhandlungen „schlucken“ mußte, wenn ihr eigentlich danach „zumute war, mit der Faust auf den Tisch zu hauen“. Um als Geschäftspartnerin ernstgenommen zu werden, so ihre Erfahrung, müssen bei einer Frau eben auch das „richtige“ Aussehen und Auftreten hinzukommen: „Der

Mann ist schon King, wenn er nur fachlich gut ist.“

Die 41jährige hat seit ihrer kaufmännischen (das Wort kaufmännisch gibt es wohl noch nicht) Lehre „viel und immer sehr selbstständig gearbeitet“ und brachte es bereits mit 28 Jahren als Geschäftsführerin in einer Baufirma zur Prokura. „Ehrgeiz, eine große Portion Optimismus und persönliche Ausgeglichenheit gehören schon dazu“, meint Edeltraut Schmidt, um sich nicht im täglichen Kampf mit den alteingesessenen Firmen, auf dem überbesetzten Bauplanet neue Aufträge an Land zu ziehen, zermürben zu lassen.

Mehr als die männlichen Unternehmensgründer müssen sich Frauen offenbar zu diesem Schritt erst mühsam durchringen. Da die Erziehung sie meist nicht darauf vorbereitet, Führungsaufgaben zu übernehmen, ist der Konflikt mit der weiblichen Rolle programmiert. „Zeitweise sind plötzlich Eigenschaften wie Härte und Aggressivität gefragt, die nicht in das traditionelle Bild der lieben, netten Frau passen“, formuliert Sabine Huth, von der später noch die Rede sein wird, das Problem. Auch heute noch beherrscht viele Frauen der Komplex, als hartgesottene Karrierefrau oder „Mannweib“ abgestempelt zu werden. Für männliche Gründer, selbstverständliche und notwendige Eigenschaften wie Machtstreben und Ehrgeiz werden deshalb, wenn sie denn schon vorhanden sind, möglichst nicht zur Schau gestellt.

Hinzu kommt, daß das Unternehmerrinnen-Dasein in der Regel nicht mehr gestützt, berufliche Entscheidungen der Familie unterzuordnen. „Wie könnte ich es einem Mann zumuten, abends um zehn Uhr eine abgearbeitete Frau in Empfang zu nehmen“, schildert die unverheiratete Edeltraut Schmidt ihren Zustand, der für viele Männer im umgekehrten Fall nur allzu selbstverständlich ist.

Trotz zunehmender Berufsorientierung und besserer Ausbildung ist der Wunsch nach Selbstständigkeit in der allgemeinen Lebensplanung von Frauen deshalb auch heute noch eher die Ausnahme. Der Schritt ins Geschäftsleben wird oft durch äußeren Druck ausgelöst: durch Arbeitslosigkeit, von der Frauen überproportional betroffen sind, oder durch die Erfahrung, im Beruf nicht voranzukommen. „Die Resignation über die schlechteren Aufstiegschancen treibt gerade viele hochqualifizierte Frauen in die Selbstständigkeit - quasi aus der Not heraus und dafür um so

entschlossener“, berichtet ein Unternehmensberater aus seiner Praxis.

Oft reicht auch einfach die Erkenntnis, „sich schlecht unterordnen zu können“, wie im Fall von Sabine Huth. Erst ein gesundheitlicher Zusammenbruch als Folge von „Arbeitsüberlastung und wahnsinnigem Ärger“ brachte die langjährige Redakteurin des WDR-Fernsehens dazu, im Krankenhausbett gründlich über ihre Situation nachzudenken. Ergebnis war ein Schritt, der beim Freund eine „neutrale, abwartende“ Haltung, bei den Eltern und Bekannten aber blankes Entsetzen hervorrief: 1984 kündigte die damals 35jährige ihren sicheren Arbeitsvertrag und machte sich als Filmproduzentin selbständig.

Es begann erst mal mit einem Schock

Das erste Jahr sorgte erst einmal für „psychische und finanzielle Erschütterungen“, als eine Video-Produktion über 40 000 Mark „den Bach runterging“. Inzwischen fühlt sich die Germanistin aber „in ihrer beruflichen Haut so wohl“, daß sie nicht mehr ins Angestellten-Dasein zurück möchte. Auch die neunjährige Tochter profitiert davon, daß die Mutter nun zu Hause arbeitet, zwar weit mehr als früher, aber auch mit besserer Zeiteinteilung und viel stärker motiviert.

Bei allen Unternehmerrinnen stößt man auf einen Wunsch: mehr Kontakt untereinander, mehr Meinungsaustausch. Was Frauen in den USA längst erkannt haben und Männer ausgiebig betreiben, wird offenbar auch den deutschen „Karrierefrauen“ allmählich bewußt: wie sehr sich Kontaktpflege auszahlt. Rund 1700 Unternehmerinnen aus dem ganzen Bundesgebiet betreiben sie unter dem Dach der „Vereinigung von Unternehmerinnen“ in Köln. Die Statuten schreiben mindestens eine Million Jahresumsatz oder fünf Beschäftigte vor, bei Neulingen wird von dieser Regel allerdings auch schon einmal eine Ausnahme gemacht. Sie wollen einander, so heißt es in einer Verbands-Broschüre, „in einem Klima unbeschwerter Solidarität Mut machen, einen eigenen, weiblich geprägten Führungsstil zu entwickeln“.

Geschäftsführerin Eva Odehnal ist ohnehin sicher. Wenn Frauen sich einmal zur Selbstständigkeit durchgerungen haben, sind sie besonders zäh und können Mitarbeiter deutlich besser motivieren als Männer.

Aus dem Schurken wurde der „Weise von Saddle River“

Sie alle gingen als Verlierer, einer gar als Geächteter. Verfolgt man den Weg der drei amerikanischen Ex-Präsidenten Carter, Ford und Nixon, dann ist es nur dieser eine, Richard Nixon, der nach tiefem Fall sich einen politischen Rang bewahrt hat.

Von FRITZ WIRTH

An jedem Morgen um sechs marschiert einsam ein leicht gebeugter Mann von 73 mit forschenden Schritten durch die Straßen von Saddle River in New Jersey, 30 Kilometer nordöstlich von New York. Die Zeitungsjungen und die Müllfahrer betrachten ihn als alten Bekannten. Es gab Zeiten, da tat dieser Mann auch des Nachts keinen unbewachten Schritt.

Der Mann heißt Richard Milhous Nixon. Er ist einer von drei Präsidenten, die im Schatten und im Halbdunkel ihrer einstigen Macht nach einer neuen Rolle suchen. Alle drei verließen als große politische Verlierer die Szene, doch Richard Nixon unterschied sich in einem Punkt von seinen Kollegen Gerald Ford und Jimmy Carter. Die beiden letzten waren respektierte, angesehene Verlierer, Richard Nixon verließ das Weiße Haus als ein Geächteter, Verdammter und als Angeklagter.

Das Erstaunliche: Es ist dieser aus dem Amt gejagte Mann, der heute von allen dreien noch lebenden ehemaligen Präsidenten die beste Figur macht und jene Rolle spielt, die ein Gerald Ford und ein Jimmy Carter niemals in den Griff bekamen - die des „elder statesman“. Sie nennen jenen Mann, den vor zwölf Jahren niemand mehr kennen wollte, heute den „Weisen von Saddle River“, an den sich Präsidenten und Präsidenten-Bewerber um politischen Rat wenden. Der politische Schurke von einst hat wieder politischen Einfluß.

Nein, es bedeutet nicht, daß Amerika die Vergangenheit dieses Mannes, seine Fehler und Vergehen, das es „Watergate“ vergessen hat, doch eine wachsende Zahl der Amerikaner ist bereit zur verständnisvollen Gnade. Als Gerald Ford seinem Vorgänger ein Pardon erteilte und ihn außer Strafe stellte, ließ, billigten im Jahre 1976 nur 35 Prozent der amerikanischen Bürger diese Geste. Heute sind es 54 Prozent.

Es ist eine Rehabilitation, doch es ist kein Comeback. Er will keine aktive Rolle mehr in der Politik spielen und hat deshalb Erwägungen, ihn irgendwo zum Botschafter zu machen.

ausgeschlagen. „Ich kandidiere für nichts“, sagt Nixon, der selbst am meisten überrascht ist über seine neu erworbene Respektabilität. John Dean, sein ehemaliger Berater, widerspricht: „Richard Nixon kandidiert seit einiger Zeit für das Amt des Ex-Präsidenten.“

Auch falsch. Er ist es bereits, und er ist heute mehr als nur ein Gleicher unter drei ehemaligen Präsidenten, er stellt die anderen in den Schatten. Freilich, die beiden anderen haben es ihm leicht gemacht. Sie haben bis heute beträchtliche Schwierigkeiten, sich in dieser Rolle zu profilieren.

Jimmy Carter ist wieder einer der 683 Einwohner von Plains in Georgia geworden, doch er hat es knapp sechs Jahre nach seiner Abwahl immer noch nicht gelernt, mit dieser Niederlage zu leben. Er glaubt allen Ernstes, daß es nur eine kleine Fehleinschätzung war, die ihn 1980 zum Privatmann in der Woodland Avenue in Plains machte. Wenn ich damals nur einen einzigen Hubschrauber mehr in den Iran geschickt hätte, so hätte das nach meiner Meinung die gesamte Wahlgeschichte des Jahres 1980 ändern können“, sagte er kürzlich in einem Interview.

Der heute 61jährige Carter ist auch im fernen, einsamen politischen Exil von Plains seiner Form treu geblieben: Leicht unbeholden, unbeirrbar in seinem Glauben an das Gute im Menschen und voll tätiger Nächstenliebe. Von Zeit zu Zeit findet man ihn, hoch im Schweiß stehend, bei Bauarbeiten für die Wohlfahrts-Organisation Habitat in New York und Chicago, wo er zusammen mit der einstigen First Lady Rosalynn für Bedürftige alte Häuser wieder bewohnbar macht. Es ist eine Art von tätiger Bibelsünde, anrührend und sympathisch.

Politisch am meisten schmerzt ihn nach wie vor der Bruch der Reagan-Administration, seine Amtszeit als den großen Ausverkauf der amerikanischen Verteidigungs-Kapazität darzustellen. Seit einiger Zeit wehrt er sich mündlich und schriftlich gegen die grössten Unterstellungen, mäkelt, korrigiert und bekommt zuweilen auch recht. Man behandelt Jimmy Carter heute im Weißen Haus schonender, nachsichtiger und verständnisvoller. Jimmy Carter zeigt sich dankbar dafür und verehrt Ronald Reagan kürzlich das Kompliment: „Er ist ein besserer Politiker als ich es bin oder war.“

Solche Sorgen um das Image plagen Gerald Ford überhaupt nicht, denn es gibt keines mehr. Der einstige Ersatz-Präsident scheint spurlos von der politischen Szene verschwunden, wäre da nicht der Komik-

ker Bob Hope, der ihn zuweilen in seinen Scherzen und Sketchen in Erinnerung bringt, und gäbe es nicht von Zeit zu Zeit Golf-Veranstaltungen für wohltätige Zwecke.

Dennoch hat Gerald Ford wie kein anderer Ex-Präsident seine kurze Amtszeit vermarktet. Obwohl er eine staatliche Pension von jährlich 117 000 Dollar bezieht, hat er sich zusätzlich Privatfirmen als Berater und Aufsichtsratsmitglied zu fürstlichen Honoraren angedient. Außerdem läßt er sich seine öffentlichen Reden mit je 20 000 Dollar honorieren, so daß er heute leicht auf ein Jahresinkommen von über einer Million Dollar kommt, mehr als er jemals in seiner Präsidentenzeit verdienen konnte.

Richard Nixon ist da behutsamer. Obwohl er sich nach seinem Sturz mit hohen Anwaltskosten und Steuer-schulden am Rande des finanziellen Ruins befand, lehnt er nach wie vor jedes Honorar für öffentliche Reden ab. Dabei erhält er bis zu 400 Redeeinladungen jährlich. Er lebt von seiner Pension von 115 000 Dollar im Jahr und den Einkünften aus seinen neun Büchern, die er in den letzten zwölf Jahren schrieb. Anfang dieses Jahres bat er die Reagan-Administration sogar, die Geheimdienst-Beamten, die ihn weiterhin umgeben hatten, abzubauen, um dem amerikanischen Steuerzahler damit den Betrag von drei Millionen Dollar jährlich zu ersparen.

Solche Geste haben eine der bemerkenswertesten Wiederauferstehungen von den politischen Toten in den letzten Jahrzehnten in den USA befeuert. Für Ronald Reagan ist Richard Nixon heute zu einem seiner meistbesuchten außenpolitischen Berater geworden. Die Sowjets wissen es, und das ist der Grund, warum Nixon vor wenigen Wochen für ein Stundchen von Michail Gorbatschow zu Gesprächen im Krenl eingeladen wurde. Die amerikanische Gipfel-Strategie für Genf im letzten Jahr war weitgehend von Richard Nixon beeinflusst worden, seine Rolle für den bevorstehenden Gipfel ist kaum weniger relevant.

Richard Nixon selbst gefällt diese Rolle. Er ist ein gewandelter Mann. Er hat aufgehört, sich auf Freunde zu verlassen und konzentriert sich auf seine Familie. Er will mit sich allein sein, sagt er, weil es das Denken befähigt. Für seine erstaunliche Rückkehr vom Tiefpunkt seines Lebens hat er eine simple Erklärung: „Ich habe mir abgewöhnt, zurückzuschauen.“ Um es sichtbar zu demonstrieren, hat er seinem nächsten Buch, an dem er gerade arbeitet, den schlichten Titel „1999“ gegeben.



Nächstenliebe blieb seine Stärke: Jimmy Carter (61) FOTO: AMW



Eine kurze Amtszeit gut vermarktet: Gerald Ford (73) FOTO: UPI



Als „elder statesman“ zurückgekehrt: Richard Nixon (75) FOTO: AP



Als die feine englische Art modisch wurde: Die Kleidung des sportlichen Herrn der zwanziger Jahre FOTO: K. FISCHOLD

Ein Schaufenster-Bummel durch zwei Jahrhunderte

Kleider machen Leute, aber auch jede Zeit hat ihre Kleider. Beides wird zur Zeit dem Besucher des Münchner Stadtmuseums vor Augen geführt, wo sich unter einem Dach 200 Jahre Mode-Geschichte drängen.

Von PETER DITTMAR

Seit die Männer den Kopf verloren (in der Französischen Revolution), scheuen sie sich (in der Mode) Farbe zu bekennen und sehen (sich) nur noch (in) Schwarz. Allenfalls in den hässlichen vier Wänden staffieren sie sich ein wenig bunter mit Morgenrock und Hausjacke aus, während sie der „Sehnsucht nach Exotik und Farbe“ eher im Verborgenen mit geblümten Hosenträgern oder zurückhaltend mit schön gemusterten Krawatten huldigen. Das lehrt uns die Ausstellung „Anziehungskräfte“ im Münchner Stadtmuseum, die sich der und dem „Variété de la mode 1788-1986“ verschrieben hat.

Das Ganze ist als phantastischer Schaufenster-Bummel inszeniert, an dem der Besucher bis zum 6. Januar 1987 teilhaben kann. In großen Vitrinen werden mit Anziehpuppen (die eigens angefertigt werden mußten, weil unsere Vorfahren meist kleiner und schmaler geraten waren) kleine Szenen arrangiert, die eine Zeit oder einen Modetyp jeweils auf den Punkt bringen sollen. Dazu schreitet man nicht brav die Chronologie ab, son-

dern scheut sich nicht vor Zeitsprüngen. So liegt denn ein Dreizeitspinner des Zeit des Ancien régime neben einem geflochtenen Peddighorn-Zylinder des frühen Biedermeiers. Oder ein Fabrikherr der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts posiert im strengen Schwarz mit der Uhr in der Hand am Stehpult hinter riesigen alten Geschäftsbüchern vor dem Foto einer achtjährigen Arbeiterin in einer Spinnerei, das Lewis Hine 1908 in North Carolina aufnahm.

Das Ambiente und die Atmosphäre sind eben allemal wichtiger als wissenschaftliche Pedanterie. Und gelegentlich mangelt es auch nicht an Witz. Da drängen Männer mit Stielaußen in den Raum, in dem sich die Bräute versammelt haben, doch die Türen widerstehen den Hunderten von Schlüssel, die um sie herumliegen, und den Einbruchswerkzeugen. Die sowjetische Revolutionsmode, wie sie Warwara Stepanowa, Ljubow Popowa und Alexandra Exter 1923/24 als eine Art Overall für alle Gelegenheiten entwarfen, hängt an dünnen Fäden, denen sich bedrohlich ein leinwandähnlicher Herr mit der Schere nähert, denn diese Kleidung gedieh nicht über die Modelle hinaus (und was das Museum zeigt, sind Repliken).

Die Unterwäsche der Damen ist in Schaukästen untergebracht, für die der Betrachter selbst das Licht anknipfen muß, oder in einer Art Peep-Show hinter roten Wänden und Vorhängen verborgen. Die Femme fatale

kommt als Vampir in Schwarz daher, während ihre Schwester mit einem Mann plaudert, der buchstäblich den Kopf verloren hat. Und um den Kopf geht es auch in der Szene, die das Ende der farbenfrohen höflichen Kleidung markiert. Da stehen die Herren in Kniehosen neben der Guillotine, die allerdings nicht von einem Sansculotte bedient wird, denn dessen Tracht besitzen weder die Münchner noch ein anderes Mode-Museum, das mit Leihgaben auslief.

Immerhin bietet die Ausstellung dem Stadtmuseum Gelegenheit, seinen reichen Kostümfundus, der sonst nicht gezeigt werden kann, auszubringen. Möglich wurde das dank des Münchner Modehauses Beck, das zu seinem 125jährigen Jubiläum als großzügiger Sponsor auftrat. Die Hut-Sammlung des Museums war zwar 1984 bereits in einer kleinen Ausstellung zu sehen. Auch die Modeplakate konnten schon vorgezeigt werden. Doch erst jetzt kommt neben den Kleidern das ganze Repertoire der Accessoires zu seinem Recht.

Da kann man etwa ein paar Dutzend Stücke mit geschnitzten und gedrehten Griffen aus Holz, Elfenbein oder Silber und eine Serie von Sonnenschirmen bewundern. Da gibt es eine Auswahl von Damen- und Herrenschuhen, Handschuhen, Fächern und Schmuck zu sehen. Da mangelt es auch nicht an Flaschen und Reise-Utensilien - zum Beispiel einer Tasche mit „Bon Voyage“ in Perlenstickerei. Und als Hintergrund

für den „Gentleman auf Reisen“ dient ein alter Reiseführer, der den weltläufigen Herrn darüber informiert, was sich zwischen vier und fünf Uhr in Kairo oder bei einem Bürobesuch in Hongkong zu tragen geziemt.

Selbst die adlige Welt ist - zumindest mit ihren Prachtroben - präsent. Die (synthetische) Nationaltracht, die Otto von Griechenland trug, darf man neben den Hofkleidern Elisabeths von Österreich und Amalies von Griechenland bestaunen. Auch der Fliegerpilot, den Gabriele d'Annunzio 1916 bei seinem Flug über Wien trug, und andere Kleidungsstücke (nebst Korsetts) des italienischen Poeten sind zu sehen.

Recht unauffällig wirkt eine besondere Rarität. Es ist ein schlichter, praktischer Reisemantel aus hellem Seidentaft. Das fast bodenlange Stück aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts im strengen zweireihigen Redingote-Schnitt wäre durchaus heute noch zu tragen. Aber da die Alltagskleidung fast nie aufbewahrt wurde, sind solche Beispiele äußerst selten. Das gilt ebenso für die nur kümmerlich vertretene Frauenkleidung aus den beiden Weltkriegen.

Bei der Haute Couture ist das anders. Von Worth bis zur Gegenwart kann sie sich hier sehen lassen. Auch Mariano Fortuny's „venezianische“ und plissierte Kleider „im griechischen Stil“ füllen eine Vitrine - wie überhaupt das Italienische gut zur Geltung kommt, weil das Konzept der Ausstellung gemeinsam mit dem

„Centro italiano per lo studio de la storia del tessuto“ in Mailand erarbeitet wurde. Es ist vor allem für den Ernst der Sache und einen gewissen feministischen Touch zuständig. So wird in einem Glaskasten „Die Idealfrau“ mit „vier Aspekten der männlichen Ideologie“ vorgeführt. Das seien, belehren uns entsprechend dramatisierte Puppen, „Der Engel“, „Die Braut“, „Das Statussymbol“ und „Die Femme fatale“.

Auch sonst werden immer wieder mal „Männerphantasien“ beschworen. So liest man, nachdem die Unterwäsche-Schau vorbei ist, auf dem Fußboden: „Hier enden die Männerphantasien und es beginnt die Geschichte von der Befreiung des weiblichen Körpers.“ Doch was folgt, hat kaum etwas mit der „Befreiung“ als vielmehr mit der koketten Darbietung des weiblichen Körpers zu tun.

Die Ausstellung ist - wie jedes Schaufenster - Anregung, Einladung, Verführung. Nur daß es kein Geschäft dahinter gibt, das diese Wünsche zu befriedigen verspricht. Der Katalog kommt als ein voluminöses Buch daher, das zwar den Titel der Ausstellung führt, aber nicht ihren Ablauf begleitet und erläutert, sondern lediglich eine feuilletonistische Stichwort-Sammlung.

So bleiben die „Anziehungskräfte“ als eine schillernde Schau im Gedächtnis, die oft klug, manchmal mit dem Zeigefinger Mode-Geschichte und Mode-Soziologie zu einem eigenwilligen Muster verwebt.

Unbekannter droht mit neuer Saar-Vergiftung

UR. Bonn

Die Staatsanwaltschaft in Saarbrücken hat Angaben der Saar-CDU bestätigt, wonach ein Unbekannter sich in anonymen Schreiben an das saarländische Umweltministerium dazu bekannt hat, vor zwei Wochen drei Fässer mit Gift in die Saar gekippt und damit das große Fischsterben ausgelöst zu haben. Der Schreiber kündigte einen neuen Giftanschlag „diesmal in die Mosel“ an, falls die Ermittlungen zur Aufklärung des Fischsterbens in der Saar, dem mehr als eine Million Fische zum Opfer fielen, nicht sofort eingestellt würden.

Die Vorwürfe von CDU-Fraktionschef Schwarz, Ministerpräsident Lafontaine habe die Briefe verschwiegen, um die Öffentlichkeit und das Parlament irrezuführen, hat die SPD scharf zurückgewiesen. Die Aufforderung, die Briefe zu veröffentlichen, käme einer „Aufforderung zum Rechtsbruch“ gleich, sagte SPD-Fraktionschef Klimmt. Die Regierung dürfe die staatsanwaltlichen Ermittlungen nicht beeinträchtigen.

Anzeige

Planen Sie Ihre berufliche Zukunft so konsequent und umfassend wie Ihre Geschäfte.

Nutzen Sie deshalb auch alle Chancen, die Ihnen der große WELT-Stellenteil für Fach- und Führungskräfte bietet.

Jeden Samstag in der WELT

Entschädigung wird teurer als geplant

DG, Bonn

Für die Erstattung von Einkommensverlusten landwirtschaftlicher Betriebe als Folge der Reaktor Katastrophe von Tschernobyl hat der Bund bisher mehr als 200 Millionen Mark bezahlt. Wie der Parlamentarische Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, Wolfgang von Geldern, gestern mitteilte, wurden etwa 330 000 Entschädigungsanträge gestellt. Geldern hält eine Gesamterstattung von bis zu 500 Millionen Mark für denkbar. Damit würden sich die Schätzungen verdoppeln.

Der größte Anteil der Erstattungen betrifft die Milchwirtschaft. Von den 350 000 Betrieben wurden mehr als 306 000 Anträge gestellt. Damit sind die meisten Bauern der Empfehlung der Bundesregierung gefolgt, ihr Milchvieh in den Maiwochen mit der höchsten Strahlenkonzentration als Folge des radioaktiven Niederschlags nicht auf die Weiden zu treiben. Die Milchbetriebe erhielten insgesamt 132 Millionen Mark. Von den Gemüsebauern wurden mehr als 6000 Anträge gestellt und 66 Millionen Mark ausgezahlt. Auch in solchen Fällen, wo kein Entschädigungsanspruch nach dem Atomgesetz bestand, hat der Bund gezahlt. Dies betrifft solche Gemüsearten, die nicht strahlenbelastet, dennoch aber nicht abgesetzt waren. In diesen Fällen zahlte der Bund bisher 63 Millionen Mark.

Die WELT (USPS 603-570) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is \$5.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 50 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 50 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

In den Kommunen staut sich Ärger

Auch SPD-Bürgermeister fordern Umkehr in der Asylpolitik / Kritik an Abschiebeprazis

HANS KRUMP, Bonn

Die Stimmung ist nicht gut in den Rathäusern der 8500 Kommunen im Bundesgebiet. Seit dem drastischen Wiederanstieg der Asylbewerberzahlen müssen Städte und Gemeinden die regelmäßigen Zuweisungen von Asylbewerbern durch die Länder ohnmächtig hinnehmen. Mit ihnen kommen neue finanzielle Lasten: Zwar werden während des Asylverfahrens Sozialhilfe und weitgehend auch die Unterbringung und Betreuung und die konkreten Schwierigkeiten mit den Menschen bleiben „vor Ort“. Probleme werden, so werden Kommunalpolitiker Bund und Ländern vor, elegant von oben nach unten verlagert.

Längst entsprechen in der Asylpolitik die parteipolitischen Fronten auf kommunaler Ebene nicht mehr denen in der Bundespolitik. Viele SPD-Bürgermeister reden eine andere Sprache als mancher Genosse am ferneren Bonner Schreibtisch.

Forderungen der Gemeinden

Der Sozialdemokrat Gerhard Mülling ist seit 21 Jahren Bürgermeister in der 13 000-Einwohner-Gemeinde Pfnitz bei Karlsruhe. Er ist für „echtes Asyl“, hält aber die derzeitige Praxis in der Bundesrepublik für „völlig abwegig“. Die Gemeinde hat 54 Asylbewerber aufgenommen und ist „vollgeschöpft bis zum letzten Platz“. Ärger mit den Pfnitzern hat sich die Verwaltung schon eingehandelt, seitdem sämtliche Gemeindefunktionen mit Asylanten belegt wurden. „Wir wissen nicht mehr weiter, wenn das Land die Zuteilungsquote weiter erhöht“, sagt Bürgermeister Mülling, der von Bonn in der Asylpolitik „strengere Maßstäbe“ erwartet.

Aus den alltäglichen Sorgen der Gemeindepolitiker sind längst eindringliche Forderungen der kommunalen Spitzenverbände geworden, wie die Verkürzung des Asylverfahrens, die Nichtanerkennung von „Nachfluchtgründen“ oder die verstärkte Abschiebung abgelehnter Asylbewerber. Gerade bei der Abschiebung werfen die Kommunen Bund und Ländern die größten Versäumnisse vor. Zwar werden 84 Prozent aller Asylanträge vom Zentralfürsorgeamt abgelehnt, doch nur wenige Asylbewerber werden ausgewiesen. So wurden im vergangenen Jahr sechs Asylbewerber abgeschoben, aber 48 rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber genießen weiter Aufenthaltserlaubnis: 30 Tamlen und 15 Libanesen dürfen aufgrund von Erlassen des nordrhein-westfälischen Innenministers, in bestimmte Krisenregionen nicht auszuweisen, hierbleiben, drei Polen werden wegen eines Innenministerkonferenz-Beschlusses (Ostblockflüchtlinge werden nicht ausgewiesen) geduldet.

Hier klagen die Kommunen über unterschiedliche Praktiken in den Bundesländern: So befindet sich in der Liste der Staaten, in die derzeit nicht ausgewiesen werden soll, in Düsseldorf zum Beispiel der Iran, in Berlin dagegen nicht. Städte und Gemeinden befürchten, dass solche Regelungen die Binnenwanderung von Asylbewerbern zu „liberaleren“ Bundesländern verstärkt.

Kommt einmal eine Ausweisungsvorgabe für einen Asylbewerber zustande, wird daraus „nicht selten eine große Geschichte von Bürgerinvidien gemacht“, klagt Franz Reinhard Habel von Deutschen Städte- und Gemeindebund. Ein Beispiel ist der Fall eines Angolaners in der Stadt Ratingen bei Düsseldorf. Er sollte An-

fang des Jahres nach Zaire abgeschoben werden, nachdem alle Asylanträge abgewiesen worden waren und auch der Petitionsausschuss des Landtages negativ entschieden hatte. Eine Bürgerinitiative begann die Trommel zu schlagen, Pfarrer gewährten dem Angolaner in einer evangelischen Kirche Unterschlupf. Folge: Innenminister Schnoor (SPD) verbot die Ausweisung. Derartige Fälle, so die kommunalen Spitzenverbände, mehren sich. Die Summe der „humanitären Einzelentscheidungen“ führe in der Konsequenz zu dem immer größer werdenden Berg der nicht abgeschobenen „De-facto-Flüchtlinge“, derzeit 270 000.

Kostenregelung umstritten

Unterdessen werden die Kosten für Städte und Gemeinden immer mehr zum Ärgnis. So müssen die kommunalen Kassen Sozialhilfe für Asylananten nach Abschluss des Verfahrens zahlen, auch wenn der Asylantrag abgelehnt wurde, der Bewerber aber nicht ausgewiesen wird. Ungerechtigkeiten aus kommunaler Sicht gibt es auch bei der Erstattung der Aufwendungen für die Unterkunft. So zahlt Baden-Württemberg die Kosten für (Um-)Bauten komplett, die nordrhein-westfälischen Gemeinden erhalten nach Angaben des Städte- und Gemeindebundes dagegen nur 60 bis 80 Prozent vom Land.

Bei derartigen Sorgen zeigt man sich in den Rathäusern nicht froh darüber, dass ernsthaftere Übergriffe noch nicht an der Tagesordnung sind. Doch Wechsel für die Zukunft will man diesbezüglich nicht ausstellen, vor allem, wenn die Asylanträge nicht eingedämmt wird. Irgendwann, meint der Pfnitzer Bürgermeister, „geht an diesem Problem einmal der Staat zugrunde“.

SED druckt Drohungen der „Prawda“ nach

hrk, Berlin

Die SED-Führung schloß sich gestern Drohungen des sowjetischen Parteiorgans „Prawda“ gegen West-Berlin an, indem das „Neue Deutschland“ entsprechend scharf formulierte. Korrespondentenberichte der „Prawda“ aus beiden Teilen Berlins nachdruckte.

In dem am Ost-Berlin datierten Bericht heißt es, im Westteil der Stadt häuften sich die „Provokationen“, die offensichtlich eine „gespannte Atmosphäre“ gegenüber der „DDR“ schaffen sollten. Auch die heute im Reichstag stattfindende Gedenkveranstaltung zum 13. August wird kritisiert: Es handle sich um „eine Reihe provokatorischer Maßnahmen, an denen offizielle Vertreter der USA und der BRD teilzunehmen beabsichtigen“.

Schließlich folgt die massive Warnung: „Es ist völlig offensichtlich, daß die gegenwärtigen Versuche, in Berlin (West) wieder eine Atmosphäre der Spannungen, äußerster Feindschaft gegenüber der DDR zu schaffen, Geist und Ziel des viersätzigen Abkommens widersprechen. Sie bedrohen die Grundinteressen von allem der Bevölkerung von Berlin (West) selbst und dienen keineswegs der Pflege normaler Beziehungen in diesem Teil Europas.“

Das SED-Blatt veröffentlichte gestern auch eine Korrespondenz des Westberliner „Prawda“-Mitarbeiters Viktor Kabanow, in der die Mär vom Streifenfänger Berlin abwärts verbreitet wird: „Neofaschistische Ganoven und jene, die hinter ihnen stehen, kriechen erneut aus ihren Löchern: mal hier, mal dort werden in der Stadt zuweilen ganze Lager von Waffen entdeckt, die von den Ultrarechten für den Tag 'X' angelegt wurden.“

Umweltminister Dick: Die WAA geht in Betrieb

Boysen, Umweltminister Alfred

Dick hat mit seinem Hinweis, daß die Entscheidung über die zweite Teilgenehmigung für die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf (WAA) voraussichtlich 1988 fallen werde, eine Welle von Vermutungen ausgelöst. Peter Schmalz hat in diesem Interview nach.

WELT: Die SPD spricht von „neuer Nachdenklichkeit“, an deren Ende das Aus für die WAA stehen könnte.

Dick: Hier ist bei der SPD der Wunsch der Vater des Gedankens. Sie hat einen ausschließlich sachbezogenen Hinweis, der für keinen der sich mit dem Verfahrensablauf etwas beschäftigt hat, überraschend kommen konnte, schlicht mißdeutet. Wer glaubt, daß sich ein so komplexer Vorgang, wie die einzelnen Genehmigungsschritte für ein Milliardenprojekt wie die Wiederaufarbeitungsanlage vorab an fixen Terminen „festzulegen“ läßt, verkennt die Dimensionen, um die es dabei geht. Für die Genehmigungsbehörde kann es dementsprechend keinen Zeitplan geben, dessen Nichtbeachtung dazu berechtigen würde, von Unter- oder Überschreitung, von Beschleunigung oder Verzögerung, zu sprechen. Für uns ist nicht entscheidend, wann die nächsten Entscheidungen im Genehmigungsverfahren fallen, sondern daß sie mit jeder nur möglichen Sorgfalt und Objektivität vorbereitet werden.

WELT: Heißt das nicht doch, daß Sie nachdenklich geworden sind?

Dick: Im Gegensatz zur SPD haben wir bei allem, was mit der Wiederaufarbeitungsanlage im allgemeinen und dem Genehmigungsverfahren im besonderen zusammenhängt, von Anfang an sehr gründlich nachgedacht. Wenn insoweit jemand eine „Nachdenklichkeit“ dringend anzuraten wäre, so

ist das die SPD. Schließlich hieß der Bundeskanzler Schmidt und die Regierungsparteien in Bonn waren SPD und FDP, als das Entsorgungskonzept der von diesen Parteien gestellten Bundesregierung durch den Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern im September 1979 politisch bestätigt wurde.

Daß wir an der damals für richtig erkannten Linie festhalten, bedeutet jedoch nicht, daß wir alles, was nicht in dieses Konzept passen würde, ignorieren. Im Gegenteil: Die CSU-Staatsregierung hat keinen Zweifel daran gelassen, daß der Reaktorunfall von Tschernobyl selbstverständlich daraufhin zu überprüfen ist, ob für das Genehmigungsverfahren Schlüsselforderungen zu ziehen sind.

WELT: Soll das Symposium Ihres Ministeriums im nächsten Jahr ein Teil dieser Überprüfung sein?

Dick: Nicht nur. Das im ersten Halbjahr 1987 vorgesehene internationale Symposium wird sich mit der Entsorgung von Kernkraftwerken beschäftigen. Insbesondere wird es dabei darum gehen, die Notwendigkeit der Entsorgung der Kernkraftwerke, das integrierte Entsorgungskonzept im internationalen Vergleich, das Sicherheitskonzept der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf, den Reaktorunfall von Tschernobyl für die Auslegung der WAA, den Stand der Endlagerung radioaktiver Abfälle aus der WAA und den Entwicklungsstand sowie die technischen, ökologischen und sicherheitstechnischen Rahmenbedingungen der direkten Endlagerung umfassend zu erörtern und darzustellen.

WELT: Zur Klarstellung: Wird die WAA nun fertiggebaut und in Betrieb gehen?

Dick: Ja.

Der streitbare Graf bringt sich selbst ins Gespräch

DIETHART GOOS, Bonn

Der FDP-Spitzenpolitiker Otto Graf Lambsdorff hat für Aufsehen und Irritationen gesorgt – diesmal nicht im ureigenen Bereich der Wirtschaftspolitik. Lambsdorff hat den 25. Jahrestag des Mauerbaus in Berlin zum Anlaß genommen, das Ereignis von 1961 zu analysieren. In der Illustrierten „Quick“ schreibt der frühere Wirtschaftsminister zu den Ereignissen vor einem Viertel Jahrhundert und den bis heute andauernden Folgen:

„Am 13. August 1961 wurde die Teilung zementiert, sie wurde tiefer und schmerzhafter. Flucht war von nun an lebensgefährlich und kaum mehr möglich. Aber zugleich gab dieses baugeschichtliche Monstrum den endgültigen Anlaß, nach anderen Wegen zu suchen, die Teilung trotz allem erträglich zu machen. Da man die Mauer nicht niederreißen konnte, spürte man im Westen einer neuen Politik nach, um schlimmste Widersprüche zwischen beiden deutschen Staaten zu befrieden. Und im Osten änderten sich langsam einige Erscheinungsformen der DDR. Sie wurde berechenbarer und gab sich souveräner.“

Diese Sicht der Dinge muß gerade beim Koalitionspartner und besonders bei der CSU in Bayern Unwillen und scharfe Ablehnung provozieren. Doch nach dem harten Schlagabtausch zwischen maßgeblichen Repräsentanten der drei Regierungsparteien, die das angebliche Bonner Sommerloch mehr als reichlich ausfüllen, ist zumindest im Kanzleramt keine Bereitschaft zu einer weiteren Eskalation erkennbar. Man sei über die Darstellung des Grafen zum Mauerbau nicht begeistert, hieß es gestern, wolle aber dazu nicht Stellung beziehen.

Seit seinem ersten Erfolg beim Landgericht in Bonn hat sich der Politiker Otto Graf Lambsdorff wieder deutlich vernehmbar zu Wort gemeldet.

FOTO: WERNER SCHÖRING



Der streitbare Lambsdorff deckt für die Liberalen ein breites Spektrum sowohl in der politischen Tagesarbeit wie auch im konzeptionellen Bereich ab. Seit dem Bonner Landgericht im Flick-Spendenprozeß die schwere Bürde der Anklage wegen Bestechlichkeit von ihm genommen hat, konnte Graf Lambsdorff kräftig durchatmen und um so zielstrebig an seiner zweiten politischen Karriere bestehen.

Selbst einen so kühlen und emotionslosen Mann wie Lambsdorff mußte es ungeheuer treffen, als gegen ihn, seinen Parteifreund und Amtsvorgänger Hans Friedrichs und gegen Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch vor mehr als zwei Jahren Anklage erhoben wurde. Lambsdorffs Rücktritt vom Amt des Bundeswirtschaftsministers am 27. Juni

1984 war zwangsläufig. Er beteuerte zwar immer seine Unschuld, aber der seit mehr als zehn Monaten andauernde Prozeß hat ihn physisch wie psychisch ungeheuer belastet. Und dennoch hat er sich – wann immer es ihm der Mannnotprozeß ermöglichte – nach besten Kräften für seine Partei als wirtschaftspolitischer Sprecher der Bundesstaatsfraktion und als Allround-Kapazität schlechthin engagiert. Als Wahlkämpfer ist er unentbehrlich, neben Parteichef Bangemann und Außenminister Genscher fällt er als einziger auch größere Säle. Seine Kompetenz wird auch vom politischen Gegner selten angezweifelt.

Lambsdorff drängt es geradezu, „unbequeme Wahrheiten“ unter das Volk zu bringen. So erklärte er am 3. Februar 1979 in einem WELT-Interview: „Daß der Preis für Superbenzin

auf über eine Mark je Liter steigen kann, das halte ich für durchaus möglich und will das nicht ausschließen.“ Empörung erregte der damalige Wirtschaftsminister für diese Einschätzung nicht nur bei den Verbraucherorganisationen und Automobilverbänden: Er würde die Ölmultis regelrecht zur Preistreibe rei ernennen, wurde ihm vorgehalten. Lambsdorff blieb wie stets kühl und gelassen. Das Opec-Kartell und die Marktentwicklung gaben ihm recht.

Als politisches Ziel für die nähere Zukunft nennt der Graf die Bestätigung seiner Funktion als Wirtschaftssprecher der Fraktion auch nach der Bundestagswahl. Sicher müssen die Liberalen am 25. Januar 1987 ein respektables Ergebnis vorweisen, damit auch Lambsdorff Forderungen stellen kann. Und bevor über seine weitere Verwendung in der Koalition entschieden wird, hat er sich noch der Hypothek des Spendenprozesses zu entledigen.

Sollten beide Voraussetzungen – wie nicht nur von ihm selber erwartet – eintreten, dann sind für Graf Lambsdorff alle Wege geebnet. Er könnte auf seinen Chefessell im Wirtschaftsministerium zurückkehren. Auch das Auswärtige Amt wäre für ihn eine gute Adresse, wenn Hans-Dietrich Genscher bei der Union und besonders bei der CSU nach der Wahl nicht mehr durchsetzbar wäre.

Schließlich würden manche auch in der FDP gerne mehr aus dem Grafen machen. Sie meinen, Lambsdorff sei als Präsidiumsmitglied bisher unter Wert verkauft. Mit einem Spitzenmann in der Partei, so heißt es, könnte der konsequente Marktwirtschaftler die Zitterpartei der FDP beenden helfen und ihr Werte deutlich über der Fünf-Prozent-Hürde estreiten.

Dormagen gibt nicht auf Stadt erwägt Einspruch gegen Gerichtsentscheid

CHRISTIAN GEYER, Köln

Im Streit um die Errichtung der Gesamtschule in Dormagen (Kreis Neuss) ist die Stadt offenbar nach wie vor nicht gewillt, sich dem Druck des nordrhein-westfälischen Kultusministers Hans Schwieler (SPD) zu beugen. Nachdem Dormagen am Montag vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf eine erste Niederlage einstecken mußte (WELT v. 12.8.), schloß Stadtdirektor Wierich nicht aus, daß die Stadt das Urteil beim Oberverwaltungsgericht Münster anfechten wird. Endgültig werde dies auf einer Sitzung des Hauptausschusses des Rates am kommenden Montag entschieden. Der CDU-Fraktionschef Breimann kündigte bereits an, daß seine Fraktion sämtliche Rechtsmittel ausschöpfen wolle, um gegen den „Willkürakt“ Schwieler anzugehen.

Die Stadt Dormagen hatte in einem Eilverfahren darum gebeten, daß die aufhebende Wirkung ihrer Klage gegen Kultusminister Schwieler wiederhergestellt wird. Diesen Antrag hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf am 4. August zurückgewiesen und seinen Beschluß am Montag bekanntgegeben. Schwieler hatte die Stadt am 16. Juli zur Errichtung der Gesamtschule gezwungen und diese Anordnung für sofort vollziehbar erklärt.

Verfahren steht aus

Die Richter räumten bei ihrem Beschluß ein, daß bei der „nur möglichen summarischen Überprüfung“ eine Entscheidung in der Sache nicht gefällt werden konnte. Dies bleibe dem Hauptverfahren vorbehalten. Ein Sprecher des Gerichtes begründete die Eilentscheidung damit, daß ohne die sofortige Durchführung des Kultusminister-Erlasses dem Willen der Eltern, die ihr Kind an der zu-

nächst von der Stadt Dormagen beschlossenen Gesamtschule angemeldet hätten, hätte nicht Rechnung getragen werden können. Die von der Stadt Dormagen angeführte Gefahr, daß eine der fünf Hauptschulen in ihrem Bestand gefährdet sei, kann nach Meinung der Richter nicht bedeuten, daß andere Eltern auf die Errichtung einer Gesamtschule verzichten müßten.

Schwieler erfreut

Kultusminister Schwieler äußerte sich erfreut über den Richterspruch. Er warnte jedoch davor, von Sieg oder Niederlage zu sprechen. Schwieler bedauerte, daß durch ein Eingreifen des Kultusministers habe sichergestellt werden müssen, daß auch die Interessen derjenigen Eltern berücksichtigt werden, die für ihre Kinder eine Gesamtschule möchten. Er forderte die CDU auf, den Rechtsstreit zu beenden. Zwar werde „nicht jede einzelne Schule eine Schulform erhalten werden können“, es werde aber auch in Zukunft „in zumutbarer Entfernung“ ein Angebot aller Schulformen geben.

Der bildungspolitische Sprecher der CDU im Landtag, Reul, bedauerte, daß das Gericht eine Entscheidung im Eilverfahren treffen mußte. Mit seinem kurzfristigen „Zwangseingriff“ in die kommunalpolitische Hoheit Dormagens habe Schwieler die Richter „unter Druck gesetzt“. Das Urteil habe einmal mehr die große „Rechtsunsicherheit“ offenbart, die im Lande zum Thema Gesamtschule herrsche. So hätten denn auch die Richter der Stadt Dormagen ausdrücklich einräumen müssen, daß die Gesamtschule wieder schließen könne, wenn Schwieler in der Hauptsache unterliegen würde.

IMMOBILIEN/KAPITALTEN

HEROLD

IMMOBILIEN GMBH

Wir suchen in festem Kundenauftrag Repräsentative Wohn- und Geschäftshäuser mit Nutzflächen von 600 m² – 2500 m² in exponierten Lagen von

Lübeck

Hannover

Freiburg

Siegen

Bielefeld

Marburg

Ulm

Heilbronn

Konstanz

Gießen

Kaiserslautern

06121

401033

Emser Straße 26 • 6200 Wiesbaden • Telex 4186591

*** Sofort – gegen bar ***

FORDERUNGSANKAUF

(tituliert – mindestens 50 Stück)

Inkassobüro Dr. Stapf, 5300 Bonn

Adenauerallee 50, Tel. 0228 / 22 11 90

Verkauf, Büro- oder Gewerbehäuser

in Bad Salzuflen, gute Verkehrslage,

Parkplatz, v. Haus 400 m², auch unterteilt

in 41 Einheiten, zu vermieten

M. HEERDT, Siemensstr. 18

4002 Bad Salzuflen 1, T. 0 52 25 90 56

Spanien-Gelegenheiten

Ferien- und Altersdomizile

Holiday GmbH, Tel. 0 44 41 / 69 77

Westerwald

Korn-ETW, 100 m², f. 135 000,- DM zu

verk., Tel. 0 26 85 / 76 97

GENFERSEE/BERGKURORTE

Große Auswahl von

Wohnungen und Chalets

mit Bewilligungen für den Verkauf

an Ausländer. Freigünstig

Interessante Konditionen. Be-

sichtigungen auch nach Wochen-

enden nach Vereinbarung.

GLOBE PLAN SA

Avenue Mon-Repos 24

CH-1005 Lausanne, Schweiz

Tel. (21) 22 35 12

Tx. 25 185 mels ch

Repräsentative

Villa

bei Düsseldorf

mit ca. 140 qm Wohnfläche,

für vermietete Objekte

Ansprüche renoviert, beste Lage.

Zuschreiben unter L 8176 an WELT-

Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

HAUS AM LÜTJENSEE

Nähe Hamburg, ca. 250 m² inkl.

Einliegerwohnung, unverbaubare

Lage, sehr ruhig, 11 000 m², VHB

DM 700 000,-

Zuschr. u. G 4351 an WELT-Ver-

lag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Industrielle Gebäudeanlagen

Haben Sie Interesse an industriellen Projekten in Belgien?

Unsere Firma ist spezialisiert für die Erstellung von schlüsselfertigen

Werksanlagen, Lagerhallen und Büro- und Fabrikgebäuden.

Wir übernehmen alle Formalitäten der Grundstücksvermittlung,

Baugenehmigungsverfahren und gesamtes Projektmanagement.

In Zusammenarbeit mit einem deutschen Architekten erfolgt die

Überwachung sämtlicher Bauarbeiten nach deutschem Standard.

Wir verfügen über mehrere interessante Baupläne und die besten

Referenzen.

Kontaktaufnahme: Herr J. Gobert

Immeubles et Industries, Brüssel

Tel. 00 32 / 4 79 96 55 und 4 79 96 56

Zwei Zeitungen ein Immobilienanteil

DIE WELT

WELT SONNTAG

هكذا من العمل

Bothas Partei will Einigkeit demonstrieren

DW, Johannesburg

In Durban begann gestern ein Sonderkongress der regierenden Nationalen Partei (NP) des Landes. Parteimitglieder erwarten von Präsident Pieter Willem Botha einen Bericht über die Entwicklung seit dem letzten Kongress im Jahre 1982, als Botha einen vorsichtigen Reformkurs angekündigt hatte. Botha wird in seiner Eröffnungsrede vermutlich auch Warnungen an die schwarzen Nachbarstaaten wiederholen, von Sanktionen abzuweichen. Seine Popularität bei den Parteimitgliedern sei seit der Verhängung des Ausnahmezustandes merklich gestiegen, erklärte die Beobachter. Botha dürfte daher vor allem darum bemüht sein, seinen Kritikern und seinen Gefolgsleuten im In- und Ausland zu demonstrieren, daß die NP einig sei.

Die Festnahmen in Südafrika in diesem Jahr haben nach Informationen einer privaten Hilfsorganisation ein bislang ungekanntes Ausmaß erreicht. Das Unterstützungskomitee der Eltern Verhafteter (DPSO) teilte in Johannesburg mit, rund 13 000 Bürger seien betroffen. Davon entfiel auf 10 000 der überwiegende Teil auf Festnahmen unter dem seit Mitte Juni geltenden Ausnahmezustand.

Neuer Schlag gegen Sikh-Terroristen

AP, Amritsar

Den indischen Sicherheitskräften ist gestern ein neuer Schlag gegen terroristische Sikh-Organisationen in Punjab gelungen. Drei Tage nach der Festnahme des Führers der Khalistan Kommandostreitkräfte (KCF), Manjit Singh, wurde bei einer Razzia nach Angaben der Polizei der Chef der Khalistan Befreiungsarmee (KLA), Tarsem Singh, gefangen genommen. Der Polizeichef des indischen Bundesstaates Punjab, Julius Ribeiro, sagte, zusammen mit Kular sei ein anderer wichtiger Sikh-Führer verhaftet worden. Die KCF hatte am Montagabend den Mord an dem ehemaligen indischen Heeresoberbefehlshaber General Arun Vaidya zugegeben. In einer Erklärung kündigte die Gruppe neue Anschläge an.

Waffendepot in Chile ausgehoben

AFP, Santiago

Die chilenische Armee hat in dem kleinen Pazifikort Carrizal Rajó bei dem Hafen Huasco, 770 Kilometer nördlich von Santiago, ein umfangreiches Waffendepot entdeckt. Dabei handelt es sich, wie aus Santiago zu erfahren war, um den größten Waffenschatz seit der Machtübernahme von Präsident General Pinochet im Jahre 1973. „Damit hätte man ganz Santiago in die Luft sprengen können“, erklärte Pinochet. Dem Vernehmen nach handelt es sich um sowjetische und amerikanische Waffen.

Lockheed „verliert“ Stealth-Dokumente

AFP, Washington

Weil den Lockheed-Werken 1480 „streng geheime“ Dokumente zu dem Bau des „unsichtbaren“ Bombers „Stealth“ abhandeln gekommen sind, wird das Pentagon seine Zahlungen an das Unternehmen bis auf weiteres einstellen. Der stellvertretende Verteidigungsminister Donald Hicks verständigte einen Ausschuss des Repräsentantenhauses, daß bei Lockheed die Lage in Sachen Sicherheit „nahezu ein Desaster“ sei.

Albanien bricht aus der selbstgewählten Isolation aus

E. ANTONAROS, Rom

Albanien, das bisher am stärksten von der Außenwelt abgeschirmte Land der Welt, ist Westeuropäern ein kleines Stück nähergerückt. Mit zweiwöchiger Verspätung wurde jetzt eine 34 Kilometer lange Eisenbahnstrecke eingeweiht, die den albanischen Grenzort Hani Hoti im Nordosten mit Titograd, der Hauptstadt der jugoslawischen Teilrepublik Montenegro, verbindet. Dadurch hat Albanien (28 748 Quadratkilometer groß, drei Millionen Einwohner) den Anschluß an europäische Eisenbahnnetze erhalten.

Die Inbetriebnahme der Teilstrecke, die sich Jugoslawien sieben Milliarden Dinar kosten ließ, wäre im Zuge einer neuen Polemik zwischen Belgrad und Tirana beinahe geplatzt. Auch diesmal stritten die beiden Nachbarländer über die im südjugoslawischen autonomen Gebiet Kosovo lebende albanische Minderheit.

Tiranas Sprachrohr „Zer i Popullit“ hatte völlig unerwartet einen scharfzüngigen Angriff gegen die Jugoslawen lanciert, die sie als neue Beschuldigte, die Rechte der albanischen Minderheit „einfach zu ignorieren“, Belgrads Behauptung, Tirana schüre den Aufruhr in Kosovo, die nur dazu, Albanien im Ausland zu diskreditieren.

Belgrad blieb nicht untätig. In der Zeitung des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, „Komunist“, wur-



Durch ständige Artillerieangriffe im Mittellobschnitt der Front versuchen iranische Einheiten, die Abwehrkraft der Iraker zu schwächen und die Unterlegenheit ihrer Luftwaffe auszugleichen. FOTO: AP

Mit 1,2 Millionen Mann will Iran im Golfkrieg die Entscheidung erzwingen

Großoffensive im Herbst / Iraker kriegsmüde / Sorge bei Husseins Verbündeten

PETER M. RANKE, Amman

Einen Raketenangriff haben die iranischen Streitkräfte gestern früh auf die irakische Hauptstadt Bagdad unternommen und dabei die Raffinerie in der Vorstadt El-Daura getroffen. Die Iraker setzen Boden-Boden-Raketen des sowjetischen Typs Scud-B ein, die sie aus Libyen und Syrien bekommen. Teheran bezeichnet den Angriff als Vergeltung für irakische Luftangriffe gegen Isfahan.

Mit dem Raketen-Schlag haben die Iraker die irakischen Streitkräfte und die Zivilbevölkerung daran erinnert, daß Bagdad nicht unzerstörbar ist. Militärische Beobachter rechnen bis zu der im September erwarteten Großoffensive der Iraker bei Basra mit ständigen Vorstößen gegen irakische Stellungen, um die Abwehrkraft der irakischen Divisionen zu testen.

Obwohl es noch nie so viele Unterstützung-Adressen arabischer Staatshäupter für den irakischen Präsidenten Saddam Hussein gegeben hat wie in den letzten Wochen sind arabische Regierungen in Sorge über das Standhalte-Vermögen der abgetreten und ausgebluteten irakischen Truppen.

Irak mit seinen nur 14 Millionen Menschen gegenüber 45 Millionen in Iran gilt als kriegsmüde. Das letzte Angebot von Saddam Hussein, der einen Friedensvertrag auf der Basis der alten Grenzen, Gefangenenaustausch und Nichtnukleareinsatz in innere Angelegenheiten vorschlug, wurde vom Ayatollah-Regime Khomeinis (86) vor drei Wochen höhnisch abgelehnt. Teheran verlangte von neuem den Sturz Saddams Husseins.

Diese Bedingung findet jetzt erstmals einen gewissen Widerhall in arabischen Hauptstädten, wo man nicht mehr die kostbaren letzten Öl-Dollar-Reserven opfern will, nur damit Saddam Hussein in Bagdad an der Macht bleibt.

Diese Haltung hält Syrien davon ab, die jordanische Vermittlung zur Aussöhnung mit Irak aufzugreifen. Und die Drohung des iranischen Parlamentspräsidenten Rafsanjani, falls nicht bald Kuwait und Saudi Arabien angegriffen, führte bereits zum jüngsten Preis-Kompromiß in der Opec. Die Saudis und Kuwaitis gaben nach und drosseln in den nächsten zwei Monaten ihre Produktion, während Iran weiter täglich 2,2 Mil-

lionen Barrel produziert und daher keine Binnahme-Ausfälle für die Kriegsführung hat. Obgleich die iranische Öl-Verladeinsel Kharg und der Tanker-Verkehr weiter schwer angegriffen werden, gelingt es Teheran dennoch, über die Insel Sirri am Golf von Hormuz Rohöl in ausreichender Menge zu exportieren.

Zwar ist die ehemalige Schab-Luftwaffe mit noch etwa siebzig Maschinen weiter der arabischen Seite unterlegen, jedoch kann Teheran jährlich rund 470 000 neue Rekruten ausheben und erhält ausreichend Nachschub. Trotz Wirtschaftsnöten gelten die iranischen Streitkräfte heute als besser motiviert.

Während in den iranischen Dörfern neue Rekruten ausgehoben werden, während Frauen zur militärischen Ausbildung in Camps zusammengefaßt werden und die hohe Bürokratie zu Wehrübungen verpflichtet wird, rückt man in den arabischen Hauptstädten über Zeitpunkt und Ziel der nächsten Groß-Offensive. Die Iraker wollen 1,2 Millionen Mann ins Feld schicken, die Herbst-Offensive soll die „wirklich letzte und entscheidende“ sein, heißt es in Teheran.

Moskau: „Tabu-Liste“ für Ausländer

Bewegungsfreiheit bleibt scharf begrenzt / Mißachtung der Schlußakte von Helsinki

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

Was hat ein sommerliches Picknick mit der Schlußakte von Helsinki zu tun? Nun, wenn zum Beispiel ein in Moskau akkreditierter Journalist auf einer „offenen“ Straße in der Umgebung der sowjetischen Hauptstadt plötzlich das Bedürfnis verspürt, am Wegrand zu halten, um im Grünen zu picknicken, so wird meist innerhalb kurzer Zeit eine Polizeistreife aufgerufen und ihn strikt zum Weiterfahren auffordern – was wiederum eindeutig den Vereinbarungen von Helsinki widerspricht.

Da diese Vorfälle sich in jüngster Zeit häuften, bekamen nun alle in Moskau stationierten Journalisten eine lange Liste über die Sperrgebiete zugesandt. Gleiches gilt übrigens für alle in Moskau ansässigen Ausländer. Fast zynisch klingt es, wenn man fest, daß die Regierung der UdSSR unter Berücksichtigung der entsprechenden Bestimmungen der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 1. März 1976 an eine Regelung der Bewegungsmöglichkeiten ausländischer Journalisten einführt, zum Zweck einer weiteren Verbesserung ihrer beruflichen Tätigkeit. Und dann folgt ein Verzeichnis der Städte

und Rayons des Verwaltungsgebietes Moskaus, die für den Besuch von Ausländern geschlossen sind.

Frei bewegen dürfen sich in Moskau ansässige Ausländer streng genommen nur innerhalb des Stadt im Radius von 15 Kilometern umgebenden Autobahnringes und an einigen Stellen darüber hinaus bis zu 40 Kilometern.

Auch mit Vornmeldung 24 Stunden vorher sind nur eine Handvoll Landstraßen für ausländische Fahrzeuge freigegeben. Dazu gehören vor allem die Transitwege von Moskau nach Polen, Rumänien, Ungarn und die Tschechoslowakei. Grundsätzlich gilt, daß ein 25 Kilometer breiter Streifen hinter allen sowjetischen Grenzen für Ausländer tabu ist.

Im fernen Osten sind riesige Gebiete, einschließlich der Hafenstadt Wladiwostok, gesperrt. „Weiße Flecken“ ziehen sich vom Aralsee bis zum Amur. Die Halbinsel Kamtschatka und die Insel Sachalin zählen auch dazu. Die Industriestädte in Westsibirien um Omsk und Tscheljabinsk sind ebenso wie die Stadt Swerdlowsk im Ural und der Schwarzmeerbahnhof Sewastopol gesperrt.

„Off limits“ sind auch weite Teile im Norden des Landes: so die Kola-

Halbinsel (mit Ausnahme der Stadt Murmansk) und das ehemalige Ostpreußen. Fast unzugänglich sind auch die baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen.

Das Außenministerium gibt keine Gründe für die Beschränkungen an. Doch man ahnt, was die Sowjets so ängstlich hüten: vorwiegend Gegenden, in denen „sensitive“ Industrien angesiedelt wurden. Man schränkte man vor allem die Bewegungsfreiheit in jenen Gegenden ein – zum Beispiel im Baltikum – wo Zweifel an der Einstellung der Bevölkerung zur Zentralmacht in Moskau bestehen.

Auch mit der Eisenbahn oder dem Flugzeug kann man bei weitem nicht überall die Sowjetunion bereisen. Da man nicht einfach wie im Westen eine Fahrkarte kaufen oder ein Flugticket bestellen kann, muß man alles lange Zeit vorher beantragen. Einige Orte darf man nur im Flugzeug und nur nachts anreisen – damit man möglichst wenig von oben erkennt.

Unerkant kann sich hierzulande niemand bewegen. Schon das Autoshild entwirft den Ausländer vor weitem. Wo immer er sich bewegt, die Kontrollposten an den Ausfallstraßen und die Vispolizisten haben ihn längst im Visier.

Albanien bricht aus der selbstgewählten Isolation aus

E. ANTONAROS, Rom

Albanien, das bisher am stärksten von der Außenwelt abgeschirmte Land der Welt, ist Westeuropäern ein kleines Stück nähergerückt. Mit zweiwöchiger Verspätung wurde jetzt eine 34 Kilometer lange Eisenbahnstrecke eingeweiht, die den albanischen Grenzort Hani Hoti im Nordosten mit Titograd, der Hauptstadt der jugoslawischen Teilrepublik Montenegro, verbindet. Dadurch hat Albanien (28 748 Quadratkilometer groß, drei Millionen Einwohner) den Anschluß an europäische Eisenbahnnetze erhalten.

Daraufhin hatte der Chef der montenegrinischen Eisenbahnbehörde die Einweihung der fertigen Strecke mit der Begründung verschoben, sein Etat sehe keine Ausgaben für den Kauf der zwei notwendigen Lokomotiven vor. Westliche Diplomaten in Belgrad befürchteten schon, daß Albanien Anschluß an europäische Bahnnetz doch nicht stattfinden würde.

Bei der feierlichen Einweihung in Titograd war von der vorangegangenen Polemik allerdings kaum noch etwas zu spüren. Albanien Vertreter Faik Cina, der Gouverneur der Grenzprovinz Skutari und Präsidentschaftsmitglied des albanischen Parlaments ist,

betonte, daß diese Verbindung nicht nur den Außenhandel, sondern auch die gutnachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Tirana und Belgrad fördern solle. Jugoslawiens Verkehrsminister Pljakic hob hervor, daß jede Ecke Europas Zugang zum übrigen Kontinent haben solle.

Von der neuen Eisenbahnstrecke werden Reisende, die Albanien besuchen wollen, nicht profitieren können. Tirana geht es nämlich ausschließlich um das Vorantreiben seines Außenhandels mit Westeuropa. Bisher wurden fast alle Ausfuhrgegenstände über Jugoslawiens Fernstraßen ins Ausland exportiert. Mit der Bahnverbindung können die Transportkosten erheblich gesenkt werden.

Darüber hinaus hat die Eisenbahnverbindung zwischen Hani Hoti und Titograd eine eindeutig politische Bedeutung: Erst 16 Monate nach dem Tod des Staatsgründers Enver Hoxha hat Parteichef Ramiz Alia schon wieder gezeigt, daß das isolationistische Albanien, wenn auch in Grenzen, eine stärkere Anlehnung an be-

stimmte Länder Westeuropas anstrebt.

Die größten Fortschritte hat es bisher in den Beziehungen zu Griechenland gegeben. Nach dem Besuch einer Delegation des Außenministeriums hier in der Woche, daß der seit 1940 existierende Kriegszustand beendet werden müsse. Daß Athens Regierungschef Papandreu diese Entscheidung noch nicht getroffen hat, liegt daran, daß die Lobby der aus Südalbanien stammenden Griechen, die sich dagegen wehren, sehr einflußreich ist. Dennoch blüht der Handel zwischen Athen und Tirana. Fortschritte sind auch in den Gesprächen mit Bonn erzielt worden, so daß mit der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen in absehbarer Zeit gerechnet werden darf. Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß hatte Albanien am 19. Mai besucht – zum zweitenmal in anderthalb Jahren. Tirana hat offenbar die Absicht, diplomatische Beziehungen auch zu Spanien und Großbritannien aufzunehmen. Große Beachtung fand auch die albanische Entscheidung, der Internationalen Atomenergie-Agentur (Wien) beizutreten.

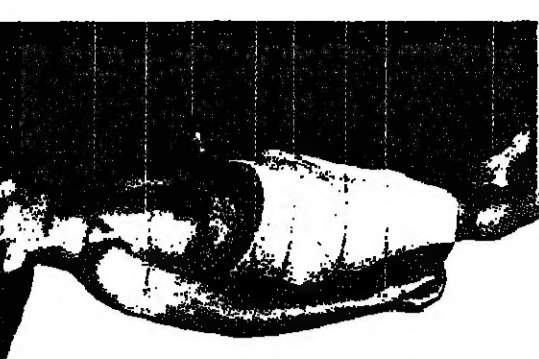
Bei dieser Öffnung nach Westen sind handelspolitische Erwägungen ausschlaggebend. Denn es sieht nicht im geringsten danach aus, daß Albanien seinen innen- und außenpolitischen Kurs abändern will. (SAD)

Taschenbuch

Medizin-Thriller

»Koma« von Robin Cook

In einer renommierten Universitätsklinik an der amerikanischen Ostküste wachen alarmierend viele junge Patienten nach Routine-Operationen nicht mehr aus der Narkose auf und sterben nach wochenlangen Koma. Kunstfehler? Eine unbekannte Krankheit? Sabotage? Eine couragierte Medizinstudentin geht der Sache nach und gerät in Lebensgefahr, als



»Koma« wurde mit Michael Douglas und Richard Widmark erfolgreich verfilmt. Robin Cook/Koma/20655/DM 9.80

Der Witwendampfer

Die große russische Erzählerin Irina Gekowa in der Reihe »Die Frau in der Literatur«

Pünkt alleinstehende Frauen und einen kleinen Jungen hat das Schicksal 1945 in einer Moskauer Wohnung, ironisch »Witwendampfer« genannt, zusammengeführt. Kein schöner weicher Dampfer sondern ein graues Alltags-schiff, auf dem die Frau das Überleben probiert. Die Chronistin und Ich-Erzählerin Olga, eine Pianistin hat sich auf dem »Witwendampfer« eingerichtet. Sie sieht alles, verurteilt nicht und bleibt doch einsam und auf Distanz bedacht.



Ein Buch, das als intensiver Ich-Bericht beginnt und als fast atavisch anmutender Autor-Sohn-Konflikt endet, und doch in wunderbarer Stimmigkeit die Wirklichkeit wiedergibt: das Moskau der verlassenen Frauen und Kinder... Helen von Sachne in ihrem Nachwort. I. Gekowa/»Der Witwendampfer«/30185/DM 9.80

Lob aus dem Buckingham-Palast

»Ich freue mich, daß der Naturschutz in Ihrem Roman eine Rolle spielt und bin überzeugt, daß dies der richtige Weg ist, viele Menschen mit dem Thema zu konfrontieren. Ich hoffe, daß Ihr Buch ein großer Erfolg wird.« Das schrieb Prinz Philip, Herzog von

Edinburgh, an Lothar Fichtel, den Autor von »Tiefenrausch«, einem packenden Taucherman um die Erhaltung der Unterwasserwelt Sardiniens. Lothar Fichtel/Tiefenrausch/20653/DM 8.80/Originalausgabe

Hintergründiges

Jeffrey Archer als brillanter Erzähler

Mit seinen Romanen »Kain und Abel« (Ullstein Taschenbuch 20406) und »Abels Tochter« (Ullstein Taschenbuch 20586) eroberte Jeffrey Archer die Spitzenplätze der Bestsellerlisten in aller Welt. Jetzt können ihn seine Leser als brillanten Geschichtenerzähler kennenlernen. Mit hintergründigem Humor beobachtet er die kleinen Schwächen seiner Mitmenschen und steuert auf grandiose Pointen zu. »Stilvoll, witzig und immer unterhaltsam – eine höchst angenehme Überraschung«, schrieb The Times über »Die chinesische Statue«. Jeffrey Archer/Die chinesische Statue/20670/DM 7.80

Die Nachtseite unseres Lebens



Neues aus dem Schlaf- und Traumforschung

Ein Drittel unseres Lebens schlafen wir. Was geschieht in dieser Zeit? Warum müssen wir schlafen? Und warum nicht? Welche Arten von Schlaf gibt es? Warum kann man nicht auf Vorrat schlafen? Wie kommt es zu Schlafstörungen? Was bewirken

Der Mann, der die Freiheitsstatue verkaufte



Berühmte Hochstapler und ihre genialen Tricks

Ein Mann namens Arthur Fergusson vermietete 1925 einem Viehzüchter das Weiße Haus. Zuvor hatte er die Nelson-Säule auf dem Londoner Trafalgar Square an einen US-Touristen »verkauft« und gegen 2000 Pfund Vorschuß den Buckingham-Palast verpachtet. Als er einem Australier die Freiheitsstatue im New Yorker Hafen andrehen wollte, wurde er geschleppt... Egon Larsen stellt in seinem Buch die Elite der Gaunerverwelt vor – siebenzehn berühmte Hochstapler, denen es dank ihrer Intelligenz und Phantasie gelang, Egoismus, Machtgier und Eitelkeit ihrer Mitmenschen in bar Münzen zu verwandeln. Siebzehn unglaubliche, aber wahre Geschichten. Und höchst amüsant zu lesen. Egon Larsen/Hochstapler/34344/DM 12.80

Als Ullstein Taschenbuch wieder lieferbar:

Erich Maria Remarque/Im Westen nichts Neues/56/DM 8.80

Krimis

Unterground-Krimi

Die Unschuld schützen, das Böse vernichten. Kein Beamter des Police Department von Los Angeles pflegt diesen Ehrenkodex so leidenschaftlich wie der irischstämmige Sergeant Lloyd Hopkins. Er hat seine Gründe. Die hat der Mann, der seine »Dichter« nennt, eben. Er schützt die Unschuld – auf seine Weise: indem er sie tötet. Eines Tages kreuzen sich die Wege der beiden Männer. Und unter dem blutigen Mond von Hollywood beginnt eine Menschenjagd, die in Alptraum, Delirium und Irrsinn mündet. Gleich mit seinem literarischen Debüt »Grabsang« (Ullstein Krimi 10359) empfahl sich der 1948 in Los Angeles geborene James Ellroy als einer der faszinierendsten Kriminalautoren der amerikanischen Literatur. »Blut auf dem Mond« ist der Auftakt einer Serie um den Polizeibeamten Lloyd Hopkins. James Ellroy/Blut auf dem Mond/10374/DM 9.80/Deutsche Erstausgabe

Ein neuer Fall für Dr. Audley

»Interessant«, war das letzte Wort des jungen Alan Jenkins, bevor ihn eine Autobombe in Stücke reißt. Was hatte Jenkins, der Benjamin einer Stabsabteilung des britischen Geheimdienstes, gesehen? Dr. Audley und seine Mitarbeiter stehen vor einer kniffligen Aufgabe: als sie den Tod des jungen Kollegen untersuchen sollen. Die Spur führt den Nahost und zurück in die letzten Stunden des israelisch-ägyptischen Sechstagekriegs. Anthony Price ist Historiker und Herausgeber der renommierten Oxford Times. Seine raffiniert-ausgetüftelten Polit-Thriller wurden in England mit den höchsten Krimi-Preisen ausgezeichnet. Anthony Price/Hinterhalt/10372/DM 8.80/Deutsche Erstausgabe

Warum Waage und Zwilling die Welt zum Kreisel bringen

»Sag mir dein Sternzeichen, und ich sage dir, wie du liebst«

Warum ist der Skorpion eifersüchtig, der Krebs so empfindsam und der Steinbock eigensinnig? Warum sollten Fisch und Löwe ihr Lager besser nicht teilen? Warum hat der Wassermann Angst vor Gefühlen, und warum sucht die Schütze-Frau immer einen Märchenprinzen? Wenn man suchen und wenn man lieber nicht sollte – das verrät dieser ebenso gescheite wie vergnügliche Astro-Ratgeber (mit Aszendenzentabellen). Denn Sternstunden der Liebe können täuschen, die Sternzeichen jedoch nicht, behauptet die bekannte Astrologin und Psychoanalytikerin Liz Greene. Liz Greene/Sag mit dein Sternzeichen, und ich sage dir, wie du liebst/34342/DM 9.80

Die Neuen auf einen Blick

Archer, Die chinesische Statue	7.80	Roman	20670
Cook, Koma	9.80	Roman	20655
James, Tagebuch eines Schriftstellers	16.80	Literatur	20657
Wolfe, Die Helden der Nation	9.80	Roman	20654
Yglesias, Agonia	9.80	Roman	20658
Searis, Über Bord	8.80	Maritim	20658
London, Der Wolf von Wallstreet	6.80	Abenteuer	21025
Gekowa, Der Witwendampfer	9.80	Die Frau in der Literatur	30185
Nicolai, Leben und Meinungen des Herrn Magisters Sebalduz Nothanker	19.80	Werkausgaben	37051
de la Bretonne, Der fliegende Mensch (DE)	19.80	Materialien	35244
Born (Hrsg.), Albert Einstein – Max Born Briefwechsel 1916–1955	12.80	Sachbuch	34345
Greene, Sag mir dein Sternzeichen, und ich sage dir, wie du liebst	9.80	Astrologie	34342
Larsen, Hochstapler	12.80	Sachbuch	34344
Zimmer, Schlafen und Träumen	9.80	Sachbuch	34343
Brustat-Naval, Ali Crème: U 333	9.80	Zeitgeschichte	33074
Pukallus/Brandhorst, Die Renegatin von Akasha (OA)	9.80	Science Fiction	31130
Ellroy, Blut auf dem Mond (DE)	9.80	Krimi	10374
Hitchcocks Kriminalmagazin Band 186 (DE)	6.80	Krimi	10375
Howard, Der Tod prüft die Rechnung (DE)	7.80	Krimi	10373
Melville, Ein alter Samurai (DE)	7.80	Krimi	10379
Munro, Eine Karte aus Kutsch	6.80	Krimi	10385
Price, Hinterhalt	8.80	Krimi	10372

Vom Berliner Gastspiel seines Wagner-Ensembles erhoffte sich Impresario Neumann volle Kassen und ein starkes publizistisches Echo. Beides bekam er: Die Leute saßen vor dem Victoria-Theater auf den Bäumen, um den Kaiser und den Komponisten Richard Wagner vorzuführen zu sehen; der Jubel war unbeschreiblich.

Von KLAUS GEITEL

Es kam nicht zum Feuer. Die 25-jährige, aus der bayerischen Provinz stammende Tochter eines Metzgers, der in der Reichshauptstadt zuletzt als Leinwandhändler tätig war, sprang Therese Vogls auf dem Rücken ihres erzbayerischen Roßes aus dem Fenster des Berliner Hofes. Kurz vor der Abreise nach Bayern, in die sie im Sommer 1897 zu ihrer Verlobten in die Reichshauptstadt zog, hatte sie sich trotz ihres niedrigen sozialen Status in der Hauptstadt niedergelassen und warb um die Aufmerksamkeit der Berliner Gesellschaft. Sie war eine junge Frau, die sich auf dem Weg zum Erfolg befand. Sie hatte sich in der Hauptstadt niedergelassen und warb um die Aufmerksamkeit der Berliner Gesellschaft. Sie war eine junge Frau, die sich auf dem Weg zum Erfolg befand. Sie hatte sich in der Hauptstadt niedergelassen und warb um die Aufmerksamkeit der Berliner Gesellschaft. Sie war eine junge Frau, die sich auf dem Weg zum Erfolg befand.

Aber auch die Dampferzeugung für den Feuerzauber erwies sich im letzten Augenblick als hochproblematisch. Die Feuerwehr, an der Spitze Oberbranddirektor Major von Witte, verlangte kategorisch die Entfernung des dampferzeugenden Lokomobils vom Theaterhof.

Angelo Neumann kannte seine Pappenheimer

Was Brünnhilde sich so sehr von Gottvater gewünscht hatte und was er ihr endlich auch zugestand, den schirmenden Feuerkranz, ihn trat der Majorsstiefel nach Vorschrift nieder, und nur die glückliche Tatsache, daß dicht neben dem Theater, wie es sich im Grunde gehört, eine Spritfabrik stand und sich deren Dämpfe ohne allzu große Umstände auf die Victoria-Bühne leiten ließen, beraubte Neumann nicht des zweiten großen, ganz und gar unentbehrlichen Theatereffekts.

Es muß gesagt sein: Angelo Neumann kannte seine Pappenheimer. Er wußte um die Schaulust des Publikums. Schließlich war er noch mit Meyerbeers theatralischer Opulenz großgeworden. Er hatte ihre Effekte genossen, ihre Wirkung erkannt. Er wollte sie nicht entbehren. Aus ihnen zog er sozusagen seine einzige Sub-

Denn das darf man natürlich auch nicht vergessen: Neumanns Unternehmungen speisten sich aus seiner Privatschatulle. Kein Staat sprang ihm finanziell bei. Er fabrizierte das Musikdrama Wagners auf eigene Kosten und eigenes Risiko und mußte darüber wachen, daß es zumindest für ihn selbst nicht zum Drama wurde. Was also dazu beitragen konnte, den Erfolg zu sichern, den Bankrott abzuwenden, ob Feuersprünge, Wunderperle, Feuerzauber oder gebildete Majestäten, das mußte her, möglichst einschließliche Richard Wagners.

Der hatte denn auch seine Teilnah-

me an den „Nibelungentagen“ Berlins fest versprochen, und dies Versprechen hielt er. Noch nach Jahrzehnten zeigte sich Neumann bewegt von den Berliner Nibelungentagen, „von denen man sich heute kaum mehr eine angemessene Vorstellung machen kann“.

Er schreibt: „Schon die Auffahrt zum Theater bot ein seltenes Schauspiel. Unter den Linden, vom kaiserlichen und kronprinzlichen Palais angefangen, bildete das Publikum ein dichtes Spalier, aus den Fenstern blickten Tausende von Augen auf das Gewühl, in welchem berittene Schutzleute unter persönlicher Überwachung des Polizeipräsidenten von Madai die Ordnung aufrechterhielten. Sogar in den Kronen der Bäume waren Zuschauer, die Mitglieder des Hofes wurden in ihren Karossen herzlich begrüßt, und die Jubel erreichte seinen Höhepunkt, als Wagner an der Seite seiner Frau mit der Gräfin Schleinitz in seinem Wagen sichtbar wurde.“

Überaus glänzend war dann der Anblick des bis zum Dachstuhl gefüllten Theatersaals. Der Hof und ganz Berlin schien sich ein Stelldichein gegeben zu haben. Ich erwähne besonders Seine kaiserl. Hoheit, den damaligen Kronprinzen, späteren Kaiser Friedrich, Kronprinzessin Victoria, Prinzern Wilhelm, den gegenwärtigen Kaiser mit seiner Gemahlin, das Erbprinzenpaar von Meiningen, den Hofmarschall Grafen Eulenburg, die Grafen Dankelmann und Perponcher mit ihren Gemahlinnen, die Fürstin Bismarck, Grafen Wilhelm Bismarck, Grafen und Gräfin Rantzau, die Fürsten Radziwill, Hohenzollern, Ratibor, den Minister von Puttkammer, Delbrück, Grafen Redern. Die Berichterstatter sämtlicher Berliner sowie der großen auswärtigen Blätter waren anwesend. Kaum hatte Wagner seine Loge, die fünfte im ersten Rang auf der rechten Seite, betreten, als das Publikum ihn stürmisch begrüßte.

Es muß ein großer Tag für Neumann gewesen sein, ein größerer vielleicht noch als für Richard Wagner, trotz aller Ovationen, die man dem Meister darbrachte. „Das Publikum ruht nicht mehr“, schreibt Neumann, „bis der Meister selbst, dem allgemeinen Drängen endlich nachgebend, auf der Bühne erschien. Im schwarzen Gehrock, darüber einen grauen Sommerüberzieher und einen Cylinderhut in der Hand stand er zwischen Fricka, Wotan und Loge. Das Orchester blies einen Tusch, aus allen Rängen erbrausten Hochrufe und wehten Trüben.“

Cosima merkt allerdings später an: „Der gute Direktor konnte gar nicht verstehen, daß R. sich gar nichts aus dem Besuch des Ringes seitens des

Kaisers und der k. Familie machte.“ Das hatte denn auch zu guter Letzt zu einem Affront geführt, der die glückliche Geschäftsverbindung zwischen

Kaisers und der k. Familie machte.“ Das hatte denn auch zu guter Letzt zu einem Affront geführt, der die glückliche Geschäftsverbindung zwischen dem Komponisten und dem Theaterdirektor beinahe für immer zersprengte.

Wagner war mit der Großfamilie, alle vier Töchter, Gattin und Sohn an Deck, zum vierten Zyklus noch einmal nach Berlin zurückgekehrt. Wiederholt hatte der fünfundsachtzigjährige Kaiser die ja nicht gerade kurzweiligen Vorstellungen aus nationalen, mehr denn als aus musikalischen Gründen besucht (sein alter Kopf verstand sich auf Wagners verlockende Künste nur schlecht), und hatte zum Abschluß der Aufführungsserie sein Kommen abermals zugesagt.

Neumann hatte eine würdige Abschlussfeier des Gastspiels vorbereitet. „Während aus dem Zuschauerraum durch den einstweilen gefallenen Vorhang hindurch der Jubel des Publikums zu uns brauste, hatten sich sämtliche Mitwirkende auf der Bühne versammelt und nahmen Wagner in ihre Mitte, dann teilte sich wieder der Herrscher, Vorkämpfer und

der der Vorhang. Ich... begann meine Ansprache: „Gestatten Sie mir in diesem bedeutungsvollen Augenblick, in welchem wir das großartige Werk, welches uns seit einem Monat an dieser Stelle vereinigt hat, abschließen, meinen tiefgefühlten Dank allen denen aussprechen, welche zum schönen Gelingen mitgewirkt haben. Dank zunächst den erhabenen Mitgliedern unseres Kaiserhauses -“

Richard Wagner
bei einer Orchesterprobe in
Bayreuth. Gezeichnet
von Adolph Menzel.

chen, als Richard Wagner sich drehte und die Bühne verlassen war, als ob man einen kalten Wuststrahl in unsere lodernde Begier und Festesfreude gegossen te. Da stand das Ehepaar Vogl dem mächtigen Lorbeerkranz, den Wagner bestimmt war, das ständige Mitwirkenden aus der „Göttermerung“ im Kostüm, und die an diesem Abend nichtbeschäftigten Mitglieder des Ringesambles in Kleidung, das standen wir alle tiefer und verstümmt.“

Es war eine Verstimmung, nicht so schnell weichen wollte zuletzt konnte Neumann nicht auf ein wirkliches Unwohlsein Wagners eingehen, und Cosimas Tagebücher geben dieser Ansicht wohl recht.

Freilich – verewigen ließ sich
manns Groll nicht. Die vielfäh
Geschäfte zwischen Wagner und
ließen kein andauerndes Schwe
zu. Es blockierte die in Schwun
kommenen Unternehmungen be
Zu ihnen gehörten Gastspiele
Neumanns *Nibelungen-Theater*
Paris und London, und jene in M
waren besonders heikel, obwohl
dort nur mit „Lohengrin“ zu ga
ren gedachte.

Gleich zu Beginn der Verhandlungen stieß Neumann auf den Widerstand des Verlegers Durand, unterstütt von Charles Lamoureux, dem Orchesterleiter, der steif und fest behauptete, das alleinige Aufführungsrecht für Frankreich an „Lobengrin“ zu besitzen und Neumann drohen verkündete: „Sie werden in Frankreich keinen französischen Richter finden, der einem Franzosen eine Deutschen gegenüber unrecht geben wird.“

Seit zehn Jahren war der deutsche
französische Krieg beendet, aber ver-
gessen war er noch lange nicht. Da-
solle Neumann deutlich zu spüren
bekommen. Obwohl der deutsche
Botschafter in Paris, Fritz Hohenlohe
von, vom Präsidenten Grévy und allen
Ministern Unbedenkenkeits-
scheinungen die Fülle bekommen
hatte, das Gastspiel wäre hochwül-
kommen. Neumann und seine Kün-
der hätten nichts zu befürchten, we-
detete sich die Presse sehr rasch gegen
das deutsche Projekt. Es ging in a
Strudel von Chauvinismus in
wahren Sinne des Wortes sang- und

Die kostspielige Pariser „Lohengrin“-Ausstattung nahm Neumann mit sich nach Leipzig. Die Anzahlung von fünfzehntausend Franc auf die Theatermiete verlief. Nach weitere sechs zehn Jahre mußten vergehen, bis sie erneut eine deutsche Musikkarawane auf den Weg nach Paris machte, geleitet diesmal von Angelo Neumann. Entdeckung: Arthur Nikisch. Altes Chef der Berliner Philharmoniker.

führte er 1897, ein Vierteljahrhundert nach Kriegsschluß, seine Musiker in Paris vor. Aber noch immer fürchtete der Polizeipräsident, der kleine Zusatz „de Berlin“ unter dem Orchester-namen könne Krawalle hervorrufen. Sie blieben aus.

Zu künstlerischen Auseinandersetzungen kam es dagegen in London. Trotz aller Warnungen Neumanns hatte Wagner gleichzeitig mit ihm den Hamburgischen Theaterdirektor Bernhard Pollini (den vormaligen Baden-Pohl) mit Hans Richter als musikalischem Leiter autorisiert, in London Wagner-Aufführungen zu veranstalten. Neumann, der nur die Aufführungsrechte am „Ring“ besaß, sah sich der demkbar ärgsten Konkurrenz ausgesetzt. Aber auch sonst stand es ungünstig um sein Gastspiel. Verschiedentlich war er an einigen engsten Vertragspartnern geraten, kaum weniger legendär als er selbst, aber weit weniger honorig: den serbischen Hofkapellmeister Colonel James Henry Mapleson, den wenige Jahre, bevor Neumann sein Theater auf die Beine brachte, mit einer eigenen Company Amerika von Kiste zu Kiste bereist hatte – eine der spektakulärsten Kunstkarawanen aller Zeiten, eine Zirkustournee des Schöbessings.

Mapleson war, als Neumann in London einfiel, um das für den „Ring“ angemietete „Her Majesty's Theatre“ zu beziehen, gerade wieder einmal schlecht bei Kasse gewesen. Er hatte die Pacht nicht bezahlt und alle Verträge rundum platzen lassen. Neumann sah sich an der Thesme mit seinem Fundus gestrandet: ohne Orchester (das Mapleson zu stellen versprochen hatte), ohne Chor für die „Götterdämmerung“, ohne jedes administrative oder fachtechnische Personal, in einem unbeheizten, unbeleuchteten Theater. Eine aussichtslos Situation. Dabei sollte in genau einem Monat nach Neumanns Ankunft der Vorhang über der Tetralogie hochgehen, und planmäßig am 5. Mai 1882 ging er auch hoch.

Herman Klein, der englische Musikkritiker und Stimmfetischist, ein Porträtist viktorianischer Singkünstler wie wenige, hat darüber berichtet. „Am Eröffnungsabend“, schreibt Klein, „war jedermann in tiefer Erregung - und von ungewöhnlicher Pünktlichkeit noch dazu. Man konnte eine Stecknadel fallen hören, als die Lichter erloschen.“

Bevor es soweit war, hatte Neumann allerdings ganz andere Eisen als ausgerechnet Stecknadel benutzen müssen, das kelternde Unternehmen über Wasser zu halten. Telegrafisch engagierte er das Laube'sche Orchester und ließ es unter Antonio Seidl in Hamburg proben. Er beuerte den Chor des Kölner Stadttheaters an. Wen er freilich auf diesem Wege nicht verpflichten konnte, das war der Prince of Wales, Regent über alle höhere (und niedere) Vergnügen der Gesellschaft in London.

Den Weg zu Bertie bahnte Neumann eine Empfehlung des deutschen Kronprinzen. Das war noch verhältnismäßig einfach gewesen. Schwerer schon war es, in den Dienstverpflichtungen vollgestopften Terminkalender seiner Hohheit einzubrechen (der Prinz von Wales war ein leidenschaftlicher Theaterbesucher) aber ein noch leidenschaftlicherer Esser) und ihm gleich vier Abende auszuspannen unter der Drohung, sonst würde das Gastspiel mangels gesellschaftlicher Anziehungskraft unweigerlich scheitern.

Der gute Prinz hatte ein Einsehen. Statt wie sonst mit Gänseleier, Champagner und Trauen stopfte er seine Abende geduldig mit Wagnern voll. Bei von sechzehn Aufführungen (und nicht nur bei vielen) war er in Neumanns Theater zu Gast, eine Auszeichnung, die sicherlich dazu beitrug, den Rivalen Pollini in die finanzielle Pfote zu jagen. Neumanns frühe Warnung vor einem künstlerischen Konkurrenzkampf auf dem schwergängigen Wagner-Terrain, hatte sich traurig bewahrheitet. Das sah am Ende selbst der Meister in Bayreuth ein. Die Zeche hatte noch jahrelang Pollini zu zahlen.

Immerhin gab das unfreiwillige Doppelgasspiel von Pollini und Neumann in London Herman Klem, dem Chronisten, Gelegenheit, die führenden Wagner-Sänger der Zeit vor seinem kritischen Ohr Revue passieren zu lassen. Denn während fast alle seine Kollegen sich naturgemäß in ihren Beschreibungen einzig auf die musikalische Novität stützten, der Musik stärker als ihrer Interpretation ihre Aufmerksamkeit zuwendeten, genöß Klem offensichtlich die Begegnung mit Neumanns Superstars wie Therese Vogl und Hedwig Reicher-Kindermann aus der Pollinischen Erbinasse an Sängerinnen übernahm Neumann später Amalia Materna und Marianne Brandt.

Was Klein an Theresе Vogl als Brunnhilde am meisten bewunderte, war ihre mühelose Tongebung, ihre elegante Phrasierung und Diktion, getragen von einer eher leichten Sopranstimme von ungewöhnlicher Reinheit und Leuchtkraft im Kopfstärke. Sie erschien Klein als hervorragende Exponentin einer deklamatorischen Singmethode, die bis dahin in England nahezu unbekannt war.

Die Reicher-Kindermann hörte Klein zunächst als Fricka und trauerte ihrem Abgang nach der großen Auseinandersetzung mit Wotan im zweiten Akt der „Walküre“ lebhaft nach – im Wissen, er würde sie an diesem Abend nun nicht wiederhören: ein Gefühl, das den Hörer heuteztage eher selten beschleicht. Die Reicher-Kindermann wurde nach dem Ausscheiden der Vogl geradezu zur Gaijónsfigur des „Wandernden Richard Wagner-Theaters“. Sie wurde jedoch auch sein Opfer. Kurz vor Abschluss der Tournee starb sie, erst neunundzwanzigjährig, in Triest.

Glücksritterhaft wie auf der Popszene

Mapieson, dem Hallodri, der Neumann zu Beginn des Gastspiels so arg hatte aufzufauchen, begegnete der brave Direktor ein einziges Mal in der ganzen Zeit. Als wäre nichts geschehen, kam er eines schönen Tages mitten in eine Probe geschlendert, die Unschuld in Person, gratulierte Neumann unumwunden zum künstlerischen Überleben, lud ihn zum Frühstück und verschwand auf Nummerwiedersehen. Von den 2600 englischen Pfunden, die er Neumann schuldet, sah der Deutsche nach vielen Jahren ganze 15 Pfund wieder.

Im Show-Geschäft selbst heroischen Zuschnitts und hohen musikalischen Anspruchs ging es glücksritterhaft zu wie heuteutage nur auf der Pop-Szene. Man konnte im Handumdrehen ein Vermögen machen. Man konnte es genauso schnell wieder verlieren. Eins jedoch spricht für die Impresarios: Zu dauerhaften Reservenvermögen wie ihre Interpreten, denen sie astronomische Gagen zu zahlen hatten, hat es kaum ein Veranstalter je gebracht. Therese und Heinrich Vogl dagegen sangen sich in aller Unschuld ein Rittergut mit achtundvierzig bayerischen Bauern zusammen. Siegfrieds Schwert jedenfalls schnitt sich verlässlich das happigste Stück aus der Torte heraus.

Nach London wurde es ernst. Neumann schloß die Verträge zur Gründung seines Wandertheaters: dieser Verkündigungsreise des „Ring“ kreuzte er die Welt. Er ging nach Ostpreußen und quer durch Europa. Sie nahm am 1. September 1882 ihren Ausgang in Breslau und endete am 5. Juni des Folgejahrs in Graz. Damit war der „Ring“ dem Opernrepertoire ein für allemal eingemeldet. Aber unter welchen Krisen, Krämpfen und Abenteuern. Hinter den Kulissen des Großvergnügens regierte Neumann mit Zuckerbrod und Peitsche: ein unerwüdlicher Nibelungen-Dompteur.

Freitag in der WELT

Die deutsche Theaterwelt sah Neumanns Unternehmen beinahe mit erschrockenen Augen – Für ein Butterbrot vertrieb man das Aufführungsmaterial – Die Nachricht vom Tod Wagners

taschenbuch magazin

Heft 3/'86 des „taschenbuch magazins“
ist erschienen – mit aktuellen Informationen über
alle wichtigen Neuerscheinungen der deutschen
Taschenbuch-Verlage, auf 68 Seiten, mit mehr
als 200 Abbildungen, durchgehend vierfarbig
gedruckt. Kostenlos bei Ihrem Buchhändler oder
anfordern bei
Harenberg Kommunikation,
Postfach 1305, 4600 Dortmund 1.

Kostenlos im Buchhandel!

The image shows the cover of the 'taschenbuch magazin', issue 3 from 1986. The cover is tilted and features a black and white photograph of a person, possibly a musician, with the text 'taschenbuch magazin' at the top and 'Kitty Chan SHOGUN' below it. The magazine is shown at an angle, giving it a three-dimensional appearance.

**Büro-Service
in Saarbrücken**
Fordern Sie unser Dienstleistungsangebot.
06 81 / 3 09 09 30

Sylt/Keitum
2- u. 3-Zimmer-Wohnungen, ab 23. 8.
nach Termine frei.

GB App.-Vermietg. 046 SL 70 25

Geben Sie bitte
die Vorwahl-Nummer mit an,
wenn Sie in Ihrer Anzeige
eine Telefon-Nummer nennen

Übrigens, sind lieb.
Aber unberechenbar.
Autofahrer sind deshalb
voller Vorsicht, Rücksicht
und Nachsicht.

IHRE VERKEHRSSIGNE WACHT
Wir sorgen für helle Köpfe im Verkehr.

Die Einbrecher
freuen sich, wenn Sie in Urlaub fahren ...
Lassen Sie noch jetzt Ihre Rolläden auf
zugelassenen Elektrotreibern un-
verrissen. Montage: staubfrei in ca. 15 min.
PRACK
4330 Mülheim / Ruhr-Saarn
Alte Straße 19. Ecke Saarnsee Str.
Telefon: 0899/42275-0



**Leiter im
Leitungsbau**

Richtungsbau im Rohrgebiet. Systeme für
Kraftwerke, Chemie, Wärme, Gas und
Wasser zu planen, zu liefern und zu montie-
ren gehört zum Programm eines namhaften
international arbeitenden Unternehmens.
Von den 600 Mitarbeitern werden die 200
der Montageberufs und die 30 der Pro-
jektierung auf ihre neuen Arbeitsgebiete, die
die jetzigen Stelleninhaber in Berlin gehen
sollen.
Wenn Sie Diplomingenieur sind, stehen
Ihnen hier zwei Türen offen.
Diese und viele andere Interessante Stellen-
angebote finden Sie am Samstag, 16. August
im großen Stellenanzeiger der WELT.
Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen.
Kommen Sie sich die WELT Nächsten
Samstag. Jeden Samstag.

[illegible]

Bundestag überprüft, ob NS-Opfer ausreichend entschädigt worden sind

Bonn hat bisher 74,2 Milliarden Mark gezahlt / Trotzdem weitere Forderungen

EBERHARD NITSCHKE, Bonn
Nach Zahlung von 74,2 Milliarden Mark für Wiedergutmachungsleistungen der Bundesrepublik Deutschland an Opfer des Nationalsozialismus wird im Spätherbst im Bundestag, auch im Hinblick auf die erreichten 91 Milliarden Mark Zahlungen im Jahr 2000, eine große Debatte zur Wiedergutmachung stattfinden.

Ausgelöst haben sie ein Antrag der Grünen zur Entschädigung für Zwangsarbeit während der NS-Zeit und ein anderer Antrag dieser Partei zur Regelung einer angemessenen Versorgung für alle Opfer nationalsozialistischer Verfolgung. Im Gegenzug zu den hier aufgestellten Forderungen haben alle anderen im Bundestag vertretenen Parteien die Bundesregierung aufgefordert, bis zum 1. November einen Bericht über den Stand der 1956 begonnenen Wiedergutmachung zu geben, der erkennen lasse, wo es noch Härtefälle gibt und wo mögliche Gesetzeslücken Zahlungen an Berechtigte verhindern.

Kampf um Verbesserungen

Ursprünglich war die Bundesregierung nach Erlass des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG) im Jahre 1956 (zweite Fassung 1959) davon ausgegangen, daß die Entschädigungsgesetzgebung damit abgeschlossen sei. Durch die Durchführungsrichtlinien, ihren Abschluß gefunden hatte.

Die Verbände der NS-Opfer, so

wird es in den Berichten des Bundesfinanzministeriums aus dieser Zeit festgehalten, vor allem die „Claims Conference“, hätten zwar bis zum Schluß um eine Reihe von Verbesserungen gekämpft, hätten sich aber offensichtlich nach Ablehnung dieser weitgehenden Vorschläge mit dem Erreichten abgefunden. Wörtlich heißt es hier: „Das BEG wurde, so hatte es den Anschein, von allen Seiten als eine würdige und endgültige Gesamtregelung des Entschädigungskomplexes angesehen.“

Nach jetziger Sicht wird die Wiedergutmachung, nicht zuletzt durch neuere Forderungen von Sinti und Roma, Zwangssterilisierten, Zwangsarbeitern und anderen Opfern des Nationalsozialismus etwa um die Jahreshälfte 2000 abgeschlossen sein. Bereits im März dieses Jahres hatte der CDU-Bundestagsabgeordnete Helmut Sauer darauf hingewiesen, daß nach dem Bundesentschädigungsgesetz gegenwärtig etwa 2700 ehemalige polnische Zwangsarbeiter, die einer gegen die Menschenrechte verstoßenden Behandlung ausgesetzt waren, Entschädigungsrenten mit einem jährlichen Gesamtaufwand von rund 23 Millionen Mark erhalten. Damit beantwortete er die Forderung der Volksrepublik Polen, Opfer des NS-Gewaltregimes insgesamt Entschädigung zu zahlen, was laut der amtlichen Nachrichtenagentur PAP „Millionen von Polen“ gewesen seien. Wie Sauer sagte, wären dies bereits Reparationsforderungen, die nach

dem Londoner Schuldenabkommen von 1953 bis zu einem Friedensvertrag zurückgestellt sind.

Aufgrund der Informationen, die er mit dem bestellten Bericht der Bundesregierung erhält, will der Bundestag dann über die Frage diskutieren, ob die an alle Berechtigten bisher gezahlten Leistungen noch durch weitere ergänzt werden müssen.

Härtere Regelung

Zu den Antragstellern gehören nach Angaben des geschäftsführenden Vorsitzenden des Zentralrats der Sinti und Roma, Romani Rosa, rund 2000 über 60jährige Angehörige der Stämme, die man in der NS-Zeit als Zigeuner und Landfahrer diffamiert habe und die nach ihrer erlittenen Verfolgung eine menschenwürdige Altersversorgung haben müßten.

Eine besonders große Gruppe, für die noch Entschädigungssummen gezahlt werden sollen, ist die der zwischen 1933 und 1945 Zwangssterilisierten, von denen angeblich 95 000 nicht offiziell als Wiedergutmachungsberechtigte anerkannt wurden. Auch über die Leistungen an Euthanasiegeschädigte und deren Nachkommen soll die Bundesregierung die Abgeordneten informieren. Die Bundesregierung wird außerdem gebeten mitzuteilen, welche Gruppen von Verfolgten von der Entschädigung oder von der Zahlung aus Härtefonds ausgeschlossen blieben, beispielsweise Homosexuelle.

Miltner gegen Gummigeschosse

AP, Saarbrücken

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Karl Miltner, hat sich erneut gegen den Einsatz von Gummigeschossen und CS-Kampfgas in Bayern ausgesprochen. Miltner hat eine Einigung zwischen SPD und unionsregierten Ländern beim Gebrauch von Distanzwaffen abgelehnt. Der Forderung der saarländischen SPD, im Falle einer fortbestehenden Uneinigkeit die polizeiliche Amtshilfe, beispielsweise bei bundesweiten Großsicherungen, aufzukündigen, steht er kritisch gegenüber.

Lübeck fordert Hilfe für Werften

dpa, Lübeck

Die Lübecker Bürgerschaft hat das Land Schleswig-Holstein und den Bund aufgefordert, Sofortmaßnahmen zur Sicherung der drei Seerwerften der Hansestadt und der damit verbundenen Arbeitsplätze zu ergreifen. Der Plan des Werften-Koordinators Lausen, die produktiven Teile der Werften zu fusionieren, würde mehr als 1000 Arbeitsplätze vernichten und müsse deshalb verworfen werden. Es gelte, ein Programm zur Sicherung einer leistungsfähigen Werftenkapazität in Verbindung mit der Fachhochschule zu entwickeln.

SPD: Umweltrecht verschärfen

AP, Bonn

Die SPD hat ihre Absicht bekundet, den Umweltschutz ins Grundgesetz aufnehmen. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Alfred Emmerich kritisierte gestern das passive Verhalten von Bundesjustizminister Hans Engelhard, der die Warnungen von Wissenschaftlern ignoriert habe.

Es gelte diese Bagatelisierung entgegenzuwirken und dafür zu sorgen, daß die Strafverfolgung so intensiviert werde, daß die erforderliche Vorbeugung erreicht und das allgemeine Bewußtsein für umweltzerstörende Handlungen geschärft werde.

Johannes Rau mahnt Partei zu Geschlossenheit

AP, Bonn

Knapp zwei Wochen vor dem SPD-Parteitag hat Kanzlerkandidat Johannes Rau die Sozialdemokraten zur Geschlossenheit aufgefordert. „Laßt uns gemeinsam dafür sorgen, daß von Nürnberg ein Signal ausgeht“, unterstrich Rau gestern in einem Brief an die 30 000 Mandats- und Funktionsträger seiner Partei. Es müsse klarwerden, daß die SPD bei der Bundestagswahl am 25. Januar antrete, „um die Mehrheit für die Mehrheit unseres Volkes zu erringen“.

Nachdem Parteichef Willy Brandt und Bundesgeschäftsführer Peter Glotz überzogene Erwartungen gedämpft und 43 Prozent bereits als gutes Wahlergebnis bezeichnet hatten, gab sich der stellvertretende SPD-Vorsitzende auch nicht mehr so optimistisch wie bei früheren Gelegenheiten. Wenn es die Partei schaffe, die „Block- und Lagerstrategie“ der gegenwärtigen Bonner Koalition zu durchbrechen und „zu den wirklichen Themen vorzudringen“, könne es ihr gelingen, „Bewegung in die politische Landschaft zu bringen“.

Die „ganz große Mehrheit“ der Menschen wolle „konkrete, glaubwürdige, nach vorne weisende Antworten“ auf drängende Fragen wie die nach einer Energieversorgung ohne Atomstrom, der Gewährleistung einer lebenswerten Umwelt, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Verwirklichung von mehr Gerechtigkeit, schrieb Rau.

Moskau spricht von „Reagan-Rummel“

Abrüstungsexperten schweigen / SDI sei „heilige Kuh“

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau
Der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Gennadij Gerasimow, zeigt sich auf der in Moskau abzunehmenden Pressekonferenz nicht geneigt, Einzelheiten über die derzeit laufenden sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsverhandlungen, die in einem Vorort von Moskau stattfinden, preiszugeben.

Über diesen Punkt scheinen sich die internationalen Abrüstungsexperten von Ost und West zumindest einig: Konkretes dringt bisher nicht nachdraußen. Gerasimow stellte lediglich in Aussicht, daß vor dem geplanten Gipfeltreffen noch zwei weitere Expertengruppen stattfinden sollen: einmal über bilaterale Fragen und zwar in Washington, zum anderen sollen Fragen der regionalen Probleme wie Afghanistan, Südkorea und chemische Waffen diskutiert werden. Zum Thema „Vertraulichkeit“ meinte Gerasimow im übrigen spitz: „Wir haben keine Probleme damit, doch in Washington scheint es einige Lecker zu geben und die unterhöhlen das Vertrauen.“ Zur Frage der SDI-Pläne meinte der Sprecher, „SDI sei wohl eine heilige Kuh (sacred cow) für die USA.“ Er setzte hinzu: „Kein Cowboy möchte gern eine Kuh verlieren.“ Gerasimow betonte jedoch, daß die UdSSR keinerlei

SDI-Pläne habe. Zum Moratorium meinte der offizielle Sowjet-Sprecher: „Unsere Regierung denkt ernsthaft darüber nach.“ Er fügte jedoch hinzu, wenn wir jedoch den amerikanischen Stimmen lauschen, so laden diese uns geradezu wieder ein, unsere Versuche aufzunehmen.

Trotz aller Vertraulichkeit der beteiligten Fachleute, in den sowjetischen Medien reagiert man vehement. Der „Prawda“-Kommentator sprach von einem „beispiellosen Reagan-Rummel“, der die Schlüsselprobleme unberührt lasse, die mit einem Zustandekommen eines neuen Gipfeltreffens zusammenhängen. Nach den Informationen zu urteilen, die durchgesickert seien, könne man den Inhalt des Reagan-Briefes nicht als konstruktiven und entgegenkommenden Schritt werten, so die „Prawda“.

Die amerikanische Seite sei nicht nur bemüht, jeglichen Einschränkungen auszuweichen, die die geplanten SDI-Arbeiten behindern würden, sondern sei auch weiterhin bestrebt, sich eine einseitige militärische Überlegenheit zu sichern. Den härtesten Ton schlug der Kommentator der „Iswestija“ an: Er behauptete, der Reagan-Brief enthalte keinerlei Signal für irgendeine konstruktive politische Lösung.

Fischer lobt Hauff-Plan

Industrie: Kerntechnik weiterentwickeln, nicht aussteigen

DW, Hannover

Der SPD-Plan zum Ausstieg aus der Kerntechnik ist für die Grünen offenbar konsensfähig. Wenn es auch nach dem Nürnberger Parteitag der Sozialdemokraten bei den Vorschlägen, die SPD-Vorstandsmittglied Volker Hauff vorgeschlagen habe, „dann kann man damit arbeiten“, sagte Hessens Umweltminister

Joschka Fischer der „Hannoverschen Neuen Presse“. Das Papier, wonach der vollständige Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Atomkraft in weniger als zehn Jahren erreicht werden soll, biete „für Hessen eine gute Perspektive“.

Vertreter der Koalitionsparteien sowie die Industrie nannten die SPD-Vorschläge „unsensibel“. Die Oppositionspartei verschweige die tat-

sächlichen Folgen eines raschen Ausstiegs aus der Atomtechnologie, rügte CSU-Generalsekretär Gerold Tandler. Das Papier diene offenbar allein der Wahlkampfpromenade.

„Wer den Ausstieg aus der Kernenergie proklamiert und gleichzeitig die Umwelt entlasten, fossile Energieträger auf Dauer schonen und Beschäftigungsbrüche vermeiden will, verläßt den Boden der wirtschaftlichen Realität“, hieß es in einer Stellungnahme des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Die SPD erweise ihrem Hauptanliegen, der Verringerung des Risikos aus der Kernenergienutzung, einen „Bären dienst“. Mehr Sicherheit sei nur bei einer Weiterentwicklung dieser Technik, nicht aber bei ihrem Auslaufen zu erreichen.

State Department fürchtet nationale Sicherheitskrise

with, Washington

Die Vereinigten Staaten stehen vor einer „nationalen Sicherheitskrise“, warnte gestern der stellvertretende amerikanische Außenminister John Whitehead und machte dafür die radikalen Budgetkürzungen des Kongresses verantwortlich. „Die Wirkung dieser Kürzungen wird verheerende Folgen für unsere außenpolitischen Beziehungen haben. Eine pfennigfuchende Budgetpolitik in außen- und sicherheitspolitischen Angelegenheiten wird lediglich dazu beitragen, unsere Freunde zu verwirren und unsere Gegner zu ermüden“, sagte Whitehead. Die Fähigkeit der USA, ihre Führungsrolle in der Welt beizubehalten, sei durch diese Budgetpolitik in Gefahr geraten.

Der Kongreß hat im Rahmen seines Sparprogramms Kürzungen des Etats des State Department in Höhe von 27 Prozent vorgeschlagen. Die Etatforderung des Außenministeriums beträgt 22,8 Milliarden Dollar, das sind etwa zwei Prozent des amerikanischen Gesamthaushalts.

Wenn die Etatkürzungen des Kongresses Wirklichkeit werden, müßte das Hilfsprogramm für Länder der Dritten Welt, besonders aber für die Philippinen, erheblich reduziert werden. Da der Kongreß ausdrücklich festlegte, daß die Wirtschafts- und Militärausgaben für Israel und Ägypten von diesen Einsparungen nicht betroffen sein sollen, würden die amerikanischen Hilfsleistungen für andere Länder bis zu 50 Prozent reduziert werden müssen.

Zugleich würden die amerikanischen Anti-Rauschgift-Kampagnen in Südamerika und die humanitäre Hilfe für hungerleidende Länder in Afrika von diesen Maßnahmen ernsthaft betroffen. Außerdem müßten die amerikanischen Rundfunkstationen wie „Stimme Amerikas“ und „Radio Freies Europa“ ihre Programme einschränken.

Whitehead kündigte ferner an, daß diese Sparmaßnahmen des Kongresses die Entlassung von mindestens 1000 hauptamtlichen Angestellten und Diplomaten des State Departments und die Schließung von zwölf amerikanischen Botschaften und Konsulaten zur Folge haben würde. Außerdem sei das Anti-Terrorismusprogramm des State Department in Gefahr, das vorsieht, amerikanische Botschaften und Konsulate gegen Terrorangriffe sicherzustellen.

„Haufen und Haufen wunderbaren Mistes“ Guru stadtmüder Träumer

Jedes Ding hat seine Zeit und jede Kunst ihre Klientel. Nehmen wir nur mal John Seymour, den Agrosophen mit dem goldenen Händchen und dem grünen Daumen: Als alle Welt zu entdecken begann, daß das resoplene Zeitalter, unseres also, mit seinen Plastik-Dekorationen allen unbehaglich ausgetastet sei, da war er zur Stelle und entwarf dem unbehaarten Publikum Flugs eine Gartenlaube, staffiert mit Grundmustern aus Fauna und Flora, die dem ungestillten Verlangen der Zeitgenossen nach

Form vom Garten Eden (1) – NORM III um 1950 Uhr

Naturräuberei und bergender Höhle, nach dem Geruch von Erde und Gras, nach Kuh und Kuh entsprochen.

Der Schriftsteller John Seymour, wer überraschte dies noch, wurde ein reicher Mann. Von den siebziger Jahren an verbreiteten sich seine Bücher in der westlichen Welt rascher als seinerzeit Wasserläufer oder Kartoffelkäfer. Seymour hatte das richtige Gefühl, er wisse, was die Leute wirklich wollten. Er erwiderte, und er verstand es auch, seine Sache richtig zu verkaufen: Süßig-suggestive Titel („Das große Buch vom Leben auf dem Lande“ – Ein praktisches Handbuch für Realisten und Träumer oder „Selbstversorgung aus dem Garten“ – Wie man sich seinen Garten natürlich bestellt und gesunde Nahrung erntet) und Illustrationen voll altväterlichem Behagen transportierten plakativ die Bot-

schaft: Kauf Dir ein Stück Land und bebaue es! Immer die Natur als Ganzes sehen“, heißt es da, oder stets „ein Schwein im Stall und eins in der Speisekammer“ haben Seymour rät, „zu jeder Zeit das Gesetz der Wiederkehr“ zu beachten und sich eine Kuh anzuschaffen, denn die liefert dem Selbstversorger „Haufen und Haufen wunderbaren Mistes“.

Den meisten Mist hat wohl der Brit Seymour selber gebaut, dahin jedenfalls geht das Fachurteil. Sein Hornvieh, etwa, braucht dreimal so viel Grünland, wie Seymour vorgibt, und mit dem geschätzten Borstenvieh (Seymour: „Säubere den Boden mit deinen Schweinen“) lassen sich allenfalls moralische Tümpel erzeugen, aber keine bestellbaren Flächen. Die Kuh stünde gar, wenn man, seinem Rat folgend, nur einmal jährlich entmistet, am Ende dieser Zeit in einheimischen Metern Höhe über dem Freizeit-Landwirt auf Tonnen und Abertonnen „wunderbaren Mistes“.

Mäkelei, all dies, zugegeben; die Leute ficht derlei nicht an. Für jene, denen Seymours Hymne an den Humus und seine Ode an den Regenwurm so sechsenstimmig klingen wie das Horn von Eichendorffs Stilleben, ist er zum Guru stadtmüder Träumer geworden, der ihnen die Bilder einer fast schon versunkenen Welt kraft seiner Beschreibungskunst noch einmal herbeizurufen vermag: „Vergessene Künste – Bilder vom alten Handwerk“, auch so ein Seymour-Titel.



John Seymour, Autor von „The Book of the Garden“

illustriert diesen Nostalgie-Bezug. Wenn die Arbeit der Bauern so fremd ist und fern wie der Sirius, das Pflügen und Säen, das Rupfen und Zupfen, das Eggen und Ernten – der denkt bei solcher Lektüre zu allererst an Schwielen und Schweiß.

Seymour freilich, für seinen Teil, hat sich zeitlosen aus dem Staub gemacht. Seine Farm in Pembrokeshire läßt er von Adepten der Selbstversorgung bewirtschaften, die weil er auf den Plänen seiner eigenen frühen Manneszeit wandelt.

Damals war er auf Farmen und in Kuperminen Afrikas und Asiens zugezogen, während des Krieges Offizier der „African Rifles“ in Burma. Jetzt hat er für das Buch und die daraus abgeleitete zwölfteilige Fernsehreihe die letzten Paradiese besichtigt: „Fern vom Garten Eden“.

HORST STEIN

Die leere Tasche und das Drama damals in Berlin

Er habe sich an die Mauer gewöhnt, sagt der Kreuzberger Hauswart Müller, aber er habe sich nicht mit ihr abgefunden. Er bringt damit die ARD-Dokumentation auf eine knappe Formel. Das Gestein und das Heute wollen die Autoren des Films 25 Jahre später (ARD, 21.30 Uhr), Manfred Dziemballa und Frank Klink, gegenüberstellen.

In oft dramatischen Bildern werden Ereignisse aus dem Jahr des Mauerbaus gezeigt, Fluchtversuche oder der Handschlag zweier Frauen über den Stacheldraht hinweg. In die Dokumentarbilder hineingeschnitten wurden Interviews mit Flüchtlingen und Polizisten, mit einem ehemaligen Mitglied der „DDR“-Grenztruppen und mit Politikern. Brandt sagt rückblickend, er habe damals gehofft, daß alliierte Truppen eingreifen würden.

Mit seinen Kontrasten gelingt es dem Film trotz einiger Längen – etwa wenn noch auf die Geschichte der S-Bahn eingegangen wird – in Spannung zu halten. Er zeigt auch die traurige Normalität, zu der die Mauer geworden ist.

Am 13. August 1961 waren die Regierungen der drei Westmächte nicht erreichbar. Der damalige US-Gesandte in Berlin, Allan Lightner, der wiederholt mitgeteilt hatte, daß sich in Berlin etwas zusammenbraue, wartete vergeblich auf Reaktionen aus Washington. Die Autoren des ZDF-Zweiteilers (gestern und heute) Die Mauer (ZDF, 22.10 Uhr), Harald Schott und Guido Knopp, rekonstruieren die Ereignisse des Sommers 1961 und versuchen durch aktuelle Interviews Hintergründe nachzuzeichnen. Im Mittelpunkt steht, warum eine Reaktion der alliierten Westmächte so lange auf sich warten ließ.

Die Interviews werden ergänzt durch authentisches Filmmaterial und Spielszenen, die Auswirkungen auf die Menschen darstellen. Daß das Weiße Haus damals keinerlei Planung für einen solchen Notfall hatte, schildert ein Mitglied des Sonderstabs für Berlin im State Department heute so: Auf die Frage nach einem Notstandsplan wurde auf eine Aktentasche verwiesen. „Also habe ich hineingeguckt – und nichts war drin.“

Ex-Verteidigungsminister Strauß, der neben Baer, Mende und Carstens im ZDF befragt wird, verdeutlicht: „Gefühlsmäßig hätte es nahegelegen, mit Panzern der Mauerbau niederzuwalzen, aber wenn einmal geschossen wird, hat man das Ende nicht mehr unter Kontrolle.“

Beachtenswert sind auch die Gedankenprotokolle (ARD/ZDF, 11 Uhr) und die Gesprächsprotokolle Frieden mit der Mauer? (ZDF, 23.10 Uhr).

dpa/wa

STUDIO

Erneuerungen am Sender Bielefeld bei Wesel können bis Sommer 1987 zu schlechterem Empfang führen. Davon können die Gebiete bis Dinslaken, Essen, Becklinghausen, das westliche Münsterland sowie fast der gesamte linke Niederrhein bis Mönchengladbach im Süden betroffen sein. (Inw)

Auf der Mittelwelle 612 kHz ist ein derart starker Störsender zu hören, daß der gesamte Kanal unbrauchbar ist. Messungen haben ergeben, daß es sich um Störsender des Irak gegen Iran handelt. El J.

In chinesischen Fernsehern soll 1988 ein deutscher Sprachkurs gesendet werden. Die Deutsche Sprache steht in China an Beliebtheit an dritter Stelle, nach Englisch und Japanisch. (dpa)

KRITIK

Hinter den Bergen

Der westliche Trend der Landwirtschaft zur Agrarfabrik macht es interessant, einen Blick in eine sowjetische Kollektiv-Landwirtschaft zu werfen. Das taten ARD-Korrespondent Peter Bauer und Kameramann Manfred Romboy in Weißrussland, im Bezirk Niswierz, der vor dem Hitler-Stalin-Pakt 1939 zur Republik Polen gehörte hatte: Kolchose Neues Leben.

Es gab Bilder vom Leben, Wohnen und Arbeiten der Bauern zu sehen, und wenn als Extrazug der Sendung nicht mehr herauskommen sollte als die sympathisch aufbereitete Volksweisheit, daß „auch hinter den Bergen Menschen wohnen“, so ist sie

manch einem ihren Lohn wert. Wer indes dahinterblicken wollte, dem blieb der Blick verwehrt, wegen des Mißtrauens der Sowjets vor fremden Linsen und durch den fast sentimentalen Hang der Filmemacher zum nostalgischen Bild. Schwerer wiegt in-

des die Unzulänglichkeit der historischen Einschübe. Die Zwangskollektivierung in Filmsequenzen aus der (oder über die?) Stalinzeit genügt nicht, es hätte zumindest der Zusammenhang zwischen Kollektivierung und Industrialisierung angedeutet werden müssen: wenn Historie, dann komplett. Im übrigen waren die Felder, auf denen jetzt die tüchtigen Kolchosnikern ackern, damals noch außerhalb der Sowjetunion und damit auch außerhalb der sowjetischen Kollektiv-Experimente.

Daß der Blick sich dennoch geöffnet hat, war wohl mehr ein Verdienst des Kolchos-Chefs, der einem westlichen Manager mehr ähnelt als einem Parteifunktionär alten Stils. Die leise Hinwendung zu den kapitalistischen Leistungs-Lohn-Relationen machen offenbar auch beim Menschenbild nicht halt.

VALENTIN POLCUCHE

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Entzelter Kochbech	mun Kohl, der Regierende Bürger-
10.00 heute	meister von Berlin, Eberhard Diep-
10.05 Monitor	gen, und der SPD-Vorsitzende Wil-
10.10 Unschau	ly Brandt
11.00 25 Jahre Berliner Mauer	12.30 Unschau
Gedenkstunde im Reichstag	12.35 Tagesschau
Es sprechen Bundeskanzler Hel-	13.00 Tagesschau
14.00 Kometenkeise	15.00 heute
15.00 Unsere kleine Farm	15.05 Grüu, der kleine Drache
Der stumme Schrei	15.10 Ferienkaleender
15.10 Tagesschau	15.15 Mickey Trickparade
16.00 Die pazifische Herausforderung	16.20 Wasser der Elemente
Chips auf die Zukunft	17.00 heute / Aus dem Ländem
Von G. Pelletier und F. Pietgen	17.10 Teufel-Mysterie
Der pazifische Raum ist als neue	17.45 Robin Hood (1)
wirtschaftspolitisches und technolo-	Anschl.: heute-Schlagzeilen
gisches Machtzentrum entstan-	18.10 Lette am Mittwoch (A)
den. Beiderseits: Japan und die	18.20 Robin Hood (2)
USA. Zwischen beiden ist ein gi-	18.35 Lette am Mittwoch (B)
gantischer Wettlauf entbrannt.	19.00 heute
16.45 Deutschland?	19.30 Reed um die Arbeit
Ein Herz aus Gold	Neue Chancen durch neue Tech-
In stillen, einflussreichen Bildern	nologien
zeichnet der Film die Gefühle eines	20.15 Kometenbus D
sees zehnjährigen Mädchens	Themen: Umfragen zur Wiederver-
17.45 Tagesschau	einigung. Mangelhafte Kenntnis-
17.55 Regionalprogramme	se über die „DDR“, Interview mit
20.00 Tagesschau	Heinrich Albertz
20.10 Eine Rememory	21.00 Die Profis
Mit Hauptkommissar Trimmel	Das Ende einer Flucht
Reporter Lehtner ist einem Phar-	21.45 heute-Journal
ma-Mutti auf der Spur. Dann fliegt	22.10 Die Jäger
sein Wogen in die Luft.	Zweiteilige Dokumentation
21.30 heute	2. Entscheidung im August
Der 13. August 1961 und die Berli-	Von G. Knopp und H. Schott
ner Mauer	22.10 Frieden mit der Mauer?
Dokumentation von Manfred	Diskussion mit Valentin Falin (L. No-
Diebaldia und Frank Klink.	vost), Hermann von Barg (dam-
22.20 heute	als Mitarbeiter von „DDR“-Min-
22.30 Leichtathletik-Sportfest	isterpräsident Stoph), Eberhard
Ausschnitte aus Zürich	Diepgen (Berliner Bürgermeister),
0.00 Einsatz in Manhattan	John Komblum (US-Missionsschef
Ein Feuer auf Bestellung	in Berlin), Egon Bahr (SPD)
0.45 Tagesschau	Leitung: Guido Knopp
0.50 Nachschaukette	0.10 heute



Die amerikanische Börsenaufsichtsbehörde baut im Kampf gegen illegale Insidergeschäfte ein umfassendes System internationaler Zusammenarbeit auf. Besonders wertvolle Schützenhilfe erhält sie dabei von der Schweiz. So wurde jüngst ein Fall mit Hilfe der Eidgenossen abgeschlossen. Aber auch in Frankreich und der Bundesrepublik wird Insiderwissen ausgenutzt. So wurde beim Kauf des AEG-Pakets durch Daimler-Benz ein leichter Verstoß gegen die Regeln festgestellt. (S. 11)

WELTWIRTSCHAFT

Japan: Die Autoproduzenten haben sich nach Angaben aus der Industrie dazu bereit erklärt, 1986 höchstens zehn Prozent mehr Autos an die EG zu liefern.

China: Die ausländischen Vertragsnehmer des geplanten Wärmekraftwerkes in Shanghai sollen mit Inlandsprodukten bezahlt werden. Grund ist die Devisenknappheit.

Argentinien: Die erst ein Jahr alte Währung Austral wurde zum zwölften Male abgewertet. Weitere Abwertungen stehen bevor.

USA: Der einflussreiche Senator William Proxmire sagt eine galoppierende Inflation voraus. Die Notenbank werde bald „das Handtuch werfen“.

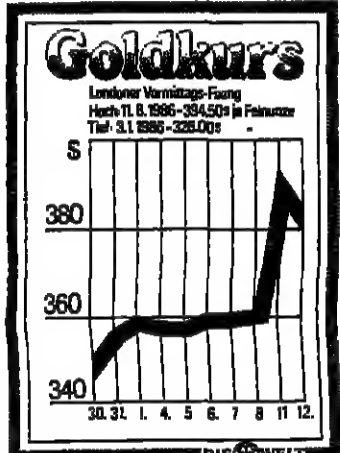
Japan: Die von dem deutlichen Kursanstieg des Yen gegenüber dem Dollar ausgelösten Insolvenzen haben mit 72 im Juli einen Höchststand erreicht.

China: Ende dieses Jahres soll ein Gesetz verabschiedet werden, das den Staatsunternehmen ermöglicht, Arbeiter zu entlassen, die gegen Vorschriften verstoßen.

FÜR DEN ANLEGER

Parma: Die Aktien des Sportartikelherstellers war gestern an der Börse der Star des Tages. Der Kurs sprang um 105 DM auf 1040 DM.

Weltbank: 5,5 Prozent Rendite sind für eine Anleihe über 250 Mill. sfr mit 15 Jahren Laufzeit vorgesehen.



Dollar: Durch Spekulationen über eine deutsche Diskontsenkung konnte sich die US-Währung in Frankfurt auf 2,0719 (2,0564) stabilisieren. Stabilisiert zeigte sich mit 3,075 (3,037) auch das Pfund Sterling.

Börse: Die Europäische Options-

börse plant die Einführung eines Finanzterminkontraktes in Amsterdam im vierten Quartal 1986.

Paris: Die Börse plant, weitere acht Aktien bis Ende des Monats in den variablen Handel aufzunehmen: Crouzet, Decis de France, Gascoigne, Ecco, Schneider, Hachette, Proust, und Europe. Bis Jahresende soll sich die Zahl der Aktien auf heute sieben auf 50 erhöht haben.

Devisenkonten: 16 japanische Trustbanken können Devisen-Treuhandlungen für Devisen für In- und Ausländer eröffnen.

Bundesbank: Den Kreditinstituten wurden bei der neuen Ausschreibung von Wertpapieremissionen bis zum Festzins von 4,35 Prozent 10,1 Mrd. DM für die Laufzeit von 28 Tagen zugeteilt.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 275,05 (274,57); Chemie: 157,88 (159,03); Elektro: 321,63 (320,64); Auto: 716,07 (712,90); Maschinenbau: 153,06 (155,05); Versorgung: 165,49 (163,30); Banken: 417,49 (421,20); Warenhäuser: 167,01 (167,40); Bauwirtschaft: 501,63 (504,71); Konsumgüter: 184,12 (184,35); Versicherung: 1470,16 (1447,95); Stahl: 180,79 (157,59).

Nachbörsen: Uneinheitlich.

MÄRKTE & POLITIK

Eigenheim: Im ersten Halbjahr wurden 70 309 Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern genehmigt. Die Zahl der neu zum Bau genehmigten Wohnungen insgesamt verminderte sich dagegen von 130 000 auf 114 000.

Messe: Zum ersten Mal findet in Frankfurt eine internationale Aktionsmesse statt, an der vom 14. bis 16. August 24 in- und ausländische Aussteller teilnehmen.

Agrar: Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände kriti-

siert, daß die EG-Agrarpolitik sich immer mehr gegen die Dritte Welt richte. Milliarden an Entwicklungshilfe nützen nichts, wenn die reichen Staaten ihre Landwirtschaft subventionieren und so den Entwicklungsländern die Chance nehmen, sich am Weltmarkt zu beteiligen.

Flugzeuge: Das Pentagon hält Teile von Zahlungen an den Flugzeugbauer Lockheed zurück. Damit soll das Unternehmen gezwungen werden, seine Sicherheitsvorkehrungen zu verbessern.

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)	11.8.86	8.8.86	1.7.86	1.8.85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	-	181,50	165,00	286,00	97,00
Normalbenzin 0,15 g Bleigehalt	-	-	139,00	265,00	88,00
Diesel (EG-Material)	120,00	122,00	104,00	226,00	84,00
Heizöl 1,0 % S	-	-	62,00	142,00	37,00
3,5 % S	61,00	61,00	51,00	139,00	29,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Subventionen: Im Zusammenhang mit der Unterstützung des Landes Baden-Württemberg für die Ansiedlung eines neuen Daimler-Benz-Werkes in Rastatt hat die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft gefordert, entscheidende Schritte gegen „den Krebschaden des regionalen Subventionswettkampfes“ zu unternehmen.

Veba: Über eine zufriedenstellende Ertragslage berichtete der Vorstand für die erste Jahreshälfte. Der Konzernüberschuß lag mit 303 Mill. DM über dem Vorjahresergebnis von 295 Mill. DM. (S. 13)

Kölnische Versicherung: Lebensversicherungen, bei denen die Sparanteile der Beiträge in Investmentfonds angelegt werden, ver-

zeichnen einen enormen Zuwachs. (S. 13)

JAL: Eine Gruppe von Hinterbliebenen der Opfer des Jumbo-Absturzes im August 1985 hat Klage gegen die Japan Airlines erhoben.

Maschinen: Der größte japanische Werkzeugmaschinenproduzent Mori Seiki will Zweigwerke in Paris und Stuttgart errichten. Er hat bereits eine Filiale in Düsseldorf und Werke in England und USA.

WER SAGT'S DENN?

Deutlich gestiegen ist dagegen der Goldpreis an allen Marktentankstellen. Versprecher in der ZDF-Nachrichtensendung „heute“

Lenzer widerspricht Riesenhuber: Keine weiteren Mittel für Kalkar

„Der Brüter soll schnell ans Netz“ / Massive Kritik der Industrie an SPD-Energiepolitik

ARNULF GOSCH, Bonn
Gegen eine Bereitstellung weiterer Forschungsmittel für den Schnellbrüter SNR 300 hat sich gestern der forschungspolitische Sprecher der CDU, Christian Lenzer, vor der Presse in Bonn ausgesprochen. Bei Vorstellung der neuen „Leitlinien der CDU zur Forschungs- und Technologiepolitik“ sagte Lenzer zu Überlegungen von Forschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU), gegebenenfalls 100 Millionen Mark zur Überbrückung von Zeitverzögerungen beim SNR 300 bereitzustellen, daß ihm solche Erwägungen gar nicht schmeckten, weil sie nur Begehrlichkeiten weckten.

Der Brüter soll schnell ans Netz gehen, weil jeder Monat Betriebsaufschub mindestens 30 Millionen Mark koste. Hefige Kritik übte Lenzer an dem von SPD-Politiker Volker Hauff vorgelegten Szenario über einen baldigen Ausstieg aus der Kernenergie. Dieser Vorschlag sei verantwortungslos, denn er bedeute einen Einstieg in mehr Umweltverschmutzung, in mehr Abhängigkeit vom Öl und in eine rot-grüne Koalition. Er bedeute

nicht zuletzt wegen des Verzichts auf einen wichtigen Bereich der Hochtechnologie eine Gefährdung von Arbeitsplätzen. Und im übrigen seien die vorgelegten Zahlen über die wirtschaftlichen Konsequenzen eines Kernkraftausstiegs „völlig willkürlich“.

In diesem Sinne äußerte sich gestern auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der die Energiepolitik der SPD als „unverantwortliches Wunschkinder“ bezeichnete. Exemplarisch für die Vernebelung von Tatsachen sei die Forderung nach Abschaffung der elektrischen Stromspeicherung. Denn durch diese Maßnahme würde kein einziges Kraftwerk überflüssig, allerdings stiegen die Preise für die übrigen Stromverbraucher. Im übrigen würden durchschnittliche Strompreiserhöhungen von rund 30 Prozent unvermeidbar, zum Teil sogar von bis zu 70 Prozent.

Nach den forschungspolitischen Leitlinien der CDU kann Forschungsförderung nur dazu dienen, die Eigeninitiative der Wirtschaft, besonders der kleinen und mittleren Unterneh-

men, zu stärken. Ansatzpunkte für staatliche Maßnahmen seien deshalb Stärkung des Forschungspersonals, rasche Nutzung neuer Technologien, verstärkte Forschungskooperation und Technologietransfer sowie Bereitstellung von mehr Risikokapital. In den kommenden Jahren müsse gelten: Bejahung des technischen Fortschritts, mehr Akzeptanz von Zukunftstechnologien, verstärkte Abschätzung der Technikfolgen und Verbesserung der technischen Allgemeinbildung.

Nach den Leitlinien darf bei der Erforschung neuer Energietechnologien nicht nachgelassen werden. Dabei geht es insbesondere um den umweltfreundlichen Einsatz der Kohle in Kraftwerken und die Kohleveredelung.

Die Erforschung regenerativer Energiequellen sollte wieder „realistisch“ eingeschätzt werden. Staatliche Forschungsaktivität im Kernenergiebereich sei aufgrund der erzielten Erfolge nur noch in begrenztem Umfang (Sicherheitsforschung) gerechtfertigt.

Bangemann gegen Länderausstieg bei Kernenergie

A. G. Bonn

Gegen einen Ausstieg aus der Kernenergie hat sich Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann in einem gestern bekanntgegebenen Schreiben an den Hamburger Energiesenator Jörg Kubbier ausgesprochen. Wie Bangemann in seiner Antwort auf einen entsprechenden Vorschlag der Hansestadt Hamburg erklärte, beobachtet er seit einiger Zeit „mit großer Sorge“, daß sich der energiepolitische Konsens von Bund und Ländern auflösen beginne.

Es liege nicht im deutschen Interesse, daß der bedeutende Beitrag der Kernkraft zur Stromerzeugung in der Bundesrepublik länderspezifisch politisch bejaht oder verneint werde. Vor allem für die, die Kubbier nicht die Vor- und Nachteile eines Ausstiegs untersuchen wollte, sondern von dem Ausstieg als politisch gewollt ausgehe, Bangemann will seinen Energiebericht im September dazu nutzen, wieder zu gemeinsamer Haltung mit den Ländern zu kommen.

Norwegen will die Ölförderung erhöhen

dpa/VWD, Oslo

Norwegen wird seine Ölproduktion im September erhöhen. Wie aus dem Ölministerium in Oslo verlautete, wird ab Mitte September eine zusätzliche Menge von täglich 30 000 Barrel (je 159 Liter) aus dem neu erschlossenen Ula-Feld gefördert. Insgesamt produziert Norwegen derzeit 900 000 Barrel täglich. Nach Angaben der im Ula-Feld tätigen Gesellschaft BP soll die Fördermenge zum Jahresende auf 70 000 Barrel pro Tag erhöht werden.

Die norwegische Regierung hatte unmittelbar nach den Opec-Beschlüssen von Genf, die eine Verminderung der Ölproduktion für zwei Monate vorsehen, eine Reduzierung der eigenen Ölförderung abgelehnt. Sie will lediglich im Falle langfristiger Opec-Beschlüsse eine Verlangsamung des geplanten Wachstumstempes in Erwägung ziehen. Dagegen hat Abu Dhabi angekündigt, daß es im September die Produktion um rund 40 Prozent auf 1,1 Millionen Barrel pro Tag verringern werde.

Die Maler haben noch freie Ausbildungsplätze

A. G. Bonn

Im Maler- und Lackierereisendienst sind noch Lehrstellen frei. Hierauf wies Handwerkspräsident Paul Schnitker gestern in Bonn hin. Die 33 000 Betriebe konnten auch 1985 wieder nahezu 42 000 Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Der Lehrlingsanteil von derzeit 23 Prozent werde allerdings bald auf 15 Prozent zurückgehen. Schnitker forderte erhöhte Anstrengungen bei der Nachwuchswerbung und mehr Förderung der überbetrieblichen Ausbildung.

Trotz der Probleme am Bau stiegen die Malerumsätze 1985 nominal um 2,5 und real um 1,2 Prozent auf 12,35 Mrd. Mark. Für 1986 wird eine geringe Zunahme bei leicht sinkender Beschäftigtenzahl erwartet. Sorgen bereiten die Schwarzarbeit (aufgrund der hohen Lohnnebenkosten) und die unauskömmlichen Preise. Der Wettbewerb sei regional existenzgefährdend. Der Gesetzgeber sollte die legale Arbeit nicht noch weiter durch Steuern und Sozialleistungen verteuern, forderte Schnitker.

Sind die „Blauen Engel“ umweltfeindlich?

A. G. Bonn

Der „Blaue Engel“, das Gütezeichen des Bundesumweltamtes, das auf umweltfreundliche Produkte aufmerksam machen soll, ist in die Schublade von Handwerk und Industrie geraten. Wie Handwerkspräsident Paul Schnitker in Bonn erklärte, dürften diesen „Blauen Engel“ zum Beispiel Lacke führen, die (wenn sie nicht wie andere 40 sondern) nur bis zu 15 Prozent Lösemittel enthalten. Was aber irreführend sei: Farben oder Lacke mit nur ein bis zwei Prozent Lösemittel dürfen den Engel nicht führen, weil diese Werkstoffabgabe ohnehin als umweltfreundlich gelte. Das sei eine Irreführung des unkundigen Verbrauchers.

In diesem Sinne äußert sich auch der Geschäftsführer der Böhler Lackfabrik, Thilo Heinz Kaffenberger, in einem Schreiben an Bundesumweltminister Walter Wallmann. Die umweltschädliche Zielsetzung des Umweltzeichens drohe im Gegenteil verkehrt zu werden. Das Vergabeverfahren sei dringend zu überarbeiten.

AUF EIN WORT

„Den gemeinsamen Markt bis Ende 1992 zu einem Raum ohne Grenzen zu machen ist das erklärte Ziel der Europäischen Gemeinschaft. 320 Millionen Bürger - Verbraucher und Steuerzahler - würden dann Jahr für Jahr viele Milliarden einsparen können, die sie das unvollendete Europa heute noch kostet. Dieser große EG-Binnenmarkt ist aber nur mit einem hohen Maß an Solidarität zwischen den 12 Mitgliedsstaaten zu erreichen.“



Dr. H. W. Staratzke, Vorsitzender der Arbeitsgruppe des Wirtschafts- und Sozialausschusses der EG. FOTO: RICHTER

Textilindustrie auf ungewissem Weg

Optimismus wegen des günstigen Grundmusters der deutschen Konjunktur

INGE ADHAM, Frankfurt

Nach drei Jahren bescheidener, aber stetiger Aufwärtsentwicklung für die deutsche Textilindustrie hat sich in diesem Jahr bisher noch nicht deutlich gezeigt, wohin die Reise für die größte deutsche Konsumgüterbranche geht. Denn bisher, so der Spitzenverband Gesamttextil in seinem Jahresbericht, gilt 1986 einem „Wechselbad“ mit guten und schlechten Monaten. Per Saldo bleibt nach dem ersten Halbjahr beim Auftragsstand ein Minus von zweieinhalb Prozent verglichen mit der Vorjahreszeit. Die Produktion ist dagegen um zwei Prozent gestiegen und der Umsatz lagte bisher rund ein halbes Prozent zu.

Pessimismus wird in der Branche mit rund 232 000 Beschäftigten (Jahresdurchschnitt 1985) freilich nicht zur Schau getragen. Sie stellt das „günstige Grundmuster der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik“ nicht in Frage. Die Erwartungen für das ganze Jahr pendeln zwischen einem Erreichen des Vorjahresergebnisses und einer erneuten bescheidenen Produktions-

ausweitung. Untermuert wird das Vertrauen in die positive Weiterentwicklung durch die Investitionsanstrengungen der 1370 Unternehmen mit 1780 Betrieben (1985). Sie haben nämlich ihre Investitionen im vergangenen Jahr auf 1,5 nach 1,3 Milliarden Mark weiter aufgestockt. Umgerechnet auf die Beschäftigten bedeutet das 6570 Mark je Arbeitsplatz; in der Schwächephase 1980 war es ein Drittel weniger je Beschäftigten.

Auch diese Zahlen zeigen den Strukturwandel in der Branche deutlich, die sich von einer beschäftigungs- in eine kapitalintensive Industrie gewandelt hat, eine Entwicklung, die unter dem Schutz des zur Befriedigung der Industrie verlängerten Welttextilabkommens noch weitergehen wird. Denn nur damit können die deutschen Textilproduzenten im Wettbewerb mit Textilien aus Ländern mit sehr viel niedrigeren Löhnen (und oft auch Steuern) mithalten.

Die derzeitige Höherbewertung der D-Mark verändert zur Zeit die Wettbewerbslage zugunsten ausländischer Anbieter, erinnert der Jahres-

bericht. Im vergangenen Jahr war der Zuwachs wie im Vorjahr von Erfolgen aus den Auslandsmärkten getragen worden (Exportauftrag plus 8 nach 14 Prozent). Sie vor allem sorgten auch für das Umsatzplus von 5 Prozent auf 36,8 Milliarden DM. Davon wurden 25,4 Milliarden DM (plus 12 Prozent) im Ausland erzielt, das seine Textillieferungen nach Deutschland um 6 Prozent auf 33,2 Milliarden DM steigerte. Die deutsche Produktion wuchs um drei Prozent. Das hat übrigens dafür gesorgt, daß der Beschäftigtenabbau in der Branche mit 1,7 Prozent die niedrigste Rate seit 15 Jahren erreichte.

Vor diesem Hintergrund setzt Gesamttextil auf eine weiterhin bescheidenen positiven Entwicklung. Ganz energisch pocht der Verband freilich auf zügigen Subventionsabbau in der Bundesrepublik und mahnt eine Reform der Unternehmensbesteuerung an: Gewerbesteuer und die Vermögenssteuer auf das Betriebsvermögen müssen fallen, fordert Gesamttextil und erinnert an die „alarmierend niedrige“ Eigenkapitalausstattung in der mittelständischen Industrie.

Nach dem Zickzackkurs nun stetiger Aufwärtstrend

Neuer konjunktureller Schwung durch privaten Konsum

A. G. Bonn

Die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik ist weiter nach oben gerichtet. Wechselkursbedingte Einbußen im Exportgeschäft werden durch die kräftige Binnenkonjunktur mit steigender Beschäftigung und verstärktem privaten Verbrauch mehr als ausgeglichen. In diesem Sinne äußerten sich gestern übereinstimmend der Bundesverband deutscher Banken und der Deutsche Sparkassen- und Giroverband in ihren neuesten Konjunkturberichten.

Wie die Sparkassenorganisation meint, werde die Konjunktur im dritten Quartal wieder an Fahrt gewinnen. Damit würde gleichzeitig der Zickzackkurs des ersten Halbjahres überwunden sein und einer stetigen Aufwärtsentwicklung weichen. Der Einzelhandel spüre schon zunehmend die stärkere Konsumbereitschaft der privaten Haushalte, die aus einer besseren Beschäftigung, einer positiven Beurteilung der eigenen finanziellen Lage und einer optimistischen Erwartung zur allgemeinen konjunkturellen Entwicklung gespeist werde.

Maßgeblichen Anteil daran habe die Entwicklung der Lebenshaltungskosten. Auch der Bankenverband verweist auf die anziehende Inlandsnachfrage, den anhaltenden Beschäftigungsanstieg und „den Schwung durch Investitionen und Konsum“. Die Inlandsnachfrage sei inzwischen kräftig genug, die Lücke zu schließen, die durch das Nachlassen des Exports entstanden war.

Die weiteren Aussichten im „gedrückten“ Auslandsgeschäft sind nach Meinung beider Verbände dagegen eher gedämpft. Die D-Mark habe sich nicht nur gegenüber dem Dollar, sondern auch gegenüber den Währungen bedeutender Handelspartner kräftig verteuert. Der Sparkassenverband befürchtet eine weitere Abschwächung des Dollars, die auch den Geldwert in Europa beeinträchtigen. Der Bankenverband sieht eine zusätzliche Verunsicherung der Exportwirtschaft durch die anhaltende deutsch-amerikanische Debatte über Zinsen, Wechselkurse und die „richtige“ Geld- und Finanzpolitik. Die Bundesrepublik sollte in diesem Falle hart bleiben.

Wenn Grüne loben...

Bm. - Der Deckel, den die CDU auf den Kopf des SPD-Energieprogramms stülpt, wird die Genossen kaum davon abbringen, auch bis zur Wahl 1987 heftig Dampf abzulassen gegen die Kernkraft und damit gegen alle Technologien, die auf diesem Weg im Interesse künftiger Generationen entwickelt werden sollen. Ob Kohlevergasung, Wasserkraft, Natriumreaktoren oder Siliziumchemie - die Energietechnik von morgen wird eine Hochtemperaturtechnik sein.

Nach SPD aber ohne Kernkraft. Nach deren Vorstellung soll Kohle auch künftig verbrannt werden, um Kohle verfügbaren zu können; werden die Ölscheits zum Griff in unsere Taschen animiert: werden Energiereserven verplempt, von denen jedermann weiß, daß sie sehr endlich sind, und werden Energiequellen angegriffen, die die Probleme von morgen nicht lösen können.

Von welcher sachlichen Qualität das Energie-„Programm“ der SPD ist, wird dem Bürger mit der Ankündigung sofort begreiflich, daß man Nachtspeicheröfen und Elektroheizungen abschaffen will. Da bleibt nur zu registrieren, daß die Energieversorgung überhaupt nicht im Vordergrund des SPD-Papiers steht, sondern der politische Wille, sich mit einem fadenscheinigen Nein zur Energietechnik von morgen Wohlwollen beim Bürger zu erkaufen.

Das Lob der Grünen zum Papier der Roten wird auch die Nachdenklichen in der SPD noch nachdenklicher machen.

Sieg der Vernunft

Von WILHELM HADLER, Brüssel

Nicht nur fröhliche Gesichter gab es am Montagabend, als EG-Kommissar Willy de Clercq in Brüssel die Mitgliedsregierungen über seine Verhandlungen zur Beilegung des „Spaghetti-Krieges“ unterrichtet. Spanien und Portugal bekommen Grund, die amerikanische Konkurrenz bei Zitrusfrüchten zu fürchten. Italien hätte es lieber gesehen, wenn das Problem der europäischen Export-Subventionen für Teigwaren ein für allemal vom Tisch gekommen wäre.

Insgesamt überwiegt jedoch auch in den südlichen EG-Ländern Erleichterung über den mühsam erzielten Agrarkompromiß. Eine weitere Eskalation des Handelsstreits hätte nicht nur den Exportinteressen dieser Länder geschadet und die Dispositionen von Landwirten und Handel verunsichert.

Kein Mitgliedsstaat hätte auf sich allein gestellt ein vergleichbares Verhandlungsergebnis erzielen können. Die europäische Identität ist durch den Konflikt deutlich gestärkt worden.

Von geradezu vitaler Bedeutung für die Gemeinschaft ist die Zusage Washingtons, nicht länger Einwände gegen die Präferenzabkommen der EG mit den Anrainerstaaten des südlichen Mittelmeeres zu erheben. Der Grundsatzstreit über die Zulässigkeit regionaler Präferenzsysteme hat fast 16 Jahre lang die transatlantischen Beziehungen belastet.

Während Washington die Vorzugsbehandlung für Zitrusfrüchte aus Israel oder Marokko als diskriminierend betrachtete, machte die EG geltend, diese Handelsvereinfachungen hätten weniger einen wirtschaftlichen als einen politischen Hintergrund. Tatsächlich versucht die Gemeinschaft seit langem, durch eine Politik der wirtschaftlichen Zusammenarbeit (einschließlich einer nicht unbeträchtlichen Finanzhilfe) auf die Region stabilisierend einzuwirken.

Für die EG steht außer Frage, daß Europa eine besondere Verantwortung für den Mittelmeerraum hat, nicht nur wegen der historischen Bindungen und der geographischen Nähe, sondern auch wegen der traditionellen wirtschaftlichen Verflechtungen. Der Mittelmeer ist die geographische Zone, der gegenüber die EG den größten Handelsüber-

schuß aufweist. Diese Tatsache allein verpflichtet.

Erst recht ist die EG der natürlichen Absatzmarkt für Erzeugnisse aus dem Mittelmeerraum, wenn sonst sollen die Tunesier ihr Olivenöl oder ihre Textilien, die Zyprioten ihre Früchte oder die Israelis ihre Obstsorten verkaufen? Die Abschottung des europäischen Marktes für diese Einfuhren würde kaum abzusehende Folgen für die soziale und politische Ordnung in manchen dieser Länder haben.

Gerade die Aussicht auf bessere Exportbedingungen hat Spanien und Griechenland schließlich in die EG gelockt. Die neuen Mitglieder stemmen sich daher verständlicherweise gegen allzu weit gehende Konzessionen an Nichtmitgliedsstaaten. Schon gar nicht will ihnen einleuchten, daß die Gemeinschaft nun auch den Amerikanern zu gleichartigen Exportbedingungen verfallen soll.

Die USA haben der EG jetzt nicht nur schwarz auf weiß bescheinigt, daß sie die Präferenzabkommen tolerieren wollen, sondern diese Vereinbarungen als „bedeutende Möglichkeiten“ zur Förderung der ökonomischen Entwicklung und der politischen Stabilität in der Region begrüßt. Die Reagan-Administration unterstützt auch die Zugeständnisse, die die EG den Mittelmeerländern als Ausgleich für die durch die Erweiterung entstandenen Handelsnachteile gewähren will. Die Verhandlungen darüber sind noch nicht abgeschlossen.

Die EG mußte dafür Konzessionen machen, die sich vergleichsweise harmlos ausnehmen. So erklärte sie sich bereit, aus den USA künftig jährlich etwa 100 000 Tonnen Zitrusfrüchte zu ermäßigtem Zollsatz zu beziehen. Allein aus Marokko kommen jährlich 400 000 bis 500 000 Tonnen in die EG.

Nach dem feierlichen Gelöbnis, die gegenseitigen Retorsionsmaßnahmen zurückzunehmen, besteht Anlaß zur Hoffnung, daß es gelingt, die noch schwebenden Streitigkeiten auf friedliche Weise beizulegen. Gemessen am gesamten Handelsvolumen sind diese Konflikte nämlich meist bedeutend. Im „Spaghetti-Krieg“ ging es auf beiden um einen Handelswert von rund 30 Millionen Dollar. Der gesamte Warenaustausch mit den USA umfaßt 1985 rund 110 Milliarden Dollar.

Heiße Herbsttage

J. Sch. (Paris) - Die Frage, ob es in Frankreich zu einem heißen Herbst kommt, stellt sich in diesem Jahr bereits im Sommer. Ist doch schon jetzt - mitten im beliebigen Ferienmonat August - die kommunistische CGT als größte Gewerkschaft des Landes mit einer spektakulären „Manifestation“ in Erscheinung getreten. Mehrere Stunden lang hielten etwa 500 Eisenbahner den Austerlitz-Bahnhof besetzt - Austerlitz, wo schon Napoleon in der Dreikaiserschlacht von 1805 den Sieg davontrug. Auch darf die vergleichsweise bescheidene Beteiligung nicht über den Ernst der Lage hinwegtäuschen.

Geht es doch der CGT um nicht weniger als die Verteidigung der bislang nie angetasteten Arbeiterprivilegien. Sie sind kürzlich erstmals von der Regierung in Frage

gestellt worden, und zwar zunächst einmal bei den Staatsbahnen. Im Laufe der Jahrzehnte haben sich die „cheminots“, die streikten, aber nicht entlassen werden dürfen, besonders viele Vorteile erkämpft, welche heute keineswegs mehr als gerechtfertigt erscheinen.

Aber nicht nur die CGT will eine „Demontage“ der wohl erworbenen Arbeiterrechte mit allen Mitteln verhindern. Auch bei den staatlichen Automobilwerken Renault, dem anderen Symbol des sozialen Fortschritts und der Vaterlandsliebe, wo ebenfalls die Sonderstatuten revidiert werden sollen, drohen Unruhen. Deshalb könnte es in Frankreich nach den großen Ferien durchaus zu einem großen Verkehrsstreik kommen.

Gewiß, in den letzten Jahren haben die französischen Gewerkschaften - unter dem Druck der Arbeitslosigkeit - erhebliche Federn lassen müssen. Sie könnten jetzt die große Chance für eine Revanche wittern.

Chinas „Politik der Öffnung“

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen sind geschaffen

H. W. Bonn

Die Volksrepublik China hat mit der Gründung mittlerer Unternehmen und dem Ausbau der Infrastruktur wichtige Schritte in Richtung auf eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den westlichen Industrienationen getan. Allein die deutschen Lieferungen in den ostasiatischen Wirtschaftsraum haben 1985 um 21,2 Prozent auf 31,6 Mrd. DM zugenommen. Dies geht aus einem Erfahrungsbericht der Bayerischen Vereinsbank hervor.

Danach ist für deutsche „China-Interessenten“ die Kenntnis der ostasiatischen Mentalität genauso wichtig, wie die über administrative-rechtliche Bedingungen und abgeschätzte Finanzierungen. Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind geschaffen: Mit dem Gesetz über Gemeinschaftsunternehmen (Joint-ventures) wurde

bereits 1979 ein einseitiges Vorbild orientiertes Rechtssystem aufgebaut.

Neuerungen wurden mit dem Außenwirtschaftsgesetz, dem Patentgesetz, den Regelungen für den Technologietransfer, dem Investitionsförderungsabkommen und nicht zuletzt den Besteuerungsvorschriften geschaffen. Danach beträgt der Körperschaftsteuersatz für Joint-venture-Unternehmen inklusive einer kommunalen Steuer 33 Prozent. Auf Antrag wird für die ersten beiden Gewinnjahre Steuerbefreiung gewährt. Technologieentgelte und Lizenzgebühren werden mit 20 Prozent besteuert. Wichtig für deutsche Unternehmen sind die erst kürzlich getroffenen bilateralen Abmachungen, hier besonders das Doppelbesteuerungsabkommen, das erst Mitte 1986 in Kraft getreten ist.

Insider-Geschäften den Kampf angesagt

USA wollen weltweit Kontrollmöglichkeiten verbessern - Schweiz leistet Schützenhilfe

ALFRED ZÄNKER, Genf

Im Kampf gegen illegale Insider-Geschäfte und Wertschriftenbetrug sucht die amerikanische Börsenaufsichtsbehörde SEC ein umfassendes System internationaler Zusammenarbeit aufzubauen. Sie erhält dabei heute schon von der Schweiz wertvolle Schützenhilfe. Schweizer Banken haben in letzter Zeit ein - hier sakrosanktes - Bankgeheimnis wiederholt gelockert, um die amerikanischen Behörden zu unterstützen.

Dieser Tage wurde ein weiterer Insiderfall mit Schweizer Hilfe erfolgreich abgeschlossen. Vier Amerikaner hatten bei der Übernahme der Elektronikfirma RCA durch General Electric im Dezember 1985 durch nichtöffentliche, vertrauliche Informationen über zwei Mill. Dollar Gewinn gemacht und auf einem Konto der „Schweizerischen Bankgesellschaft“ in Genf eingezahlt. Die Gelder, die zu Beginn des Verfahrens blockiert wurden, mußten nun zurückgezahlt werden. Außerdem sind die Schuldigen zu einer Buße von weiteren zwei Mill. Dollar verurteilt worden.

Grundlage der amerikanischen-schweizerischen Zusammenarbeit war auch in diesem Fall ein seit September 1982 geltendes „Memorandum of Understanding“. Nach dieser von der schweizerischen Bankiersvereinigung ausgearbeiteten Konvention können die Banken bei Insider-Mißbräuchen in USA Rechtschritte leisten und das Bankgeheimnis aufheben - obwohl derartige Geschäfte in der Eidgenossenschaft bisher nur „verpönt“, nicht aber strafbar sind und daher eigentlich durch das Bankgeheimnis gedeckt sein sollten.

Erst Mitte Mai hatte die Bank LEU in Zürich in der Affäre Dennis Levine, dem bisher größten Insider-Skandal Amerikas, den Namen des Kunden und die Unterlagen preisgegeben. Levine, Geschäftsführer eines namhaften New Yorker Brokerhauses, hatte mit Hilfe einer Filiale der Bank LEU in Nassau, Bahama, bei

illegalen Börsengeschäften 12,6 Mill. Dollar gewonnen.

Hier war die Zusammenarbeit aber nicht ganz freiwillig, sondern unter starkem Druck Washingtons und Androhung von Repressalien erfolgt. Auch der Generalstaatsanwalt von Bahama hatte der Aufhebung des Bankgeheimnisses auf amerikanischen Ersuchen zugestimmt. Inzwischen sind Geschäftsleitung und Verwaltungsrat der LEU-Tochter „vollständig erneuert“ worden. In Nassau habe man ohne Wissen der Zürcher Zentrale gehandelt, heißt es. LEU hat

willig auf den Schutz des Bankgeheimnisses zu verzichten. Insgesamt haben die US-Behörden sich bisher fünfmal in Insider-Fällen an die Schweiz gewandt. In vier Fällen erhielten sie die gewünschte Auskunft.

Zürcher Bankiers schimpfen über den „amerikanischen Rechtsimperialismus“. Washington maße sich „weltweite Polizeigewalt“ an. Man glaubt dennoch gute Miene zum bösen Spiel machen zu müssen, denn es stehen große geschäftliche Interessen in Amerika auf dem Spiel. Im Herbst soll nun auch die provisorische Konvention durch eine Änderung im Schweizer Strafrechtsgesetz abgelöst und besondere Insider-Artikel eingeführt werden. Insider-Geschäfte werden dann auch in der Schweiz strafbare Offizialdelikte. In Bankkreisen wird diese Gesetzesnovelle oft als „Lex-Amerikana“ bezeichnet.

Die Amerikaner betonen, daß Börsenmißbräuche immer mehr um sich greifen. Das Vertrauen des Anlegers in die „Ehrlichkeit“ und „Fairness“ des Marktes stehe auf dem Spiele. Die New Yorker Börse wird deshalb mit modernsten Einrichtungen ausgerüstet, um alle Wertpapiergeschäfte im Lande automatisch zu überwachen. 1985 wurden in New York bereits 6000 Transaktionen untersucht und schließlich 65 Fälle an die Aufsichtsbehörde SEC weitergeleitet.

Bei zunehmender Internationalisierung der Finanzmärkte und elektronisch abgewickelm Handel sei es notwendig, über die Grenzen hinaus zusammenzuarbeiten. SEC-Präsident John Shad hat kürzlich mitgeteilt, daß die USA Mitte September bilaterale Abkommen zur Kontrolle von Insider-Geschäften mit Japan, Großbritannien, Frankreich und anderen europäischen Ländern unterzeichnen werden. Mit Japan ist schon ein Datenaustausch in Insider-Fällen vereinbart worden. Auch die Cayman-Inseln und Bahama haben inzwischen entsprechende Rechtshilfeabkommen mit den USA abgeschlossen.

Auch in früheren Insider-Skandalen waren die Schweizer durch massiven Druck aus USA zur Preisgabe von Informationen gezwungen worden. In einem Falle drohte ein Gericht in New York mit hohen Geldbußen, mit der Sperrung aller Vermögenswerte und einem Geschäftsverbot in USA. Die Schweizer Bank veranlaßte den Kunden daraufhin, „frei-

Eine Information zur Börseneinführung

Als ein Rezept zur Senkung der Arbeitslosigkeit hat der Internationale Währungsfond (IWF) den Ländern der Europäischen Gemeinschaft empfohlen, sich ein Beispiel an den USA zu nehmen, und die Löhne nur geringfügig steigen zu lassen. In einer Untersuchung zur Arbeitslosigkeit halten die Experten eine wirksame Bekämpfung des Problems bis zum Jahr 1990 für möglich, wenn Lohnkosten eingespart und die Mittel für die Einführung neuer Arbeitsplätze eingesetzt würden.

In Europa seien die Löhne in den letzten zehn bis 15 Jahren schneller gestiegen als die Inflation. Die Arbeitslosenquote kletterte von drei Prozent 1973 auf 11,2 Prozent im letzten Jahr. In den USA hingegen, wo die Reallohn in den siebziger Jahren sanken und seit 1980 nur geringfügig anstiegen, ging die Quote auf 6,9 Prozent im letzten Monat zurück.

IWF: Geringe Löhne bringen mehr Arbeit

AP, Washington

Als ein Rezept zur Senkung der Arbeitslosigkeit hat der Internationale Währungsfond (IWF) den Ländern der Europäischen Gemeinschaft empfohlen, sich ein Beispiel an den USA zu nehmen, und die Löhne nur geringfügig steigen zu lassen. In einer Untersuchung zur Arbeitslosigkeit halten die Experten eine wirksame Bekämpfung des Problems bis zum Jahr 1990 für möglich, wenn Lohnkosten eingespart und die Mittel für die Einführung neuer Arbeitsplätze eingesetzt würden.

In Europa seien die Löhne in den letzten zehn bis 15 Jahren schneller gestiegen als die Inflation. Die Arbeitslosenquote kletterte von drei Prozent 1973 auf 11,2 Prozent im letzten Jahr. In den USA hingegen, wo die Reallohn in den siebziger Jahren sanken und seit 1980 nur geringfügig anstiegen, ging die Quote auf 6,9 Prozent im letzten Monat zurück.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin Charlottenburg: INSTRAT Ingenieur-, Straßen- und Tiefbau GmbH; Nachl. d. Hans-Joachim Lamprecht; Duisburg: Interaktion Modevertrieb GmbH; Freiburg: Alterativ Bau Ges. m.B.H.; Ffritz: Dieter Adam, Kaufmann, Rimbeck; Ingolstadt: Nachl. d. Johann Brehm, Maurermeister; Kiewe: „mekke“ Heimtierbedarf GmbH & Co. KG; Emmertich: „mekke“ Heimtierbedarf Verwaltungen; mbH; Emmertich; Lössach: ESKA Sportartikel Vertriebs GmbH; Melndorf: Peter Mathiaszyk Bedachung GmbH; Wittenberg: Nachl. d. Otto Singer, Schwabach; St. Wendel: Carl Auer GmbH; Vöckla: Nachl. d. Rolf Jäger, Viehkaufmann; Günter Loh: Baumunternehmen GmbH; Dinklage; Wetzlar: HBG Edelstahl-Handelsges. mbH.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Hamm: FROMAC, Fröndenberg Maschinen- u. Apparatebau GmbH; Friedberg: Berford; Ledermaufaktur das B. GmbH; Stülker GmbH.

Vergleich beantragt: Köln: Hans-Peter Fischelich, Kaufmann; Horst Janke.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Eigenheimbau nimmt zu

Bonn (dpa/VWD) - Der Eigenheimbau entwickelt sich mehr und mehr zum Rückgrat des Wohnungsbaus. Nach Angaben von Bundesbauminister Oskar Schneider wurden im 1. Halbjahr dieses Jahres 70 309 Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern neu zum Bau genehmigt. Das waren 3,1 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Unilever hat mehr verdient

Rotterdam/Hamburg (dpa/VWD) - Der britisch-niederländische Unilever-Konzern, London/Rotterdam, hat im 1. Halbjahr dieses Jahres bei rückläufigem Umsatz den Gewinn gesteigert. Wie das Unternehmen mitteilte, war der Umsatz (zu stabilen Wechselkursen von Ende 1985) mit 31,44 Mrd. Gulden (28 Mrd. DM) um 7,5 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Ursache waren niedrigere Verkaufspreise und die Veräußerung einer Anzahl von Unternehmen. Der Gewinn vor Steuern stieg im gleichen Zeitraum um 13,6 Prozent auf 2,02 Mrd. Gulden (1,8 Mrd. DM).

Westhyp dreht auf

Frankfurt (ed.) - Über eine knapp elfprozentige Verbesserung des erweiterten Zinsindex auf 55,7 Mill. DM, die mit der Geschäftsausweitung in der ersten Jahreshälfte Schritt gehalten habe, berichtet die Westfälische Hypothekbank, Dortmund. Im Hypothekengeschäft übertrafen die Neuabschlüsse von 454 Mill. DM das Vorjahresergebnis um 19 Prozent, im Kommunalgeldgeschäft haben sich die Zinsen auf gut 1,7 Mrd. DM nahezu verdoppelt.

Mehr Hypotheken

Hamburg (tl.) - Die gesamten Darlehenszusagen der Deutschen Genossenschaftsbank Hypothekbank (DG Hyp) erhöhten sich laut Zwischenbericht gegenüber den ersten sechs Mo-

Höner entläßt

Trossingen (VWD) - Die Matth. Höner AG, Trossingen, die 1985 einen Umsatzrückgang um 15,5 Mill. auf 123,7 Mill. DM und einen kleinen Verlust hinnehmen mußte, hat Rationalisierungsmaßnahmen eingeleitet. Dazu zählt eine gestaffelte Organisationsstruktur. 59 Mitarbeiter des Musikinstrumentenherstellers (von rund 1400) sollen entlassen werden. Vorstandsmitglied Wolfgang Danne-mann (Produktion), der erst 1985 für eine befristete Zeit bestellt wurde, scheidet vorzeitig aus. Vorstandsmittglied Matthias Höner (Forschung und Entwicklung) habe den Wunsch geäußert, aus dem Vorstand auszuscheiden, hieß es in einer Mitteilung.

Expansive Pfalz hypo

Frankfurt (ed.) - Die zum Konzern der Dresdner Bank gehörende Pfälzische Hypothekbank, Ludwigshafen, hat ihre Hypothekenzusagen im ersten Halbjahr um 40 Prozent auf 581 Mill. DM gesteigert. Dagegen war das Volumen der Neuabschlüsse im Kommunalgeldgeschäft mit 488 Mill. DM um 20 Prozent niedriger, was die Bank mit unbefriedigenden Konditionen als Folge des scharfen Wettbewerbs erklärt. Der Zinsüberschuß erhöhte sich um 4,4 auf 50,1 Mill. DM, der erweiterte Zinsüberschuß verbesserte sich wegen eines niedrigeren Einmalergebnisses nur um 3,2 Mill. DM.

„Murano“, ein Glas aus vollem Mund

GÜNTHER DEPAS, Mailand

In Italien, wo das Kunsthandwerk durch modernes Design in den letzten Jahren auch im Export ein wichtiger Umsatzfaktor geworden ist, stellt Murano-Glas aus Venedig traditionsgemäß eine kleine aber dennoch weit über die Grenzen bekannte Marktnische dar. Im vergangenen Jahr haben die noch etwa 50 Glashütten, die das Murano-Glas herstellen, einen Umsatz von rund 100 Mrd. Lire erzielt. Davon entfielen etwa 55 Prozent auf die Ausfuhr.

Murano-Glas riskierte in den siebziger Jahren, von dem billigen Ramsch aus Taiwan und Hongkong an die Wand gedrückt zu werden. Das führte 1975 dazu, daß sich die verbliebenen Glashütten zu einer Schutzgenossenschaft zusammenschlossen und im Jahre 1981 ein Markenzeichen eingeführt wurde, mit dem die Echtheit des Produkts garantiert wird. Als wirklich „handgemacht“ kann demnach jetzt nur noch gelten, was das Qualitätszeichen „Vetri Murano“ trägt und dadurch als Produkt ausge-

wiesen wird, das mit der menschlichen Lunge und nicht mit einem Luftkompressor geblasen ist.

In der Glasindustrie von Murano sind heute noch etwa 2000 Personen beschäftigt, die in diesem Jahr erstmals seit langem nicht mehr kurzarbeiteten. Im Jahre 1979 waren es noch 3000 Beschäftigte gewesen, die sich von der leichten Arbeit auf dem Festland abgezogen fühlten. Auf dem Festland, in Sichtweite der Insel Murano, ist inzwischen das Gros der venezianischen Glasindustrie angesiedelt. Zum Teil handelt es sich dabei um Glasbläser, die auch jetzt noch nach den jahrhundertalten Herstellungsmethoden arbeiten. Die übrigen haben sich von der alten Tradition ausgehend in neue Bereiche hinein diversifiziert, in denen das Industrieglas vorherrscht.

Zu neuer Exportblüte reifte Murano-Glas in den siebziger und am Anfang der achtziger Jahre vor allem durch die starke Nachfrage aus den arabischen Ländern. Wie schon zu Zeiten der Hochblüte der Renaissance,

ma, während der Renaissance und des Barocks, als die Moscheen des Osmanenreichs mit Glaslüstern aus Venedig ausgestattet wurden, verhält auch die Bauart der Ölscheibe Murano-Glas zu neuem Erfolg im Orient. Inzwischen ist dort fast wieder die Normalität eingekehrt. Dafür haben die Amerikaner und Europäer das hauchdünne mundgeblasene Glas „entdeckt“, das hier jetzt vor allem moderne Hotel- und Kongressbauten ziert.

In der Glasbläsergenossenschaft zusammengeschlossenen Hersteller genießen heute die besondere Unterstützung aller Wirtschaftsverbände von Venedig, die die Bedeutung dieses Produktionszweigs für das Image der Lagunenstadt voll erkannt haben. Zu den Maßnahmen, die auf genossenschaftlicher Ebene zur Kostensenkung ergriffen wurden und werden, gehören dabei unter anderem der zentrale Rohstoffkauf und die kooperative Bereitstellung wichtiger Dienstleistungen mit Blick auf den Export.

„Krankengeld“ für Industrien

Britische Gewerkschaft fordert eine Investitionsbank

WILHELM FURLER, London

Der britische Gewerkschafts-Dachverband TUC (Trades Union Congress) hat kurz vor seinem Jahreskongress am ersten September einen Plan der Labour-Partei aufgegriffen und die Einrichtung einer staatlichen Investitionsbank gefordert. Die Investitionsbank soll langfristige Finanzhilfen für kranke Industriezweige bereitstellen. Dieses „Krankengeld“ für die Industrie, so der TUC, soll die risikolose und kurzzeitige Investitionsmethode ablösen, wie sie von den Instituten in der Londoner City traditionell gehandhabt werde. In einem entsprechenden Dokument führt der TUC aus, daß die geplante Britische Investitionsbank auf der einen Seite vom Staat und auf der anderen von Pensionsfonds und Lebensversicherungsunternehmen getragen werden soll. Die Pensionsfonds und Lebensversicherungsgruppen würden den TUC-Vorstellungen zufolge bis zu zehn Prozent ihrer jährlichen Zuflüsse aus Pensionsverträgen auf die Investitionsbank abführen. Ein gleicher Betrag würde dann von der Regierung beigesteuert.

Die Regierung würde den Pensionskassen und Lebensversicherungsunternehmen die Kreditaufnahme heute in erster Linie in festverzinslichen Wertpapieren und in Aktien anlegen, eine Garantie geben, daß die Rendite ihrer Investitionsbank-Einlagen nicht unter der für Regierungsanleihen liegt. Die Aktivitäten der neuen Investitionsbank sollen durch eine neu zu gründende Regierungsstelle, möglicherweise ein eigenes Ministerium für Wirtschafts- und Industrieplanung, koordiniert werden.

Die staatliche Investitionsbank würde nach Ansicht des Gewerkschafts-Dachverbandes die „schwerwiegenden Nachteile“ ausgleichen, unter denen die britische Industrie gegenüber den meisten Wettbewerbsländern leidet, da die Banken in diesen Ländern grundsätzlich längere Fristen und großzügigere Rückzah-

lungskonditionen für ihre Kredite an die Industrie gewähren. Entsprechend soll die Investitionsbank britischen Unternehmen, die in notleidenden Industriezweigen investieren oder im Bereich neuer Technologien beginnen oder expandieren wollen, großzügige Investitionshilfen einräumen.

Darüber hinaus propagiert der Gewerkschafts-Dachverband in seinem

Anzeige

DekaDespa-Info Nr. 16

Wenn Sie unsicher sind, wohin die Zinsen gehen: in Kurzläufern anlegen - mit Dekafresor®.

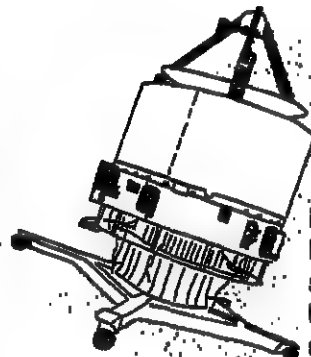
Denn Kurzläufer erhöhen die Kurssicherheit und verstetigen die Anteilpreisentwicklung.

Mehr über den Sparkassen-Rentenfonds Dekafresor erfahren Sie vom Geldberater der Sparkasse.

Deka®

Dokument eine neue Art von Regierungsaktien, mit deren Hilfe Staatsunternehmen die Kreditaufnahme erleichtert werden soll. Diese „Öffentlichen Unternehmens-Aktien“ sollen in so kleinen Stückelungen herausgegeben werden, daß sie auch für normale Verbraucher erschwinglich wären. Vorzugspreise für Mitarbeiter von Staatsfirmen und möglicherweise auch für Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen sollen sie besonders attraktiv machen. Die Regierungsaktien würden allerdings keine Stimmrechte tragen.

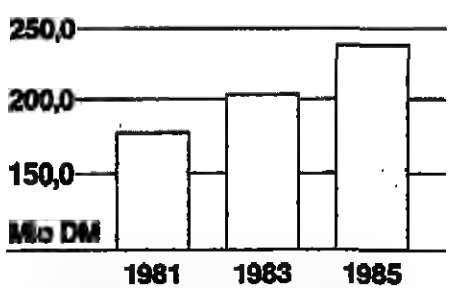
Wir erstellen Industrieparks und testen Satelliten



Die IVG ist ein breitgefächertes Bundeskonzern mit vielen interessanten Spezialunternehmen: Uns gehören umfangreiche Liegenschaften und Grundstücke in verschiedenen Lagen und Orten der Bundesrepublik. Wir errichten und vermitteln unterschiedliche Objekte bis hin zu großflächigen Industrieparks. Die IVG hat sich als Partner von Klein-, Mittel- und Großunternehmen einen hervorragenden Ruf erworben. Die Vermietungsquote betrug 1985 über 90%. Insgesamt hat die IVG bereits an über 40 Plätzen Nutzflächen für Industrie und Gewerbe geschaffen. Mit mehr als einer Million Quadratmeter an Büro-, Verwaltungs-, Fabrikations-, Lager- und anderen Geschäftsräumen. Die Sparte Immobilien erzielte 1985 ein Betriebsergebnis von DM 51 Mio. Zu uns gehört auch die IABG, eines der drei großen europäischen Raumfahrt-Testzentren und das größte Test- und Analysezentrum Deutschlands. Im Auftrag von ESA und internationalen Industrieunternehmen führt unsere Tochtergesell-

schaft umfassende Funktionstests an Satelliten und Raumsonden durch. IABG ist eine Drehscheibe des Technologietransfers für alle High-Tech-Bereiche. Das Spektrum ist weit gespannt: von der Raum- und Luftfahrt bis zu komplexen Untersuchungen von Ökosystemen. Zu uns gehört eine ganze Gruppe bedeutender Spezialunternehmen, die in unterschiedlichsten Wirtschaftsbereichen erfolgreich sind. Die IVG ist ein leistungstarker Partner von Industrie, Handel und öffentlicher Hand. Der Konzernumsatz betrug 1985 DM 560 Mio, mit 4.300 Mitarbeitern. DM 82 Mio wurden im vergangenen Jahr in Sachanlagen investiert.

IABG-Umsatzentwicklung in Mio DM



An der IVG können Sie sich in Zukunft beteiligen. Der Bund bereitet die Teilprivatisierung vor und plant im Herbst 1986 die Ausgabe von Aktien.

Industrie
Verwaltungs-
Gesellschaft AG

IVG

Industrie Verwaltungs-
gesellschaft AG
Zanderstraße 5
5300 Bonn 2

Aus weniger Umsatz mehr Gewinn gemacht

Veba-Konzern kommt mit dem Verfall von Ölpreis und Dollarkurs noch gut zurecht

J. GEHLHOFF, Düsseldorf
Voll im Einklang mit der vor einem Monat auf der Hauptversammlung gebotenen Vorstandsprognose, daß der Jahresüberschuß des ersten Halbjahres 1986 „mindestens“ das hohe Vorjahresniveau erreichen werde, präsentiert die Veba AG, Düsseldorf, nun ihren zweiten Quartalsbericht.

Bei „insgesamt zufriedenstellender“ Entwicklung der Absatzmengen sackte zwar unter dem Doppeldruck von Ölpreis-Dollarkurs-Verfall der Konzern-Außenumsatz von 20,58 Mrd. DM im ersten Halbjahr um 16,2 Prozent unter das Vorjahresniveau ab. Aber der Gewinn besserte sich vor Steuern auf 778 (757) Mill. DM und nach der auf bisheriger Dividendenbasis berechneten Steuerlast sowie nach Abzug der kleinen Gewinnanteile Konzernfremder immerhin noch auf 303 (295) Mill. DM.

Das dürfen die 512 000 Eigentümer von 1,98 Mrd. DM Aktienkapital dieser in der Aktionärszahl größten deutschen Publikumsgesellschaft als Teilbestätigung der jüngsten HV-Prognose des Vorstands werten, daß bei Fortdauer der gesamtwirtschaftlich

positiven Entwicklung auch 1986 würdig an das hervorragende Jahr 1985 (mit Dividendenerhöhung von 9 auf 10 DM) anschließen werde.

Ob's am Ende so stimmt, bleibt natürlich offen. Trotz insgesamt noch leicht verbessertem Halbjahresgewinn zeigt nun das zweite gegenüber dem ersten Quartal 1986 auch im auf 137 (166) Mill. DM reduzierten Konzern-Jahresüberschuß Abwärtstendenzen. Der neue Quartalsbericht sagt nichts dazu, ob dieser Abwärtstrend weitergeht.

In der ersten Jahreshälfte war das Quartett der Veba-Konzernbereiche wie folgt am Außenumsatzminus beteiligt: Elektrizitätswirtschaft mit minus 2,6 Prozent auf 5,17 Mrd. DM, Mineralöl/Petrochemie mit minus 28,2 Prozent auf 5,30 Mrd. DM, Chemie (Hüls) mit minus 12,7 Prozent auf 2,54 Mrd. DM, der Dienstleistungsbereich (hauptsächlich Handel) mit minus 15,8 Prozent auf 7,22 Mrd. DM.

Minusraten zeigt auch die seit Ende 1985 um 0,6 Prozent auf 68 291 verminderte Zahl der Konzernbeschäftigten, herausragend dabei der Mineralölbereich mit einem Minus von 3,1

Prozent auf 6127 Mitarbeiter, während die Zahl der im Handel Beschäftigten noch um 2,3 Prozent auf 14 658 wuchs.

Minusraten auch bei den Sachinvestitionen, die im Konzern-Halbjahr nun auf 991 (1465) Mill. DM sanken, darunter wegen Drosselung der Ölexploration nur noch 67 (262) Mill. DM im Ölbereich und nach Fertigstellung des „vorerst letzten“ Veba-Kernkraftwerks Brokdorf nur noch 753 (1026) Mill. DM in der Elektrizitätswirtschaft.

Die einzige (bescheidene) Investitionssteigerung zeigt der Hüls-Chemiebereich mit 80 (76) Mill. DM. Hier wie in den Bereichen Elektrizitätswirtschaft und Handel/Verkehr meldet die Konzernholding für das erste Halbjahr 1986 „widerum gute Ergebnisse“. Der (unter den Veba-Produktionsbereichen umsatzstärkste) Mineralölbereich sei trotz erheblicher Bestandsabwertungen noch auf eine ausgeglichene Rechnung gekommen. Ob da aus wohl fortwährender Ölpreisschwäche nun noch ein Verlustloch aufreißt, sagt der Quartalsbericht nicht.

„Für alle Risiken vorsorgen“

Hohe Handelsgewinne der Landesbank Rheinland-Pfalz

cd. Frankfurt
Mit der Entwicklung in der Bank und in der Gruppe zufrieden und zuversichtlich, am Jahresende ein wirklich befriedigendes Betriebsergebnis vorlegen zu können, äußerte sich der Vorstandsvorsitzende der Landesbank Rheinland-Pfalz, Paul Wiedend, die Bank werde dann in der Lage sein, nicht nur für alle erkennbaren

Ansätze

Wollen Sie Ihre Berufs-Chancen anderen überlassen?

Nutzen Sie Jeden Samstag den großen Stellenanzeigenteil für Fach- und Führungskräfte in der WELT.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Risiken vorsorgen, sondern auch ihre inneren Strukturen zu stärken.

Seine Aussage gründet der Chef der durch die DAL-Affäre angeschlagenen Landesbank auf die 22,5prozentige Steigerung des ordentlichen Betriebsergebnisses auf 127 Mill. DM in der ersten Jahreshälfte, zu dem nicht zuletzt die Handelsergebnisse beigetragen haben, die im Wertpapiergeschäft höher waren als im ge-

samten Vorjahr. Beim Teilbetriebsergebnis (ohne Eigenhandel) schneidet die Bank besser ab als vor einem Jahr (107 Mill. DM), und auch der Zinsüberschuß übertrifft mit 150 Mill. DM bei leicht erhöhter Zinsspanne den vergleichbaren Vorjahreswert, worin sich auch die Steigerung der Bilanzsumme widerspiegelt, die allerdings im Stichtagsvergleich nur geringfügig um 0,7 Prozent auf 30,8 Mrd. DM zugenommen hat.

Angesichts der starken Eigenfinanzierungskraft der privaten Wirtschaft, des leicht gesunkenen Kommunalkredit- und Immobilienfinanzierungsgeschäfts und gehaltenen Außenhandels-Finanzierungsvolumens betrachtet es die Mainzer Landesbank als Erfolg, daß sie ihr Kreditvolumen im ersten Halbjahr von 22,3 auf 22,5 Mrd. DM erhöhen konnte. Zuwächse verzeichnete die Bank im Kreditgeschäft mit Sparkassen, eine Stagnation in der Refinanzierung von Leasinggeschäften.

Der Wertpapierbestand wurde um 9,6 Prozent auf 2,5 Mrd. DM aufgestockt. Ihre Refinanzierungsmittel besorgte sich die Bank unverändert zum überwiegenden Teil über die Platzierung eigener Emissionen (brutto 3 Mrd. DM) bei Banken und Versicherungen. Durch den Einsatz neuer Instrumente wurde die Refinanzierung weiter diversifiziert. Zufrieden äußert sich auch die LBS Landesbanksparkasse Rheinland-Pfalz.

Digital klar über dem Durchschnitt

Wb. München

Die Digital Equipment Corporation (DEC), Maynard (Massachusetts/USA) hat im Geschäftsjahr 1985/86 (28.6.) deutlich besser abgeschnitten als der Durchschnitt der Computer-Industrie. Der Spezialist für Hochleistungs-Arbeitsplatzcomputer und Datenverarbeitungsnetze hat seinen Umsatz um 14 Prozent auf 7,69 (6,69) Mrd. Dollar gesteigert, den Gewinn nach Steuern um 38 Prozent auf 617 (447) Mill. Dollar.

Damit kam das 90 000-Mitarbeiter-Unternehmen wieder in die Nähe des Ergebnisses von 1982 (672 Mill. Dollar). Auch die Umsatzrendite von 8,1 (6,7) Prozent näherte sich wieder dem 12-Jahres-Durchschnitt von 9 Prozent, der in den beiden letzten Geschäftsjahren stärker unterschritten wurde.

Die deutsche Tochter Digital Equipment GmbH, München, wuchs ebenfalls stärker als die Branche und überschritt nach 913 Mill. DM im vergangenen Jahr 1985/86 erstmals die Milliardenmarke im Umsatz. DEC ist in Deutschland nicht nur mit einer Vertriebs Tochter, sondern auch mit eigener Produktion vertreten. Im vergangenen Jahr wuchs die Belegschaft um 600 Mitarbeiter auf gut 3000 Personen. Mit der jetzt erreichten Größenordnung ist das Unternehmen auch in neue Pflöcke hineingewachsen: Zur Jahresmitte nahm ein neuer paritätisch besetzter Aufsichtsrat seine Arbeit auf.

Schüco: Renovierung wird immer wichtiger

hdt. Bielefeld

Trotz der über das ganze Jahr anhaltenden Flaute im Bausektor konnte die Schüco Heinz Schürmann GmbH & Co., Bielefeld, ihren Umsatz 1985 um 9,2 Prozent auf 574,0 (525,8) Mill. DM steigern, den Umsatz der französischen Tochtergesellschaft eingeschlossen. Wie in den Vorjahren konnte der Hersteller von Fenstern, Türen und Fassadensystemen wiederum besondere Erfolge im Export aufweisen, hier erhöhte sich der Umsatz um mehr als 20 Prozent.

Im Inland gewann das Marktsegment Renovierung und Sanierung an Bedeutung, hierfür steht ein breites Sortiment von Fenstern und Türen aus Aluminium und Kunststoff zur Verfügung. An Bedeutung gewinnen auch die Bereiche Brandschutz, Schallschutz und Sicherheit sowie die Glasbauten.

Das zur Otto-Fuchs-Gruppe, Meinerzhagen, gehörende Unternehmen, das im Jahresdurchschnitt 1295 Mitarbeiter beschäftigt, erwartet auch für 1986 eine zufriedenstellende Umsatzentwicklung.

Während sich der relativ hohe Verwaltungskostensatz von 7,8 Prozent der Beiträge aus dem historisch bedingt großen verwaltungsintensiven Bestand an Klein- und Kleinstsummen erklärt, wurde der Vertriebskostensatz deutlich auf 4,9 (5,5) Prozent des Neugeschäfts gesenkt.

Nach einer Direktgutschrift von 23,1 (21,33) Mill. DM und einer Rücklagenzuführung von 1 Mill. DM wurden der Rückstellung für Beitragsrückerstattung 67,8 Mill. DM (plus 15 Prozent) zugeführt. Die gesamte Rückstellung beträgt 241 (207) Mill. DM. Die Überschubeteiligung wird 1986 und 1987 weiter verbessert.

Die Kölnische Sachversicherung AG hat einen technischen Gewinn von 0,1 (1984: 0,8 Mill. DM Verlust) erwirtschaftet. Die Beiträge nahmen um 7,2 Prozent auf (brutto) 60 Mill. DM zu. Die Kölnische hält sich aus dem industriellen Geschäft heraus. Die Konzentration auf das private Geschäft, namentlich in der Kraftfahrt- und Unfallsparte, zahlt sich aus.

gen der Versicherten enthaltenen Sparbeiträge in Anteilen der von der Dresdner Bank Investment Management Kapitalanlage GmbH aufgelegten dbi-Verifonds angelegt.

Die Fondsanteile werden nach dem Erwerb zunächst dem Betriebsstock der Gesellschaft zugeführt und nach monatlicher Umwandlung der Sparbeiträge in Fondsanteile in den Anlagestock übertragen. Hieraus werden sie dann entnommen, sobald der Vertrag mit Eintritt des Versicherungsfalles oder bei Kündigung endet, oder wenn der Versicherungsnehmer eine zinslose Vorauszahlung wünscht. Dabei wird ein Teil der gut geschriebenen Fondsanteile verkauft, ohne daß der Bestand des Vertrags gefährdet würde.

Bei der Kölnischen Leben wuchs 1985 das eingelöste Neugeschäft um 6,2 Prozent auf 453 Mill. DM bei allerdings noch immer hohem vorzeitigem Abgang. Der Bestand erreichte 4,32 (4,3) Mrd. DM. Die Beiträge wuchsen auf 145 (140) Mill. DM. Zum Überschub trugen wieder die Erträge aus den Kapitalanlagen von 1,53 (1,43) Mrd. DM bei. Die Durchschnittsver-

SIEMENS

Information für Siemens-Aktionäre

Neuer Investitionsrekord

Höhere Umsatzrendite und mehr Mitarbeiter als im Vorjahr

In den ersten neun Monaten des Geschäftsjahres 1985/86 (30.9.) erreichte Siemens erwartungsgemäß nicht den ungewöhnlich hohen Vorjahresumsatz, steigerte jedoch

im Hinblick auf die mittelfristigen Ziele die Zahl der Mitarbeiter und vermehrte die Investitionen beträchtlich. Die Umsatzrendite konnte erhöht werden.

Umsatz

Durch die Abrechnung von drei Kernkraftwerken war der Umsatz in den ersten neun Monaten des Vorjahres um 38% auf 41,3 Mrd. DM gesprungen; weil jedoch im laufenden Jahr kein Kraftwerk abgerechnet wurde, ist Siemens in der Berichtszeit, also in der Zeit vom 1. Oktober 1985 bis zum 30. Juni 1986, mit 33,5 Mrd. DM um 19% unter dem Vorjahresumsatz geblieben. Außerhalb des Kraftwerksbereichs konnte der Umsatz im ganzen leicht um 1% erhöht werden. Noch ausgeprägter wird der Einfluß der Kraftwerkstermine im Inland sichtbar: der Gesamt-

umsatz blieb hier mit 15,7 Mrd. DM um 32% unter der Vergleichszahl des Vorjahres, ohne Kraftwerksgeschäft stieg der Siemens-Umsatz dagegen um 10%. Wegen der Dollarschwäche blieb der Auslandsumsatz mit 17,8 Mrd. DM rechnerisch um 2% unter der Vorjahreszahl.

In Mrd. DM	vom 1.10.83 bis 30.6.84	vom 1.10.84 bis 30.6.85	vom 1.10.85 bis 30.6.86	Veränderung 86 gg. 85
Umsatz	30,0	41,3	33,5	-19%
Inlandgeschäft	13,9	23,2	15,7	-32%
Auslandgeschäft	16,1	18,1	17,8	-2%

Auftrags-eingang

Beim Auftragsseingang schlugen sich das Fehlen neuer Kraftwerksaufträge und die Wechselkursänderungen nieder. Weltweit blieb der Auftragsseingang mit 38,1 Mrd. DM um 7% unter der Vergleichszahl des Vorjahres, ohne das Kraftwerksgeschäft konnte der Bestelleingang behauptet werden. Der Auftragsseingang im Inlandgeschäft lag mit 18,4 Mrd. DM um 5% unter der Vergleichszahl des Vorjahres, die Siemens-Bereiche ohne Kraftwerksgeschäft erzielten dagegen einen Zuwachs von 7%; zweistellige Zuwachsraten erreichten die Unter-

nehmensbereiche Energie- und Automatisierungstechnik, Kommunikations- und Datentechnik sowie Installationstechnik. Beim Auftragsseingang aus dem Ausland führte die Abschwächung des Dollarkurses rechnerisch zu einer Abnahme von 8% auf 19,7 Mrd. DM.

In Mrd. DM	vom 1.10.83 bis 30.6.84	vom 1.10.84 bis 30.6.85	vom 1.10.85 bis 30.6.86	Veränderung 86 gg. 85
Auftragsseingang	36,1	40,9	38,1	-7%
Inlandgeschäft	18,1	19,4	18,4	-5%
Auslandgeschäft	18,0	21,5	19,7	-8%

Auftrags-bestand

Der Auftragsbestand stieg um 6% auf 57,2 Mrd. DM. Die Vorräte waren mit 21 Mrd. DM um 18% größer als zu Beginn des Geschäftsjahres.

In Mrd. DM	30.9.84	30.9.85	30.6.86	Veränderung 86 gg. 85
Auftragsbestand	58,2	54,0	57,2	+6%
Vorräte	19,9	17,8	21,0	+18%

Mitarbeiter

In den ersten neun Monaten des laufenden Geschäftsjahres hat die Zahl der Mitarbeiter um 3% auf weltweit 357 000 zugenommen. Im Inland wurden 244 000 Mitarbeiter beschäftigt, 4 000 mehr als zu Beginn des Geschäftsjahres. Die Zahl der im Ausland tätigen Siemens-Mitarbeiter stieg von 108 000 auf 113 000. Im Durchschnitt der Berichtszeit wurden 353 000 Mitarbeiter gegenüber 334 000 im Vorjahr beschäftigt. Der Personalaufwand stieg um 7% auf 15,5 Mrd. DM.

In Tsd.	30.9.84	30.9.85	30.6.86	Veränderung 86 gg. 85
Mitarbeiter	328	348	357	+3%
im Inland	224	240	244	+2%
im Ausland	104	108	113	+4%

Investitionen Gewinn

Siemens hat in Verfolgung seiner Wachstumsziele in den ersten neun Monaten des laufenden Geschäftsjahres 3,3 Mrd. DM investiert, zum großen Teil für neue High-Tech-Fabriken. Das waren 26% mehr als in der Vergleichszeit des Vorjahres und doppelt so viel wie im gesamten Geschäftsjahr 1982/83. Bei einem Gewinn nach Steuern von 985 Mio. DM errechnet sich eine Umsatzrendite von 2,9%

gegenüber 2,5% in der Vergleichszeit des Vorjahres.

	vom 1.10.83 bis 30.6.84	vom 1.10.84 bis 30.6.85	vom 1.10.85 bis 30.6.86	Veränderung 86 gg. 85
Investitionen in Mrd. DM	1,4	2,6	3,3	+26%
Gewinn nach Steuern in Mio. DM	642	1047	985	-6%
in % vom Umsatz	2,1	2,5	2,9	

Fonds-Versicherung gewinnt neue Freunde

Kölnische festigt die Bestände - Überschubbeteiligung erhöht - Erfolgreiche Sachtochter

HARALD POSNY, Köln

Ein Boom ganz besonderer Art zeichnet seit 1984 der kleine Spezialversicherer der Kölnischen Versicherungsgruppe, die Veritas Lebensversicherung AG, Köln. Im letzten Jahr wurden sowohl Kurs- als auch Bestandszuwächse dieser nur die fondsgebundene Lebensversicherung vertreibenden Gesellschaft bei weitem übertroffen. Das Neugeschäft nahm um 54 Prozent auf 107 Mill. DM zu, der Bestand erhöhte sich auf 311 (230) Mill. DM.

Die Kurssteigerung im Deckungskapital der Verifonds-Anteile betrug 57,9 Prozent auf 189,60 DM. Ende 1985 ablaufende Verträge erreichten nach 12- bis 14-jähriger Laufzeit Lebensleistungen, die fast das Doppelte der Mindest-Todesfallleistung ausmachten.

Vorstandsvorsitzender Leopold Schiebel hegt auch in die weitere Entwicklung der Veritas angesichts der Dynamik der Anlage in Wertpapieren große Erwartungen in die nur von einer Handvoll Gesellschaften betriebenen fondsgebundenen Versicherung. Hier werden die in den Beiträ-

gen der Versicherten enthaltenen Sparbeiträge in Anteilen der von der Dresdner Bank Investment Management Kapitalanlage GmbH aufgelegten dbi-Verifonds angelegt.

Die Fondsanteile werden nach dem Erwerb zunächst dem Betriebsstock der Gesellschaft zugeführt und nach monatlicher Umwandlung der Sparbeiträge in Fondsanteile in den Anlagestock übertragen. Hieraus werden sie dann entnommen, sobald der Vertrag mit Eintritt des Versicherungsfalles oder bei Kündigung endet, oder wenn der Versicherungsnehmer eine zinslose Vorauszahlung wünscht. Dabei wird ein Teil der gut geschriebenen Fondsanteile verkauft, ohne daß der Bestand des Vertrags gefährdet würde.

Bei der Kölnischen Leben wuchs 1985 das eingelöste Neugeschäft um 6,2 Prozent auf 453 Mill. DM bei allerdings noch immer hohem vorzeitigem Abgang. Der Bestand erreichte 4,32 (4,3) Mrd. DM. Die Beiträge wuchsen auf 145 (140) Mill. DM. Zum Überschub trugen wieder die Erträge aus den Kapitalanlagen von 1,53 (1,43) Mrd. DM bei. Die Durchschnittsver-

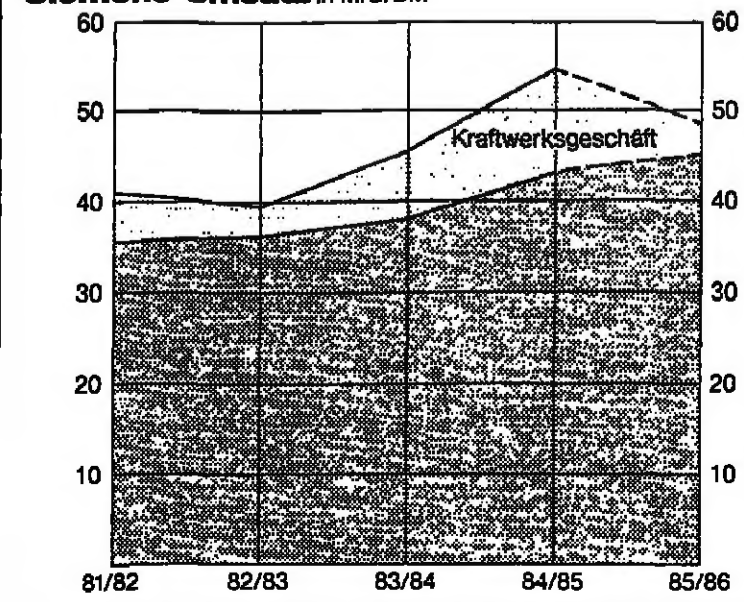
zinsung der Anlagen stieg auf 7,7 (7,6) Prozent.

Während sich der relativ hohe Verwaltungskostensatz von 7,8 Prozent der Beiträge aus dem historisch bedingt großen verwaltungsintensiven Bestand an Klein- und Kleinstsummen erklärt, wurde der Vertriebskostensatz deutlich auf 4,9 (5,5) Prozent des Neugeschäfts gesenkt.

Nach einer Direktgutschrift von 23,1 (21,33) Mill. DM und einer Rücklagenzuführung von 1 Mill. DM wurden der Rückstellung für Beitragsrückerstattung 67,8 Mill. DM (plus 15 Prozent) zugeführt. Die gesamte Rückstellung beträgt 241 (207) Mill. DM. Die Überschubbeteiligung wird 1986 und 1987 weiter verbessert.

Die Kölnische Sachversicherung AG hat einen technischen Gewinn von 0,1 (1984: 0,8 Mill. DM Verlust) erwirtschaftet. Die Beiträge nahmen um 7,2 Prozent auf (brutto) 60 Mill. DM zu. Die Kölnische hält sich aus dem industriellen Geschäft heraus. Die Konzentration auf das private Geschäft, namentlich in der Kraftfahrt- und Unfallsparte, zahlt sich aus.

Siemens-Umsatz in Mrd. DM



Zum stetig wachsenden Siemens-Umsatz noch kräftige Kraftwerksspitzen

Im Kraftwerksgeschäft bestimmen Abrechnungstermine die Entwicklung, dagegen wächst das Geschäft der übrigen Bereiche stetig. So ist der Siemens-Umsatz von 35,3 Mrd. DM im Geschäftsjahr 1981/82 auf 43,2 Mrd. DM im letzten Jahr gestiegen und wird im laufenden Jahr über 45 Mrd. DM erreichen. Zusätzlich brachte das Kraftwerksgeschäft im Jahr 1981/82 noch 4,8 Mrd. DM, in den folgenden Jahren 3,4 und 7,5 und im letzten Jahr sogar 11,4 Mrd. DM Umsatz. Im laufenden Jahr wird der Beitrag des Kraftwerksgeschäfts auf etwa 3 Mrd. DM zurückschwingen. Insgesamt wird das stetige Siemens-Wachstum also durch kräftige Ausschläge im Kraftwerksgeschäft überlagert.

Siemens AG

Immergrün vom Band

aih - Wenn ich so im Vorübergehen in die Vorgärten gucke, packt mich das grüne Grausen. Schuppiges, Stacheliges, Runzliges, jedenfalls Immergrünes kriecht, buscht und baumelt im Prinzip immer dasselbe.

Der eine pflanzt Mispel, Wacholder und Schneeball. Sein Nachbar, mit Sinn für Originalität, steckt Schneeball, Wacholder und Mispel in den Boden. Der nächste, ein Akademiker, macht dasselbe auf lateinisch: Viburnum, Juniperus und Cotoneaster. Rammern für ein paar hundert Mark Pflanzen vors Haus, die höchstens den Sammelnamen „Bodendecker“ verdienen. Und als Blickfang eine Araucaria.

„Überdünste Gräber“ nannte Rudolf Borchardt solche Gärten, denn dort ist die Natur totgeräumt. Dieser Borchardt, ein Phantast, wollte deutsche Kultur und Natur

retten, schrieb Ende der dreißiger Jahre ein Gartenbuch, das praktisch unverkäuflich ist, denn es kämpft die „absolut banalsten Pflanzung“, die „von weitem so aussieht wie ein menschlicher Garten“.

Schuld an der Entwicklung sind auch die Gärtner, die immer mehr von immer weniger verkaufen wollen. Das nennen sie Rationalisierung. Am liebsten rationalisieren sie die sogenannten „öffentlichen Anlagen“. Da können sie gleich Hunderte von Koniferen zur ewigen Ruhe in Tüfeln betten. Weil man das überall sieht, nennt es die Statistik „beliebt“, und was die Statistik beliebt, nennt, halten immer mehr Leute für schön.

Es wird nicht mehr lange dauern, dann ist die Bundeseinheitspflanze auf dem Markt: ein gegen Abgas resistenter Palmschneeball, mit leuchtend gelben Blüten im Sommer, roten Beeren im Herbst und wütendem Vernehmungswillen im Frühjahr, lieferbar in drei Größen (für Flachbauten und für Wolkenkratzer).

Der Meister der gestischen Prachtigkeit - Mailands großer Theatermann Giorgio Strehler wird 65

Er wollte immer „Kaviar fürs Volk“

Man saß und kam aus dem Staunen nicht heraus. Man wußte sich nicht zu lassen vor Gelächern und verstand doch kein einziges Wort. Nur so viel wußte jeder, als er die Vorstellung verließ: Er hatte einen einzigartigen Theaterabend erlebt.

Das war 1968: Das „Piccolo Teatro di Milano“ war - zum zweiten Mal - auf Tournee durch Europa, nach Carlo Goldonis „Aufbruch in Chioggia“ nunmehr mit dem „Diener zweier Herren“ in der Inszenierung von Giorgio Strehler, seiner dritten dieses Wertes seit 1948. Seither gilt er, nicht nur in Deutschland, als derzeit bedeutendster Theatermann Europas. Die Festscheit in Salzburg und das Wiener Burgtheater steckten ihn sich wie eine Feder an den Hut. Wo immer es eine Vakanz gab, wo immer ein statischer Posten zu vergeben war - ob an der Freien Volksbühne Berlin nach dem Tod von Erwin Piscator, ob in Paris, als dort Jack Lang sein „Théâtre de l'Europe“ proklamierte - stets war Strehler der erste, dem man die Position anbot.

Sie alle haben wenig Glück mit ihm gehabt, so wenig wie Ivan Nagel am Deutschen Schauspielhaus Hamburg, als er Strehler 1977 für eine Inszenierung von Brechts „Guten Menschen von Sezan“ gewann, deren Höhe - allerdings ausgemacht italienische - Qualitäten die deutsche Kritik großenteils verkannte.

Man raunte damals, der Regisseur sei völlig verzweifelt nach Italien entflohen, weil deutsche Schauspieler nun einmal nicht jenes Körpergefühl, jene artistische und schier varietätische Beherrschung der Muskeln und Sehnen aufwiesen, die für Strehlers Landschaft im Leben wie auf der Bühne so selbstverständlich sind.

In der Tat, es läßt sich einfach nicht beschreiben, was etwa Ferruccio Soleri, Nachfolger des unvergessenen Marcello Moretti, als Arlecchino in der zwischen Realismus und Künstlichkeit pendelnden Strehler-Inszenierung vorführte, wenn er die verschiedenen ihm zugeworfenen Gänge der Menuis für beide Herren in vollem Lauf lief, die ganze Bühnenbreite auffüllte, von der Szene trug, um gleich wie ein Blitz zum nächsten Fang ansetzte. Welches Spiel er mit einem wackelnden Pudding trieb oder was er anstellte, um eine Fliege zu fangen. Das war bestes italienisches Volkstheater - und es war nicht minder echter Strehler!

Der Maestro kam in Triest zur Welt und studierte die Rechte bis zur Promotion, bevor er seiner Leidenschaft fürs Theater nachgab und an der Theaterakademie von Mailand ein



Zuchtvoll, genau, und eine Vorliebe für kostbare Aufrichtigkeit: Der Theaterleiter und Regisseur Giorgio Strehler

FOTO: AMW

Schauspieler-Diplom erwarb. Im Nachkriegsjahr 1947 gründete er, zusammen mit Paolo Grassi, sein Mailänder „Piccolo Teatro“, ein Haus mit nur 600 Plätzen, aber mit einem festen Ensemble - und das kannte man in Italien bis dahin noch nicht.

Der erste große Erfolg kam mit Goldonis „Arlecchino“. Er artikulierte das Programm der Bühne: Sie sollte ein Volkstheater sein, allerdings ein „Kaviar fürs Volk“. Was er genau meinte, zeigte Strehler gleich in der nächsten Inszenierung, seiner bis heute konkurrenzlos geliebten Version der Fragmenten geliebten „Riesengänge von Bergamo“ von Luigi Pirandello, die er 1949 in Zürich, 1958 in Düsseldorf wiederholte (mit Bernhard Minetti und Maria Wimmer).

Dann kam die Auseinandersetzung mit den Stücken Brechts, an deren Ende sich der berühmte deutsche Stückeschreiber nach eigenem Ein-

geständnis wunderbar verwandelt und doch voll verstanden vorkam. Strehler kreierte einen Brecht der jedoch nicht über eine gewisse Erstarrung hinwegtäuschen konnte. Strehler begann, sich selbst zu zitieren. Im Juni 1955 kam es zum großen, nur mühsam gedämpften Skandal, als es hieß, der Theatermann sei dem Kokain verfallen.

Er sei völlig schuldlos, erklärte Strehler damals, sowohl moralisch wie juristisch, „aber mein Leben ist ruiniert“. Konnte das stimmen? Strehler betätigt sich inzwischen sowohl in Italien als auch in Paris sehr aktiv als europäischer Kunst-Armator und -Organisator, er hat etwelffzehn Pläne und hofft auf einen Neuanfang als Regisseur und Inszenator. An seinem 65. Geburtstag, den er morgen feiert, ist vieles noch in der Schwebe, und nichts deutet darauf hin, daß diese große Karriere in die Tragödie abzustürzen muß.

HORST ZIERMANN

Zwischen Pop und Jazz: Neue Platte von „Sting“

Fortgesetzte Träume

Peter O'Toole fand den Text zu „Demolition Man“ gut, und T.S. Eliot wie die Kinderkreuztze setzen in seinem gepflegten Hirn ganze Assoziationsketten in Gang. Der Hungerskrieger von Bobby Sands inspirierte ihn, und sein „Dream of the Blue Turtles“ brachte ihm die Nominierung für einen Jazz-Grammy ein.

Er hat es geschafft, in populärer Musik intelligent und erfolgreich zugleich, musikalisch tiefgründig und kommerziell ebenso „drauf“ zu sein: Mathew Gordon Sumner (34), Vater von vier Kindern, Brite, Jogging-Fan und Leserteile, ist dieser exotische Fall. Und wenn die Zeichen nicht trügen, dann hat die Welt mit ihm, der zu Tagen seiner Provo-Rockband „Police“ ausschlichste auf den Namen „Sting“ hörte, einen Superstar der Sonderklasse.

Denn dieser „Sting“, dessen Musik in US-Hitparaden ebenso zu Hause ist, wie er bei so manchem kommunistischen Kulturfunktionär wohlgeht, ist, paßt trotz seiner Alleingängefolge so gar nicht in das Bild vom Rauschgold-Star nach Hollywood. Art, auch nicht in das Rabauken-Image à la Mersey City in England.

Dazu hat er zuviel im Schilde und zuviel gegen die allgemeine gängige und von der Unterhaltungsindustrie so emsig geförderte Oberflächlichkeit üblicher - Star-Verkultung. Weder pelzvedelnder Eifenbein-Gott noch gehätschelter Unhold, ist dieser gutaussehende Blonde zuerst und vor allem ein Sänger, der das, was er tut mit Recht ernst nimmt, ein nachdenklicher, an Literatur und Politik interessierter Mann, der das, was er um sich her registriert, zu klingender Kunst macht.

Und davon zeugt ein Doppelalbum namens „Bring On The Night“ (DGG/AM 396 705-1), live mitgeschritten während einer 14monatigen Welttournee in Rom, Paris und

Arnhem, auf der bereits bekanntes wie neues Repertoire zu hören ist, dargeboten unter anderem mit Musikern wie Darryl Jones (Bass), Kenny Kirkland (Keyboards) und Branford Marsalis (Saxophon).

Deren Namen haben guten Klang vor allem in amerikanischen Jazzkreisen, und so ist es kaum verwunderlich, daß Mr. Sumner alias Sting sich mit diesen insgesamt 13 Stücken immer auch wieder mitten ins Jazzlager plumpsen läßt: Diese Musik, die kaum etwas zwischen balladesker Sanftmut, jazziger Kraft, bluesigem Eros und rockiger Schärfe ausläßt, gehört tatsächlich zum Besten, was die neue Popmusik (falls man das hier so nennen kann) zu bieten hat. Und sie präsentiert einen Sänger, der in diesen zum Großteil selbst komponierten Plätzen konzeptionslos vorführen kann, was er stimmlich zu tun vermag. Kraft hat er, völlige Sicherheit auch über recht schachteligen harmonischen Strukturen, und er verfügt dabei doch immer über jede Menge Ausdruck in einem erstaunlich breiten Spektrum.

Das mögen Kenner bereits von seinem Debüt-Album „The Dream of the Blue Turtles“ her wissen. Nun aber, live, und umgeben von lauter ihm angemessenen Musikern, vermag er sich noch tiefer in die Ohren hineinzusingen: Und wirklich: Dieser Milchmanns-Sohn aus Newcastle, der Politisches besingt wie Arbeitslosigkeit und Drogenekadenz und den sterbenden Kinder in den TV-Nachrichten zum Schreiben drängen, vollbringt, was zuletzt nur die Besties vermochten - der verkommenen Pop-Musikwelt die Ohren gehörig aufzuspringen, mit den neuen Maßstäben eines wachen und sensiblen Kopfes, der den Titel eines seiner Lieder, „Consider Me Gone“, am liebsten mal auf seinem Grabstein wüßte...

ALEXANDER SCHMITZ



Superstar der Sonderklasse: Der britische Sänger „Sting“ alias Mathew Gordon Sumner

FOTO: S.E.T.

Bonn: Bundesregierung legt Kulturreport vor

Mäzene an die Front

Die Ausgaben des Bundes im Kulturbereich werden am Jahresende 1986 rund 490 Millionen Mark betragen - 1982 waren es noch etwa 100 Millionen Mark weniger.

Mit dieser Angabe untermauert eine im Bundesinnenministerium vom Parlamentarischen Staatssekretär Horst Waffenschmidt vorgestellte Broschüre unter dem Titel „Mehr Raum für die Kultur“ den Anspruch des Bundes auf Mitsprache in der Kulturpolitik. Nach vorsichtiger Schätzung werden die Kulturausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden in diesem Jahr zwischen 7,7 und acht Milliarden Mark liegen.

Damit soll u. a. bewirkt werden, daß in die 2234 Museen der Bundesrepublik Deutschland jährlich etwa 57 Millionen Besucher kommen, daß 195 Theater (darunter auch private Festspielbühnen) 25 Millionen jährliche Besucher verzeichnen, daß es 38 selbständige Kulturorchestre gibt (1,3 Millionen Zuhörer), 720 Musikschulen und 2700 öffentliche Bibliotheken mit einem Verleih von 170 Millionen Büchern pro Jahr.

Zu den Vorhaben auf diesem Sek-

tor, der eine Domäne der Länderregierungen ist, zählt die vom Bundesinnenministerium und dem Presse- und Informationsamt zusammengestellte Broschüre auch eine „Verbesserung der Rahmenbedingungen für künstlerisches Schaffen“. Auf Hierzu gehöre eine Minderung der Steuerbelastung ebenso wie die ständige Überprüfung des Urheberrechts auf angemessene Regelungen im Hinblick auf neue Nutzungsarten. Die Bundesregierung werde „mit Nachdruck darauf hinwirken“, daß die gleichberechtigten Teilhaber der Frauen in allen Bereichen von Kunst und Kultur durchgesetzt werde.

Im Kapitel „Stärkung des privaten Engagements für Kunst und Kultur“ heißt es in der mit einem Vorwort des Bundeskanzlers versehenen Broschüre: „Diese Studie soll auch Kreise der Wirtschaft darin bestärken, mittelbares Engagement auf diesem Felde nicht nur als freies Mäzenatentum, sondern ebenso auch als wirtschaftlich lohnendes, gesundes Eigeninteresse dienendes Handeln anzusehen.“

EBERHARD NITSCHKE

„Wasser“ im Kino, von George Harrison produziert

Cocktail ohne Hula hula

Wieder mal eine Komödie für die heißen Tage, so erfrischend wie ihr Titel: „Wasser“, Schanzplatz ist eine Karibikinsel, die sich - der Film kommt aus England - noch immer der Zugehörigkeit zum Empire erfreut. Zu holen und zu sehen ist auf dieser Insel zunächst nichts. Kein Strand, kein Hula hula, keine Industrie. Die Eingeborenen gälten beim Limbo. Eine von Kuba unterstützte Freiheitsbewegung hat es auf insgesamt zwei Mitglieder gebracht. Der Gouverneur (Michael Caine) scheucht die Moskitos von den staatslosen Marihuana-Pflanzchen. Seine Frau (Brenda Vaccaro) vernachlässigt er sträflich. Doch völlig zu Recht, wie gleich ihr erster Auftritt mit hysterischer Verve beweist.

Da wendet sich alles. Aus den Tiefen des Eilandes sprudelt unversehens etwas Kostliches: Mineralwasser von nie gekannter Qualität. Noch ehe die Insulaner über die Bedeutung des flüssigen Schatzes nachdenken können, ist die Insel von den allerschönlichsten imperialistischen Kräften umzingelt. Ein amerikanischer Konzern handelt Leuten, die nur drei Kreuze machen können, umgehend die exklusiven Bohrrechte ab. Aus Frankreich landet eine Söldnergruppe im Stile Rambo, die zum Äußersten entschlossen sind, um die Ehre des einheimischen Perrier-Wassers zu retten. Ihre Majestät Maggie Thatcher schießt den Außenminister. Der soll die Freiheitsbewegung gegen den US-Konzern aufwiegeln, um dem Empire die Rolle des lachenden Dritten zu sichern.

Überdies reist - horribile dictu - eine Bürgerrechtlerin an, amerikanische Milliardärstochter. Sie vertritt in

einer Person alles von Amnesty International über Greenpeace bis zum Nord-Süd-Gefälle und noch so manches mehr. Der Gouverneur hingegen bleibt in den eskalierenden Konflikten völlig gelassen. Was er offensichtlich dem Umstand verdankt, daß das begehrte Mineralwasser für ihn vollkommen ohne Interesse ist.

Der Gouverneur liebt Unverdorbenes - und er behält recht. Die Großmächte scheitern. Der US-Konzern zieht ab, als die Franzosen Schätze in den Berg sprengen und das Wasser umlenken. Der britische Außenminister wird mit der Ehefrau des Gouverneurs bestraft. Die zweiköpfige Freiheitsbewegung immerhin darf vor der UNO auftreten - mit einem patriotischen Gesang, der mit Unterstützung von Eric Clapton, Ringo Starr und George Harrison zur Musik geadelt wird.

Letzterer produzierte den Film und hat sich damit einmal mehr um den englischen Humor verdient gemacht. Regisseur Dick Clement wahrt eine lockere Balance zwischen Ferienklamotte und politischer Satire mit Gruß nach Falkland und Grenada. Nationale Untugenden werden freundlich karikiert.

In Schnittrhythmus und Dialog folgt der Film den Synkopen des Reggae. Man trabt entspannt mit. Nicht immer ist die Ironie vom Feinsten, einige Scherze sind derb, ein paar Gags überzogen, ein paar Pointen krepieren im Rohr. Doch die gewinnende Heiterkeit des Ganzen macht jeden Ausreißer verzeihlich. Dieses „Wasser“ läßt sich genießen wie ein tropischer Cocktail.

DIETMAR BITTRICH

KULTURNOTIZEN

Zum „Kulturrufer“ am Bodensee mit zahlreichen Theatergruppen und Musikbands läßt von morgen bis einschließlich 24. August Friedrichshafen ein.

Eine „Werkstatt“ aus der Jungsteinzeit mit mehreren zehntausend Einfachst-Handwerkzeugen ist bei Gistrow im Bezirk Schwerin entdeckt worden.

Radierungen von Clans Arnold sind im Celler Bonanz-Museum bis 7. September zu sehen.

Ein makedonisches Rundgrab aus der ersten Hälfte des 3. Jahrhunderts

v. Chr. ist bei Archäologen vier Kilometer nordwestlich von Pella entdeckt worden.

„Wenn man wer ist“ von Luigi Pirandello kündigt das Theater an der Ruhr in Mülheim für 1986/87 als deutsche Erstaufführung an.

Die „femme totale im Revier“ wollen Frauen auf einem Festival vom 29. April bis 3. Mai 1987 in Beiträgen von Filmemacherinnen aus Nordrhein-Westfalen präsentieren.

Im Alter von hundert Jahren ist der Historiker Nikolai Druschinin in der Sowjetunion gestorben.

Ausstellung über das Schicksal der Steiermark

Die Grenze als Brücke

Schloß Herberstein in der Steiermark - einer der schönsten Renaissancebauten Österreichs - liegt fast verborgen in einer Talsenke. Bei näherer Betrachtung ist es mehr eine Burg als ein Schloß: ein Zufluchtsort gegen feindliche Angriffe. Hier, in einem Land, das seit 1000 Jahren Grenze ist - Grenze des römischen Reiches deutscher Nation, später Bismarckgrenze des Habsburger Imperiums, Grenze zur damaligen Türkei und heute Grenzland zwischen West und Ost - wird die große Landesausstellung „Die Steiermark - Brücke und Bollwerk“ gezeigt.

Das Schloß ist noch heute im Besitz der Grafen Herberstein, die in früheren Jahrhunderten im politischen und militärischen Leben des Landes eine führende Rolle spielten. Ein Herberstein war österreichischer Gesandter in Moskau und veröffentlichte 1549 das erste umfassende und bis heute lesenswerte Buch über den Moskauer Staat - also über jenes Thema, das man später als die „russische Frage“ bezeichnen sollte (s. WELT v. 22.7.). Seine Herkunft aus einem Grenzgebiet, in dem sich Deutsche, Slawen und Magyaren begegneten, mag ihm den Blick auch für die russischen Dinge geschärft haben.

Die Ausstellung kann als gelungenen Versuch bezeichnet werden, Geschichte plastisch, gelegentlich auch volkstümlich, manchmal sogar sehr modern darzustellen, ohne den Versuchungen der Simplifizierung und Verkürzung zu erliegen. Das Schicksal der Steiermark war in vieler Hinsicht tragisch, weil das Leben an der Grenze - zumal dann, wenn es sich um eine so unruhige handelt, wie diese - stets Opfer erfordert, von denen der Bismarckländer kaum eine Ahnung hat. So erscheint bereits nach einem kurzen Rundgang die Geschichte der Steiermark als eine Kette von Kriegen, Invasionen und Unruhen: von den Ungarn und Türken im 16. Jahrhundert bis zu Napoleon, vom Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie am Ende des Ersten Weltkriegs bis zum sowjetischen Einmarsch 1945.

Die Ausstellung zeigt auch die Teilung der Steiermark nach 1918. Der südliche Teil des Landes, in dem eine slowenische Bevölkerung lebt, bel an das neuentstandene Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (später Jugoslawien). Hitler machte diese Teilung gewaltsam rückgängig. Aber mit der Niederlage 1945 wurde die Trennung der beiden Landesteile er-

neut besiegelt. Zugleich war damit auch das Ende für die deutsche Bevölkerung, hauptsächlich in den Städten der nun wieder jugoslawisch gewordenen Untersteiermark gekommen.

Die Ausstellung beschönigt nichts. Auch delicate Kapitel, wie etwa die Zeit des „Anschlusses“ und des Dritten Reiches werden korrekt behandelt - ebenso der Zweite Weltkrieg. Im Ausstellungskatalog taucht der Begriff „Identität“ auf - und in der Tat gewinnt man den Eindruck, daß hier ein Land nach seinen eigenen Wurzeln und, wenn man so sagen darf, nach dem Sinn seiner Existenz und einer tiefst verwandelten Welt sucht.

„Das Anliegen ist es, hinzuweisen zur Nüchternheit in der Beurteilung des Begriffs Grenzland und den Blick zu öffnen auf das Gesamtgefüge, in dem unser Raum jeweils an sehr unterschiedlichen Funktionen zu tragen hatte. Auch unsere Nachbarn hatten Motive für ihr Handeln, hatten vorgegebene Funktionen zu bewältigen“, liest man im Katalog. Daher, so heißt es weiter, sollte man darangehen, die Grenze als „Brücke“ zu bewältigen.

Schon die Tatsache, daß für diese Schau zahlreiche Exponate von den ungarischen Nachbarn aus Budapest, von den Jugoslawen aus Kroatien und Slowenien zur Verfügung gestellt wurden, und daß slowenische, kroatische und ungarische Wissenschaftler mit Beiträgen im Katalog vertreten sind, zeigt den Wandel, der sich hier vollzogen hat - oder sollte man eher von einer Rückkehr zu jenen Zeiten sprechen, in denen die Nachbarschaft und das Leben unter einem gemeinsamen staatlichen und imperialen Dach selbstverständlich war?

Wer Herberstein und diese Ausstellung besucht, wird nicht nur vieles über Österreich lernen, sondern über den südosteuropäischen Raum - und nicht zuletzt auch einiges über deutsche Geschichte, die sich hier abgespielt hat. Er wird überdies nicht nur über „Krieg und Kriegsgeschrei“ etwas erfahren, sondern auch über großartige kulturelle Leistung - über die Architektur dieses Raums, über Klöster und Schlösser, über den „Grazer Hof“ der Habsburger - und über ein Land, das im Rahmen des heutigen Österreich bis auf unsere Tage etwas von seiner Sonderstellung und seinem Eigenbewußtsein bewahrt hat. (Bis 26. Okt.; Katalog 150 65) CARL GUSTAF STROHM

JOURNAL

Geschichten um Menschen und Pferde

DW. Warendorf
Pferdeliebhaber, die literarische Erlebnisse literarisch darstellen möchten, lädt die Deutsche Reiterliche Vereinigung zu einem Erzählwettbewerb „Menschen und Pferde“ ein. Bekannte Schriftsteller und Journalisten sind dabei genauso gefragt wie Nachwuchsautoren. Die Wettbewerbsbeiträge sollen höchstens 30 Schreibmaschinenseiten umfassen (Manuskripte an den FN-Verlag der Deutschen Reiterlichen Vereinigung, Postfach 640, 4410 Warendorf).

Familie Menuhin beim Festival in Gstaad

dpa, Gstaad
Sein 30jähriges Bestehen feiert das Yehudi-Menuhin-Festival. Bis zum 1. September stehen in der Dürkische von Gstaad-Saanen im Berner Oberland unter anderem auf dem Programm Werke von Mozart, Beethoven, Brahms, Dvorak und Strawinski. Zu den Interpreten gehören das Royal Philharmonic Orchestra London unter Menuhin, der auch das Warschauer Sinfonie-Orchester leitet, das Neue Zürcher Streichquartett und das Münchner Streichtrio. Solisten sind unter anderem Menuhins Schwester Yaliah und sein Sohn Jeremy am Klavier.

Französische Festivals zum Thema Umwelt

dpa, Paris
Mehrere französische Filmfestivals widmen sich demnächst der Umwelt. In Royan findet vom 18. bis 24. 9. ein Treffen zum Thema „Umwelt und Natur“ statt, bei dem sechs abendfüllende Spielfilme zur Aufführung kommen. Das 9. Internationale Festival von Filmen über Höhlenforschung wird vom 28. bis 31. 8. in den Höhlen von Vercors organisiert. Die Tierwelt ist das Thema des Internationalen Filmfestivals von Saintes-Maries de la Mer vom 30. 9. bis 4. 10.

„Lettre International“ jetzt serbokroatisch

ist, Belgrad
Die in Paris von dem tschechischen Exiljournalisten und Kritiker A. J. Liehm herausgegebene und geleitete Zeitschrift „Lettre International“, soll demnächst auch in einer serbokroatischen Ausgabe in Belgrad erscheinen. Bisher gibt es bereits eine spanische und eine italienische Ausgabe. Zu den Mitarbeitern der Zeitschrift gehören u. a. Max Frisch, Umberto Eco, Czeslaw Milosz, Josef Brodsky, H. M. Enzensberger und Karel Kosik.

Archäologiemuseum für Baden-Württemberg?

DW, Stuttgart
Mit mehr als 850 bestehenden und 17 geplanten Museen ist Baden-Württemberg das museumsreichste Bundesland. In der Bestandsaufnahme „Bildung in neuer Sicht“ des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst wird jetzt der weitere Ausbau anvisiert. Dazu gehören u. a. Pläne für ein „Landesarchäologiemuseum“ und ein „Haus der Geschichte Baden-Württembergs“.

Buntes Repertoire an der Pichner Orgel

DW, Kallern
Von der Renaissance über die Romantik bis zur zeitgenössischen Musik reicht das Repertoire, das beim Internationalen Orgelwettbewerb von Kallern/Südtirol zu hören sein wird. Teilnehmer aus Europa, den USA, Japan und Korea bringen vom 17. September bis 1. Oktober auf der Pichner Orgel unter anderem Frescobaldi, Brahms, Reger und Messiaen zu Gehör.

Karl Hemmeyer †

epd, München
Im Alter von 82 Jahren ist in München der Bildhauer Karl Hemmeyer gestorben. Kunstwerke Hemmeyers, der aus Mittelfranken stammte und seit 50 Jahren in München lebte, finden sich in vielen Kirchen und öffentlichen Gebäuden vor allem Bayerns. Zu den bekanntesten Werken des Künstlers gehört eine aus Messing gearbeitete Christusfigur in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Sein Hauptwerk „Demokratie in Amerika“, seine nun einhalb Jahrhunderte alte Voraussage, Amerika und Rußland würden die entscheidenden Weltmächte, kennt man. Fast unbekannt ist jedoch das Leben von Alexis de Tocqueville, des - so sein Biograph Karl Piss - Propheten auch des Massenzustalters. Die Lebensgeschichte eines Aristokraten und Politikers, der zwar einen überlegenen Intellekt und Manieren, aber weder Elloben noch demagogisches Talent besaß, wird zur Schilderung der Zeit zwischen den beiden Napoleon. ohn. Karl Piss: „Alexis de Tocqueville“, Piper, 242 S., 14,80 Mark.

„It's Capital will be Düsseldorf“

M. SCHLINGMANN, Bonn
Die Landeshauptstadt an der Düssel hat jetzt im Alter von 40 Jahren ihre „Geburtsurkunde“ gefunden. Sie stammt vom 1. August 1946 und wurde ausgestellt vom britischen Regional Commissioner William Ashbury. Der Pressesprecher des Landtages, Friedrich Gerards, hat sie im Londoner „Public Record Office“ ausgegraben. Auf drei Seiten teilt Ashbury damals dem ersten Ministerpräsidenten des Landes, Rudolf Amelunxen mit, wie die Struktur des aus den Provinzen Nordrhein und Westfalen bestehenden neuen Landes aussehen sollte. Und da heißt es dann auch: „It's Capital will be Düsseldorf“ – seine Hauptstadt wird Düsseldorf sein.

Streit mit Köln nun aus der Welt geschafft

Gerards hält seinen Fund dennoch für bedeutend, sei damals der Status der Stadt doch erstmals schriftlich festgelegt worden. Außerdem werde damit endlich der alte Streit mit Köln um die Rechtmäßigkeit des Parlamentsstandorts aus der Welt geschafft. Unstimmigkeiten hatte es vor allem um eine Rundfunkde-Amelunxen gegeben, in der der Bürger seiner alten Heimatstadt mit einem „Alaaf Köln“ begrüßt hatte. „Daraus abzuleiten, mein Vater habe Köln zur Hauptstadt machen wollen, ist absurd“, sagt Clemens Amelunxen gestern zur WELT. Sein Vater habe besagte Rede bereits am 30. Juli 1946 gehalten. Der Vorwurf, er habe die Frage der Landeshauptstadt bewußt verschwiegen und die Domstadt favorisiert, sei mithin haltlos.

Trotz allem wird die „Ashbury-Note“ wohl Bestandteil einer Dokumentensammlung zum 40jährigen NRW-Jubiläum, die Landtagspräsident Karl Josef Denzer zum Fest Oberbürgermeister Klaus Bungert überreichen will. Allerdings wird das Original aus dem Nachlaß Amelunxens vorerst wohl nicht ins Staatsarchiv kommen. Clemens Amelunxen will diese „Ernennerungskunde“ seines Vaters zunächst behalten.

Franz Josef II. von Liechtenstein wird achtzig Jahre / Ein volkstümlicher Landesvater

„Hoi Fürscht“ rufen ihm die Menschen auf der Straße zu

der k.u.k.-Monarchie kann man daran erkennen, daß der kleine Prinz keinen geringeren als Kaiser Franz Josef I. zum Patenonkel bekam.

Traditionsgemäß besuchte der Prinz das Schottengymnasium in Wien und machte 1925 sein Abitur, um danach für vier Jahre Forstwirtschaft zu studieren. Als Fürst Franz I. 1938 merkte, daß seine Regentschaft bald zu Ende geht und er keine Nachkommen hatte, löste er seine bereits 1923 gegebene

ne Zusage ein und bestellte seinen Verwandten Franz Josef zum neuen Herrscher über die 160 Quadratkilometer Liechtenstein.

Er übernahm sein Amt in einer vor allem politisch schwierigen Zeit. Durch die Annexion Österreichs war nun das Fürstentum direkter Nachbar des „Dritten Reiches“, der Fürst und die Mehrheit des Volkes wollten jedoch neutral bleiben. Unmittelbar nach der Übernahme der Staatsgeschäfte verlangte Franz Josef von den bei-

den Parteien aber dennoch Geschlossenheit und forderte sie, die seit Jahrzehnten arg verfeindeten waren, auf eine Koalitionsregierung zu bilden. Liechtenstein blieb vom „Anschluß“ verschont, obwohl es einige starke Fürsprecher hatte, und konnte den Krieg außerhalb der Landesgrenzen halten.

Erzprinz Hans Adam, 1945 geboren (Papst Pius war sein Taufpate), nennt in seinem WELT-Gespräch die Tatsache, „daß es ihm gelungen ist, mit Hilfe von Liech-

tensteinern und Ausländern, auch Deutschen, die Liechtenstein nachbestanden, das Land aus den Wirren des Weltkrieges herauszuhalten“, als einen der beiden Höhepunkte in der nunmehr fast fünfzigjährigen Regentschaft seines Vaters. Der zweite, so sieht es Hans Adam, „war die von ihm gegebene Initialzündung zum Start des industriellen Zeitalters“.

Etwas Freude konnte der Fürst seinen Untertanen während dieser schwierigen Zeit dennoch schenken. Am 7. März 1943 gab es ein großes Fest, Franz Josef heiratete die Gräfin Georgine (Gina) von Wilczek, die Familie wuchs bis 1962 um drei Prinzen und eine Prinzessin an.

Der Fürst von Liechtenstein ist ein Monarch, der noch etwas zu sagen hat, denn die Macht geht vom Regenten und vom Volk aus, heißt es in der Verfassung von 1921. Aber kein Parlaments- oder Regierungsbeschluß kann ohne Zustimmung des Fürsten rechtskräftig werden. „Man muß sich schon zusammenraufen“, bemerkt der Erzprinz, der vor zwei Jahren von seinem Vater als Generalbevollmächtigter eingesetzt wurde und seitdem die Staatsgeschäfte führt. Dazu gehört auch die Unterzeichnung der Gesetze.

Der Fürst, offiziell weiterhin Staatsoberhaupt, zieht sich immer häufiger auf seine Hütte in den Bergen oder in sein Wiener Palais zurück. Hin und wieder sieht man ihn allerdings auch noch am Steuer seines „Audi“ mit der Nummer FL-1 durchs Ländle fahren, „viel zu schnell“, behaupten einige seiner Untertanen. Und wenn er mal mit seinen Enkeln „runter nach Vaduz“ kommt, „dann kauft er für sie oft Eis“, und die Kinder grüßen ihn mit „Hoi Fürscht“.

Die Liechtensteiner scheinen rundum glücklich mit ihrem Monarchen zu sein, jedenfalls hört man keine Stimme, die seine politische Macht beschneiden will. Zudem ist er auch ein äußerst „billiges“ Staatsoberhaupt, aus dem Staatssäckel bezieht er nur den symbolischen Betrag von 250 000 Schweizer Franken (pro Jahr) und die stiftet Franz Josef meistens wieder für Wohltätigkeitszwecke. Seinen Lebensunterhalt bestreitet er aus seinem privaten Vermögen, das als Folge der Kriege zwar erheblich geschrumpft ist, aber immer noch ganz beachtlich ist.

REINER GATERMANN



Wohlbehaltene der Fürst von Liechtenstein sein Land durch die Wirren der Zeitläufte. Vor zwei Jahren setzte er Erzprinz Hans Adam als Generalbevollmächtigten ein, doch er blieb Staatsoberhaupt. Mit der geborenen Gräfin Georgine Wilczek ist der Fürst, dessen Patenonkel Kaiser Franz Josef war, seit 1943 verheiratet.



Wann das Wetter einen Menschen krank macht

dpa, Berlin
Bei Hitze fühlen sich viele Menschen matt und müde, haben eventuell auch Kopfschmerzen. Doch nicht die absoluten Temperaturen, sondern die Abweichungen von den jahreszeitlichen Normalwerten beeinflussen das Wohlbefinden der Menschen negativ. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Freien Universität Berlin. Danach können Temperaturen von 30 Grad im März zu Krankheiten führen, während im Sommer bei gleichen Temperaturen keine Veränderungen zu beobachten sind.

Der Meteorologe Dietmar Buchberger wertete 300 000 Einsätze der Berliner Rettungswagen aus. Seine Schlußfolgerung: Der Einsatz der Notarztwagen könne mit dem Wetterdienst vorhergesagt werden. Wenn eine Wetterfront mit Erwärmung auf der Vorderseite und Abkühlung auf der Rückseite heranreißt, würden bereits zehn Stunden vor dem Temperaturumschwung die Einsatzfahrten um zehn Prozent steigen.

Millionen mit alten Loks

dpa, Minden
Die von Defiziten geplagte Bundesbahn hat eine neue Einnahmequelle entdeckt. Aus einem „Second-Hand-Shop“ verkauft das Staatsunternehmen gebrauchte Schienenfahrzeuge. Allein 1985 verkaufte die Bundesbahn für mehr als 150 Millionen Mark 100 Lokomotiven und 5500 Güterwagen. Hauptkunden sind ausländische Eisenbahngesellschaften, aber auch Privatbahnen, Firmen, Vereine und andere Interessenten, lassen sich ihr „Hobby Eisenbahn“ etwas kosten.

152 Flüchtlinge gerettet

SAD, St. John's
Drei kanadische Fischerkutter retteten vor Neufundland 152 Flüchtlinge. Nach den Berichten der Fischer waren die 152 in zwei Rettungsbooten fünf Tage hilflos im Meer umhergetrieben. Ein Sprecher der kanadischen Küstenwache gab das Heimatland der Geretteten als „vermutlich Sri Lanka“ an.

Gefährliche Begegnungen

AP, Frankfurt
Mit 48 Fällen hat die Zahl der gefährlichen Begegnungen zwischen Luftfahrzeugen im westdeutschen Luftraum 1985 wieder den Stand von 1983 erreicht, nachdem sie 1984 auf 39 gesunken war. Dies geht aus dem Jahresbericht der Bundesanstalt für Flugsicherung (BFS) hervor. Die Statistik der gefährlichen Begegnungen weist seit 1980, als 50 Fälle gemeldet wurden, eine relative Stabilität auf.

Städte bevorzugt

dpa, Köln
Jeder zweite der 4,4 Millionen Ausländer in der Bundesrepublik lebt in den 85 Großstädten mit 100 000 und mehr Einwohnern. Von der Gesamtbevölkerung dieser Städte sind damit elf Prozent Ausländer, berechnet der Deutsche Städtetag in Köln.

Studentin, jetzt amtlich

dpa, Köln
Weibliche Studierende heißen an der Kölner Universität jetzt ganz offiziell Studentin. Erstmals in der Bundesrepublik wird hier vom kommenden Wintersemester an der als geschlechtsneutral geltende „Studentenausweis“ abgelöst. Angeregt wurde diese Veränderung im vergangenen Winter vom „Autonomen Frauenreferat“ im Asta.

Neun Tote bei Amoklauf

rt, Ankara
Ein enttäuschter türkischer Liebhaber hat in einem Amoklauf neun Menschen getötet. Der 26jährige hatte wegen der Entführung seiner damals minderjährigen Freundin eine 16monatige Haftstrafe verbüßt. Als er erfuhr, daß seine ehemalige Verlobte während seiner Haft einen anderen geheiratet hatte, griff er zum Gewehr und zog zum Haus der Familie. Bei der vergeblichen Suche nach seiner früheren Geliebten erschoss er die Mutter, die Schwester und die übrigen Angehörigen, darunter vier Kinder.

WETTER: Mäßig warm

Lager: Auf der Rückseite des Gewitterfelds über Polen fließt feuchtere Luft nach Deutschland. Im Norden und Westen setzt sich allmählich wieder Hochdruckeinfluss durch.

Vorhersage für Mittwoch: In Bayern zunächst noch stark bewölkt und gebietsweise Regen, im Alpenraum auch Gewitter. Gegen Abend Bewölkungsauflockerung. Im übrigen Deutschland wolkig und trocken. Höchsttemperaturen 21 bis 25, in Bayern um 20 Grad. Nachts 11 bis 15 Grad. Schwacher Wind aus Nord bis Nordwest.

Weitere Aussichten: Sonnig, anstehende Temperaturen. Im Westen abends Bewölkungsaufzug, aber trocken.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 6.05 Uhr, Untergang: 20.47 Uhr. Mondaufgang: 17.01 Uhr, Untergang: — Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 13. Aug., 8 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 14. Uhr (MESZ):

Deutschland:	15 R	16 R	17 R	18 R	19 R	20 R	21 R	22 R	23 R	24 R	25 R	26 R	27 R	28 R	29 R	30 R
Berlin	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35
Bielefeld	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33
Bonn	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32
Bremen	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Dortmund	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36
Düsseldorf	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32
Essen	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Feldberg/S.	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35
Frankfurt	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33
Freiburg	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33
Garmisch	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32
Greifswald	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34
Hamburg	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
Kassel	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33
Köln	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32
Kreisau	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Kiel	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
Koblenz	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34
Köln-Bonn	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33
Konstanz	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32
Leipzig	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32
Leipzig/Sylt	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33

Roms Hilferuf stößt auf wenig Gegenliebe

E. ANTONAROS, Rom
Innerhalb der letzten 15 Jahre hat sich Roms Gesamtbevölkerung, vor allem in den Satellitenstädten an der Peripherie, mehr als verdoppelt. Keine andere Großstadt Italiens wächst so schnell wie die Hauptstadt am Tiber. Die Folgen sind auf Schritt und Tritt sichtbar: Es fehlt immer mehr an Platz. Jetzt schlug Oberbürgermeister Nicola Signorello die Alarmglocke: Rom stehe als Stadt vor dem Ruin. Er wende sich mit der Forderung nach einer Sonderhilfe in Millionenhöhe an die Regierung.

Tiber ist eine Kloake
Signorello in seinem Brief an Ministerpräsident Bettino Craxi: „In Rom herrscht ein ökologisches Chaos. Der Stadt muß dringend geholfen werden, weil sie vom Gesichtspunkt des Umweltschutzes her akut gefährdet ist.“ Signorellos Hilfsvorstellung: umgerechnet 430 Millionen Mark.

Die Antwort auf diesen dramatisch formulierten Appell kam postwendend aus dem Umweltministerium, wo erst seit einigen Tagen der Sozialist Franco di Lorenzo im Ministerzimmer residiert: „Rom kriegt kein Geld von uns.“ Der Staat sei nicht verantwortlich dafür, daß die Stadt nicht funktioniere. Wenn man jeder Gemeinde unter die Arme greifen würde, ginge der Staat bankrott.

Eine Vorzeigstadt ist Rom ganz bestimmt nicht mehr. Der Tiber, dessen reines Wasser die alten Römer zu schätzen wußten, ist zu einer Kloake geworden. In den engen Gassen der italienischen Hauptstadt gibt es den chaotischsten Verkehr Europas. Mindestens eine Million Autofahrer lassen ihre Wagen stehen, wo sie gerade einen Platz finden. Obwohl mindestens drei Viertel der Stadt unter Denkmalschutz stehen, wird überall „wild“ gebaut. Zeitweilig – wie etwa vor einer Woche – droht Rom im Müll zu versinken, weil die Müllabfuhr nicht funktioniert.

Dennoch hat die Kontroverse zwischen dem Bürgermeister, dessen Meinung übrigens selbst seine Kollegen in der Stadtverwaltung nicht teilen, und dem Umweltminister weitgehend politische Motive: Der Christdemokrat Signorello, erst seit

einem guten Jahr als Nachfolger eines Kommunisten im Amt, will als erster Bürgermeister einen italienischen Großstadt von einem Gesetz profitieren, das Roms Parlament im Juli verabschiedete.

Eine unfähige Verwaltung?

Es sieht vor, daß „akut gefährdete“ Städte und Regionen Italiens vom Staat mit Riesenbeträgen finanziell unterstützt werden können. Um diese Voraussetzungen zu erfüllen, so argumentiert nunmehr die Regierung Craxi, hat Signorello die Lage übermäßig dramatisiert.

Umweltminister di Lorenzo wird sich ganz bestimmt nicht umstimmen lassen. „Es wäre politisch unverantwortlich, wenn wir jeder unfähigen Stadtverwaltung die erwünschten Gelder zur Verfügung stellen würden“, sagte er mit einem Seitenblick auf Signorello, der nicht gerade im Ruf steht, ein erfolgreicher Bürgermeister zu sein. Selbst die konservativen Vatikan-Tageszeitung „L'Osservatore Romano“ hat Roms Bürgermeister kritisiert: Zuletzt, weil er eine

sichtbar gealterte Striptease-Tänzerin in einer sogenannten Kulturveranstaltung auftreten ließ.

Von allen italienischen Großstädten kann bisher nur Neapel sicher sein, in den Genuß der Sondermittel zu kommen: Die Stadt ist nicht nur pleite. Darüber hinaus hat sie konkrete Projekte für den Bau einer Kläranlage und einer Kanalisationsanlage ausgearbeitet, die bereits von di Lorenzos Vorgänger gebilligt worden sind.

Anders sieht es in Rom aus: Obwohl Signorello von „konkreten Anliegen“ spricht, gibt es nach Angaben der Stadtverwaltung keine Pläne, die sofort finanziert werden könnten. Da zu Roms eingesehene Tageszeitung „La Repubblica“: „Viel zu spät hat der Bürgermeister erkannt, daß der Stadt geholfen werden muß. In den letzten Monaten hat sich nichts dramatisches ereignet.“

Ihren eigenen Beitrag zum Verfall der „Ewigsten Stadt“ leistete die Unterwelt: Nach Stemmaarbeiten in der Kanalisation gelangten Gangster erst in der letzten Woche wieder in Tresorräume zweier römischer Banken.

Die neue Sucht des Nichtraucherers S.

Was würde man wohl von einem Therapeuten halten, der dem geständnen Süßer rät: Nun trink nicht mehr und spiel gefälligst mit der Whiskyflasche, wenn's dich überkommt? Ähnliches hat Otfried Sievers aus Rethem bei Hannover getan, als er vor vier Jahren von seiner Sucht loskommen wollte. Er ließ den Glimmstengel in der Kiste und sammelt seitdem als „Ersatzbefriedigung“ Feuerzeuge – jene handlichen Flammenwerfer, mit denen er sich bis dahin täglich bis zu zehn schwarze Havannas angezündet hatte.

1500 Exemplare hat der heutige Nichtraucher in regerlicher Sammlerwut zusammengetragen. Ein Mi-

niferzeug aus Japan mit nur 2,5 cm Höhe und winzigem Benzinbehälter ist ebenso dabei wie ein silberner Kugelschreiber aus Kanada, aus dem ein Docht herausragt. Exotische Schriftzüge vertragen internationale Flair aus der Welt der winzigen Anfeuerungs-maschinen. Da kündigt ein Gasbrenner von den Olympischen Spielen 1980 in Moskau, eine Welt der Werbung tut sich auf aus Japan, den Malediven, aus Frankreich, Österreich, England und den USA.

„Meine Rauchsucht bin ich los“, gesteht der 47jährige, der nicht ausschließen will, daß das Problem mit seinem alten Leister durch seine neue Feuerzeugsammelwut abgelöst worden ist.



Otfried Sievers inmitten seiner Kollektion FOTO: HANS-JÜRGEN PRATZER

Das beste ist: eine gute Versicherung.

SIGNAL VERSICHERUNGEN

ZU GUTER LETZT
„Die Politik ist jetzt in der sehr schwierigen Lage, deutlich zu machen, daß man aus einer Wand, in die man eingestiegen ist, nicht herauspringen kann, sondern daß man Zeit braucht. In dieser Zeit brauchen wir aber auch die Deckung der Sicherheit in diesem Feld.“ Hamburgs Bürgermeister von Dohnanyi im „Spiegel“-Gespräch.